



Facettenreiches Erleben

Das neue Lechmuseum in Langweid bei Augsburg bietet den Besuchern dank großzügigem Sponsor multimediale Museumsdidaktik vom Feinsten. **Seite 12**



Sparkassen auf dem Gipfel

Zum Bayerischen Sparkassentag trafen sich die Spitzen der Organisation mit Repräsentanten aus Staat und Kommunen in Garmisch-Partenkirchen. **Seite 10**

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

20 Jahre Bayerische Akademie Ländlicher Raum:

Denkfabrik und Markenbegriff

Festakt in der Münchner Residenz mit Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein

Die Wechselwirkungen einer globalisierten Welt und die Wanderungsbewegungen einer zunehmend auf den Kopf gestellten demographischen Entwicklung gehen auch an den ländlichen Räumen nicht spurlos vorüber. Um den unvermeidlichen Wandlungsprozess zu begleiten, wurde vor 20 Jahren die Bayerische Akademie Ländlicher Raum ins Leben gerufen.

Sie versteht sich als wissenschaftliches Expertenforum, aber zugleich auch als gesellschaftliche Stimme, die den Belangen des ländlichen Raums im allgemeinen Konzert der Berücksichtigungsansprüche Ausdruck ver-

Festvorträge wurden von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (Thema: „Bayerische Politik für Stadt und Land“) und vom Prior des Europaklosters Gut Aich bei St. Gilgen/Salzburg, Pater Dr. Johannes Pausch, OSB („Werte-

hin, „dass 20 Jahre Bayerische Akademie Ländlicher Raum bedeuten, die menschlichen und fachlichen Beziehungen und Netzwerke nicht nur weiter gepflegt, sondern auch so ausgebaut zu haben, dass der Name in Bayern wie auch in Deutschland, ja sogar in China ein Markenbegriff geworden ist“. Für die Akademie gebe es „keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land“, jedoch sei das klare Bemühen vorhanden, beiden Räumen die ihnen gegebene Identität und Eigenständigkeit zu sichern.



Festakt im Max-Joseph-Saal: Landwirtschaftsminister Josef Miller, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Akademiendirektor Prof. Dr. Holger Magel (v. l.).

leiht. Die Bedeutung der Akademie bemisst sich durch das breite Spektrum ihrer mehr als 250 Mitglieder, zu denen bedeutende Persönlichkeiten aus Politik, öffentlichem Leben und gesellschaftlichen Gruppen sowie der freien Wirtschaft zählen.

vermittlung durch den ländlichen Raum – Eine Zukunftsfrage für Europa“) gehalten.

Zuvor aber wies der Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel darauf

Bewährte Partner

Die Akademie habe in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Kooperation mit bewährten Partnern wie z. B. dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landkreistag, dem BBV, dem Landesverein für Heimatpflege, dem BBIV, der Handwerkskammer München-Oberbayern, der Hanns-Seidel-Stiftung, aber auch mit vielen Ministerien landesweit wirkende Anstöße und Bewegungen ausgelöst und gegeben. Magel nannte u. a. Anregungen zur kommunalen Leitbildarbeit und zur Notwendigkeit kommunaler Strategien, zur interkommunalen Kooperation, zu nachhaltigem Handeln im Sinne der Rio-Ziele und strategischem Flächenmanagement, zum Thema neues Bauen auf dem Lande, zu differenzierter Landnutzung und zu Fragen erneuerbarer Energien (Fortsetzung auf Seite 4)

Zukunftsfrage für Europa

Anlässlich des Akademie-Jubiläums fand in der Münchner Residenz ein Festakt statt. Die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Freising stand an der Wiege Münchens

Die alte Bischofsstadt Freising, deren Anfänge in die Zeit um 700 zurückreichen, stand an der Wiege der bayerischen Landeshauptstadt. Daher lud Freising's Oberbürgermeister Dieter Thalhammer seinen Münchner OB-Kollegen Christian Ude in die Domstadt zu einem Sonntagsausflug ein (vgl. Seite 14). Unser Bild zeigt (v. l.). Innenminister Joachim Herrmann, Kardinal Friedrich Wetter, Oberbürgermeister Christian Ude, Landrat Michael Schwaiger (im Hintergrund), Oberbürgermeister Dieter Thalhammer und MdL Ulrike Scharf-Gerlspeck. □



Rechtzeitig zur Badesaison wurde in der schwäbischen Marktgemeinde Fischach ein neues Naturfreibad eröffnet. Die Einweihung feierte Alt und Jung mit einem fröhlichen Fest (vgl. Seite 15).

Lebensqualität der Menschen mit Behinderung sichern

Verbandsversammlung des Verbandes der bayerischen Bezirke spricht sich für eine Optimierung der Versorgungsstruktur aus

Weiden. Die ständig wachsende Zahl von behinderten und pflegebedürftigen Menschen, die professionelle Hilfe brauchen, stellt auch die Bezirke vor „Herausforderungen in bisher nicht bekanntem Umfang“, sagte Verbandspräsident Manfred Hölzlein bei der Jahrestagung des Verbandes der bayerischen Bezirke am 4. Juli 2008 in Weiden, die die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung zum Thema hatte.

„Wir müssen neue Formen von Betreuungsangeboten vorhalten, die die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Menschen in den Mittelpunkt stellen“, forderte der Verbandspräsident. Die Sozialhilfe sei „Hilfe zur Selbsthilfe“ und solle den „gewohnten Lebensraum der Menschen mit Behinderung einbeziehen“. Nur eine flexible und durchlässige Versorgungslandschaft sei geeignet, die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

Seit Anfang dieses Jahres sind

die Bezirke nicht mehr nur für die stationäre, sondern auch für die ambulante Eingliederungshilfe gesetzlich zuständig. Dazu zählen die regionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit oder die Hilfen in ambulanten Frühförderstellen.

Betreute Wohnangebote

„Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben und im Aufbau eines flächendeckenden ambulanten betreuten Wohnangebotes“, betonte Hölzlein. Große Bedeutung komme auch Angeboten zur Tagesstrukturierung und zur Familienentlastung zu, „da sie eine bessere Einbindung nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Hilfe ermöglichen“.

Enge Zusammenarbeit

Um diese Hilfen zeitnah zu realisieren, plädierte Hölzlein für eine enge Zusammenarbeit mit Leistungsanbietern und Organi-

sationen vor Ort sowie für eine Partnerschaft zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege.

Aufgrund der steigenden Zahl hilfebedürftiger Menschen haben die Bezirke aber auch die Kosten im Blick. „Wir sehen die Chance, durch maßgeschneider-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

„Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will“, meint der Chef unserer Vorzimmerperle gemeinsam mit Jean-Jacques Rousseau, wenn es darum geht, die Bürger für gute Projekte - wie beispielsweise regenerative Energiequellen - zu begeistern. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bürgermeistertag der SPD-Landtagsfraktion	2
Pflegeheime werden transparenter	2
Kindertagesbetreuung soll ausgebaut werden	2
GZ-Kolumne Georg Huber:	
Es gibt viel zu tun, also packen wir's an!	3
Zehn Jahre Bildungszentrum Lauingen	3
Enkeringer Erklärung zur Ländlichen Entwicklung in Bayern	3
Jahresgutachten Mobilfunk 2007	4
GZ-Fachthemen:	
Abfall · Umwelt	6/7
Kommunalfinanzen	8 - 11
Aktuelle Rechtsfragen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Ja zur kommunalen Daseinsvorsorge

SPD-Fraktion setzt auf ihrem Bürgermeistertag Wahlkampfakzente

Auf ihrem 9. Bürgermeistertag und in einem Forum zur kommunalen Daseinsvorsorge hat die SPD-Fraktion im Landtag drei Wochen vor der letzten Sitzung des am 28. September neu zu wählenden Parlaments die Bedeutung ihrer kommunalen Basis betont. Für Daseinsvorsorge auf allen Ebenen, vom Kindergarten und der Ganztagschule über Krankenhäuser und Sozialhilfen bis zum Erhalt der Stadtwerke und dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs setzt Ministerpräsidentenkandidat Franz Maget auf die Aktivitäten der SPD-Landräte, Bürgermeister, Stadt-, Kreistags- und Gemeinderäte. Aufbauend auf die relativen Erfolge in der Kommunalwahl vom März hofft er, die CSU-Alleinherrschaft im Freistaat nach über einem halben Jahrhundert beenden zu können.

Der üblicherweise zu Jahresbeginn stattfindende Bürgermeistertag war auf Ende Juni verlegt worden. Vor 160 Kommunalpolitikern setzten Maget, sein Stellvertreter Dr. Thomas Beyer sowie die kommunal- und familienpolitischen Sprecherinnen Helga Schmitt-Bussinger und Johanna Werner-Muggendorfer die Akzente. Neugewähl-

tion des Gemeindetages verwies. Memmingsens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), zeigte sich zuversichtlich, dass zumindest im Städtetag der sozialdemokratische Einfluss stärker werde, auch wenn der Vorsitz bei der CSU geblieben sei.

dass zusätzlicher Raum und Personal überflüssig würden. Maget unterstrich, die Schule bleibe eine Staatsaufgabe. Deswegen sprach er auch nicht von Ganztagsbetreuung sondern von Ganztagschule.

Differenzen in den eigenen Reihen

Eigene Differenzen zwischen Landes- und Kommunalpolitik räumte Maget bei der Zweitwohnungssteuer ein. Hier vertrete zum Beispiel Münchens OB Christian Ude eine andere Meinung als die Fraktion die sich eine bessere Berücksichtigung von beruflich zur Zweitwohnung gezwungenen Personen vorstellen könne. Die derzeit auch in der CSU geführte Diskussion werde aber kaum noch vor der Wahl entschieden.

Differenziert wurde auch die Wiedereinführung der vollen Pendlerpauschale beurteilt. Keine eindeutigen Antworten erhielten SPD-Bürgermeister aus Niederbayern, wie der bessere Schienenanschluss des Münchner Flughafens geschaffen werden könne.

Schlüsselthema Daseinsvorsorge

Bestätigt wurde das klare Ja zur kommunalen Daseinsvorsorge kurz vor dem Bürgermeistertag in einem SPD-Fachforum im Maximilianeum. Wobei jedoch auch zum Ausdruck kam, dass der Zug zur Teil- oder Vollprivatisierung auf einigen Gleisen abgefahren sei. Maget sprach von einem Schlüsselthema. Es gelte, den Kommunen im Wettbewerb mit großen Konzernen wie auch untereinander erträgliche Bedingungen zu schaffen.

Augsburgs Ex-Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert verwies auf die von den Kommunen

Pflegeheime werden transparenter

Neue Formen der Alten- und Behindertenfürsorge gesetzlich verankert

Die Betreuung alter und hilfsbedürftiger Menschen wird in Bayern ab August auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Der Landtag verabschiedete mit den Stimmen der CSU ein Pflegequalitätsgesetz, das mehr Transparenz der Heime und stationären Pflegeeinrichtungen für Bewohner und Angehörige, weniger Bürokratie und die Förderung neuer Betreuungsformen in den eigenen vier Wänden bringt.

Die Überwachung der Heime, die in Bayern zu 14,4% kommunale Träger haben, bleibt wie bisher bei den Kreisverwaltungsbehörden. Die Opposition glaubt nicht, dass die Ziele mit diesem Gesetz erreicht werden können.

Bundesweite Maßstäbe

Sozialstaatssekretärin Melanie Huml und Joachim Unterländer für die CSU-Fraktion erklärten, das Gesetz setze bundesweit Maßstäbe und verbessere die Rahmenbedingungen für die Betreuung Alter, Kranker und Behinderter. Bei der Öffnung neuer Formen der Betreuung werde dafür gesorgt, dass keine Grauzonen entstehen. Die Kontrollen der Einrichtungen durch die Behörden werden - ausgenommen Behinderteneinrichtungen - künftig unangemeldet durchgeführt. Die Modernisierung der Heime werde gefördert, nicht jedoch der Neubau, da der Bedarf in Bayern zu 92% gedeckt sei. Der Abbau von Bürokratie

werde sich zu Gunsten der Pflege auszahlen. Für die SPD verwies Joachim Wahnschaffe auf die Anhörung im sozialpolitischen Ausschuss. Die Fachleute hätten dort Zweifel an der Wirksamkeit des (aus der Föderalismusreform entstandenen) Gesetzes geäußert. Er bemängelte u.a., dass der Unterhalt der Anlagen „nach Kassenlage“ auf die Kommunen übertragen werde.

Kontrollen den Regierungen übertragen

Der Staat spare zu Lasten der Pflegebedürftigen. Die Bürokratie werde eher auf- statt abgebaut. Mit Bezug auf die kommunalen Spitzenverbände forderte Wahnschaffe, die Kontrollen den Regierungen zu übertragen, damit nicht Kommunalbeamte ihre eigenen Einrichtungen zu kontrollieren hätten.

Das forderte auch Renate Ackermann für die Grünen, die einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt hatten. Sie sah auch die Gefahr, dass Pflegehelfer(innen) ohne entsprechende Ausbildung zu Fachkräften gemacht würden. Der Regierungsentwurf sei ein Schuss nach hinten und eher ein Verhinderungsgesetz für ambulante Pflege.

Der Grünen-Gesetzentwurf, den die SPD als unzureichende Alternative beurteilte, wurde von beiden großen Fraktionen abgelehnt. Mit eigenen Änderungsanträgen zum Regierungsentwurf kam die SPD nicht durch. **rm**



Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

te Kommunalpolitiker wie der Würzburger Oberbürgermeister Georg Rosenthal, die Münchner Landrätin Johanna Rumschöttel, Landrat Dr. Friedrich Zeller aus dem Landkreis Weilheim-Schongau sowie der wiedergewählte Fürther OB Dr. Thomas Jung machten mit ihren Wahlkampferfahrungen Mut.

Zustimmung bei den Spitzenverbänden

Maget verwies auch auf die Zustimmung bei den allesamt CSU-geführten kommunalen Spitzenverbänden. Nur trauten sich die Vorsitzenden dann oft doch nicht, ihrer Staatsregierung hart gegenüber zu treten. Zum Fehlen des digitalen Breitbandnetzes als entscheidenden Nachteil für die Chancengleichheit des ländlichen Raumes wurde auf die nachdrückliche Interven-

Neue Probleme für die Kommunen

Beklagt wurde, dass zum Beispiel die CSU-Schulpolitik die Kommunen vor immer neue Probleme stelle. Erst sei das G 8 und nun die bislang abgelehnte Ganztagschule eingeführt worden. Während sich Kommunen zu Schulausbauten und Mittagsbetreuung entschlossen hätten, werde plötzlich beim G 8 der Unterricht wieder gekürzt, so

Zweitwohnungssteuer mit Hintertür

Landtag stellt sozialen Ausgleich über Einwände der Kommunen

Ab kommendem Jahr hat die 2004 zugelassene Zweitwohnungssteuer eine Hintertür: Mit den Stimmen von CSU und SPD ändert der Landtag das Kommunalabgabengesetz dahingehend, dass diese Steuer nicht erhoben werden darf, wenn die Zweitwohner per Antrag eine soziale Notlage geltend machen können. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass viele einen zweiten Wohnsitz zwecks Ausbildung oder wegen des Arbeitsplatzes haben. Die kommunalen Spitzenverbände warnten vergebens vor höherem Verwaltungsaufwand der das Steueraufkommen sogar aufzehren könnte.

Im federführenden Kommunalausschuss schlossen sich die Sprecher beider großen Fraktionen dem Argument der Regierungsvorlage an, der moderne Arbeitsmarkt verlange zunehmend hohe Mobilität, was gering Verdienenden durch die Zweitwohnungssteuer erschwert oder unmöglich gemacht werde; dies vom Studenten bis zum Polizeibeamten. Vornehmlich sind Städte, Kur- und Fremdenverkehrsorte betroffen. Laut Staatsregierung haben letztes Jahr 139 von 2.056 bayerischen Kommunen die Zweitwohnungssteuer per Satzung erhoben, darunter die vier Großstädte München, Nürnberg, Augsburg und Fürth. Das Steueraufkommen belief sich auf gut 26 Mio. Euro, allein in München davon rund 7 Mio. Euro.

Geringverdiener werden befreit

Von der Zweitwohnungssteuer befreien lassen können sich künftig Personen, deren positive Einkünfte im vorletzten Jahr vor Entstehung der Zweitsteuerpflicht 25.000 Euro bei Ledigen bzw. 33.000 Euro bei Ehegatten oder Lebenspartnern nicht übersteigen. Die CSU ergänzte diese

Bestimmung noch durch den Zusatz, dass soziale Zusatzleistungen zu berücksichtigen sind.

Ausschussvorsitzender Herbert Ettengruber und Thomas Kreuzer befürworteten für die CSU die Neufassung des Gesetzes. SPD-Rechtsexperte Franz Schindler stimmte mit Bedauern zu, weil er keine bessere Lösung wisse, um einen Ausgleich zwischen den berechtigten Argumenten pro und contra Zweitwohnungssteuer zu erreichen. Für die Grünen forderte Christine Kamm unter Bezug auf die Argumente der Kommunen eine weitere Beratung, um zu einer besseren Neuregelung zu kommen.

Teurer Personalaufwand

Deren Einwände hatten Sprecher der Spitzenverbände und betroffene Bürgermeister im Ausschuss nochmals vorgetragen. Stellvertretender Geschäftsführer Bernd Buckenhofer für den Städtetag und Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse für den Gemeindetag gaben zu, eine gute Lösung zu finden sei schwierig. Die Verknüpfung der Steuerpflicht mit einer Einkommensgrenze jedoch stelle die Kommunen vor großen zusätzlichen, teuren Personalaufwand. Bürger-

investierten Milliarden: Das damit Geschaffene gehöre den Bürgerinnen und Bürgern. Konzerne versuchten, sich die Rosinen aus diesem Kuchen zu picken und CSU und Staatsregierung machten eifrig mit. Die Formel, Privatisierung sei billiger und besser, sei längst widerlegt.

Keine Patentlösungen

Eine Gegenposition vertraten Dr. Benedikt Rüdhardt, Fachreferent der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, sowie Dr. Hans Parthemüller, Geschäftsführer der infra fürth GmbH. Für alle erschwingliche Preise gebe es auch bei den Stadtwerken nicht. Die überlegene Lösung

müsse im Einzelfall gefunden werden. Wengert stellte fest, die kommunalen Unternehmen hätten bewiesen, dass sie den Wettbewerb bestehen können. Insbesondere gingen sie auf den Mittelstand zu. Helga Schmitt-Bussinger und Dr. Hildegard Kronawitter, die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, versi-

cherten, die SPD werde sich weiter bemühen, die kommunale Daseinsvorsorge durch einfachere Vorschriften und Gesetze zu stützen.

Einen ganz anderen Akzent brachte Maget dadurch in den Bürgermeistertag, dass er aufforderte, der NPD entschieden entgegenzutreten. **rm**

Mehr Einsatz von pädagogischem Personal:

Kindertagesbetreuung soll ausgebaut werden

Gespräche mit kommunalen Spitzenverbänden zur Verbesserung des Anstellungsschlüssels / Beitragsfreies Kindergartenjahr soll mittelfristig eingeführt werden

Bayern will die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen im Freistaat weiter steigern. Mit dem verstärkten Einsatz von pädagogischem Personal in den Kindertageseinrichtungen soll die Bildungsarbeit für Kinder, die noch nicht die Schule besuchen, weiter ausgebaut werden.

Familienministerin Christa Stewens: „Bildung beginnt bereits in frühester Kindheit. Daher sind Kindertageseinrichtungen in Bayern seit jeher Bildungseinrichtungen. Um diese Bildungsarbeit zu stärken, wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Unser Ziel ist es, dass die Träger der Einrichtungen mehr qualifiziertes Personal beschäftigen können, dem ausreichend Zeit für die Arbeit mit den Kindern, den Eltern und der Vernetzung mit der Schule zur Verfügung steht.“

Kommunale Aufgabe

Hierzu werden nach den Worten der Ministerin derzeit Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt. Stewens: „Kindertagesbetreuung ist eine kommunale Aufgabe. Nur gemeinsam mit den Kommunen können wir diese Verbesserungen erreichen. Deshalb ist es unabdingbare Voraussetzung, dass die kommunalen Spitzenverbände diese Initiativen mittragen.“

Staatsregierung beteiligt sich im gleichen Umfang wie die Kommunen

Nach den Vorstellungen der Staatsregierung soll bereits mit Beginn des Kindergartenjahres 2008/2009 der Anstellungsschlüssel in den Kindertageseinrichtungen - d.h. das Verhältnis Arbeitsstunde des pädagogischen Personals zu gebuchten Betreuungsstunden für Kinder -

von derzeit 1:12,5 auf 1:11,5 verbessert werden. Stewens: „Die Staatsregierung spricht sich klar für eine solche Verbesserung des Anstellungsschlüssels aus und bietet an, sich an dieser kommunalen Aufgabe finanziell im gleichen Umfang wie die Kommunen zu beteiligen. Von den jährlichen Gesamtkosten von rund 20 Millionen Euro würde der Staat also 10 Millionen Euro übernehmen und in diese Verbesserung der Kindertagesbetreuung investieren. Ich appelliere an die kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen sich mindestens in gleichem Umfang wie der Staat an den Kosten dieser wichtigen Verbesserung beteiligen. Kindertageseinrichtungen mit einem hochwertigen Betreuungsangebot kommen nicht nur den Kindern zugute, sie sind auch ein echter Standortvorteil.“ Schrittweise soll in den nächsten Jahren der Anstellungsschlüssel auf 1:10 angehoben werden.

Unterstützung der Familien

Darüber hinaus sprach sich das Kabinett nach der qualitativen Verbesserung für die mittelfristige Einführung eines beitragsfreien Kinderbetreuungs-jahres gemeinsam mit den Kommunen aus. Stewens: „Ein kostenfreies Betreuungs-jahr für Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung ist eine wünschenswerte Ergänzung zu unseren Maßnahmen beim Ausbau der Kinderbetreuung und Unterstützung der Familien.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eduard Moser
94136 Thyrnau
am 15.7.

Bürgermeister Karl Balk
92718 Schirmitz
am 21.7.

Bürgermeister Dieter Frank
95141 Schwarzenbach a. Wald
am 23.7.

Bürgermeister Frederik Röder
82239 Alling
am 25.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Wenninger
94374 Schwarzach
am 19.7.

Bürgermeister Josef Böck
86863 Langenneufnach
am 21.7.

Bürgermeister Wolfgang Schenk
89415 Lauingen
am 21.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fridolin Göbl
86697 Oberhausen
am 19.7.

Hinweis in eigener Sache:
Unsere Datenbank weist nach der Kommunalwahl Lücken auf. Wenn Sie als neugewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der Bekanntgabe Ihres runden Geburtstags einverstanden sind, bitten wir um Mitteilung.



Das Bildungszentrum der BVS in Lauingen feierte mit viel Prominenz an zwei Tagen sein zehntes Jubiläum. Nach dem Festvortrag des international erfolgreichen Buchautors Günter F. Gross waren im Bild vereint: der Leiter des Bildungszentrums, Thomas Brandl, BVS-Vorstand Dr. Josef Ziegler, G. F. Groß, Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages und der Lauinger Bürgermeister Wolfgang Schenk. Bild: jdt

Dr. Jürgen Busse:

Bayern kann stolz sein

Bildungszentrum Lauingen der Bayerischen Verwaltungsschule feierte zehntes Gründungsjubiläum / Standort hat sich bewährt

Lauingen(jdt). Als hervorragende Bildungseinrichtung gefeiert wurde anlässlich des 10. Jubiläums das Bildungszentrum Lauingen der Bayerischen Verwaltungsschule. Beim Festakt betonte Dr. Jürgen Busse (Vorsitzender des Verwaltungsrates der BVS und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages), das Bildungswerk in Lauingen habe sich „in den zehn Jahren seines Bestehens hohes Ansehen erworben, geschätzt als zuverlässiger und innovativer Partner“.

Zum Teilnehmerkreis der zweitägigen Veranstaltung, die mit einem Sommerfest verbunden war, gehörten rund 250 Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Darunter waren u.a. Politiker, Regierungs- und Bezirksratspräsidenten, Landräte, zahl-

Funktionalität auch den Zielsetzungen eines solchen Hauses im Hinblick auf das Thema „Umwelt“ Rechnung zu tragen. Erfolgreich entwickelt habe sich die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Dillingen und der Stadt Lauingen.

schwierige Finanzlage der Schule eingehend analysiert und ein Lösungsweg erarbeitet worden; „Nachdem eine Umlage aus vielerlei Gründen ausschied und Gebührenerhöhungen nur behutsam vorgenommen werden können, war ein Gesamtpaket erforderlich. So hat die Schule ihren Aufwand reduziert sowie für die Kunden tragbare Gebührenerhöhungen für Lehrgänge und Prüfungen zum September 2008 vorgenommen, übrigens die ersten seit sechs Jahren. Sie bleiben mit rund vier Prozent hinter der allgemeinen Kostenentwicklung zurück. Nach vielen Gesprächen mit Innen- und Finanzministerium sei es gelungen, zur Reduzierung des Schuldenstandes eine Zuwendung in Höhe von 10 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu erhalten.

Dank für Unterstützung

Für die Unterstützung dankte Dr. Busse dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Manfred Ach, den Vertretern der Staatsministerien des Innern und der Finanzen sowie den Kollegen der anderen kommunalen Spitzenverbände sowie dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband. Im Rahmen der nächsten 15 Jahre werde der Konsolidierungsprozess abgeschlossen.

Abschließend dankte Dr. Busse der Stadt Lauingen, dem Landkreis Dillingen und der Berufsschule „für die in zehn Jahren gewachsene hervorragende Zusammenarbeit, die beispielhaft ist“.

30.000 Übernachtungen

Dr. Josef Ziegler, der Vorstand der BVS, erinnerte an die Entwicklung des Bildungszentrums in Lauingen, mit dem Start unter dem Namen „Zentrum für Umweltschutz“. Jedes Jahr kämen über 300 Teilnehmer aus den umweltechnischen Berufen zur praxisbegleitenden Unterweisung in ihrer Ausbildung oder zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung, dazu etwa 150 Teilnehmer, um die entsprechenden Qualifikationen als Fachkräfte oder Meister für Bäderbetriebe zu erwerben. Nochmals fast 2.000 Personen besuchten das Haus zu Fortbildungsveranstaltungen, dazu kämen etwa 5.000 Teilnehmer im Jahr, Angehörige der Allgemeinen inneren Verwaltung (zur Aus- und Fortbildung). Jährlich seien insgesamt über 30.000 Übernachtungen zu verzeichnen. Von den Zuhörern begeistert quittiert wurde der Festvortrag von Günter F. Gross, München, zum Thema „Beruflich Profi - privat Amateur“ (Berufliche Spitzenleistungen und persönliche Lebensqualität). □

2007 „bestes Ergebnis“

Bekräftigt wurde von Busse, dass die Bayerische Verwaltungsschule für den Öffentlichen Sektor moderne, zielgerichtete, qualitativ hochwertige Ausbildungslehrgänge bereithalte. Im Bereich der Fortbildung sei das Jahr 2007 mit fast 30.000 Teilnehmern bei circa 2.000 Veranstaltungen das zahlenmäßig mit Abstand beste Ergebnis in der Geschichte der BVS gewesen.

Neue Strategie

Der Erfolg der Fortbildung lasse sich auch an der neuen Strategie einer organisatorischen und personellen Verknüpfung der Bayerischen Verwaltungsschule und der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement festmachen. Hohe Beachtung schenken müsse man, so der Redner, der finanziellen Situation der BVS, die sich in einem „engen Finanzkorsett“ bewege, allein finanziert aus ihren Gebühren. Eine Geschäftsstelle und die vier Bildungszentren mit 560 Übernachtungsplätzen bildeten einen hohen Fixkostenblock. Die Abfinanzierung der Kredite für den Bau in Lauingen oder den Kauf in München in der Riedlerstraße bereiteten mit einem aktuellen Schuldenstand von 33,3 Millionen Euro erhebliche Kopfschmerzen auch für die Zukunft“.

Gesamtpaket erarbeitet

Vom Verwaltungsrat sei die

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

„Es gibt viel zu tun, also packen wir's an“ - dieser bekannte Slogan trifft auch auf die Kommunalpolitik zu. Unser Ziel als Entscheidungsträger besteht in erster Linie darin, den Menschen in unseren Kommunen eine möglichst hohe Lebensqualität zu bieten.

Eine nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich jedoch auch an der Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Zwei Themen, die auch auf Landesebene zur Zeit sehr stark zukunftsorientiert und innovativ voran gebracht werden, sind die Bereiche Klimaschutz und Energieeinsparung sowie die Familienpolitik. Hier sind auch die



Referenten. Darüber hinaus wurde der Energieatlas des Landkreises offiziell vorgestellt. Dieser enthält eine Bestandsaufnahme des Energieverbrauchs und der Energieversorgung im Landkreis und zeigt den aktuell genutzten Stand der erneuerbaren Energien auf. Mit diesem Energieatlas hat der Landkreis Mühldorf ein bayernweit einmaliges Projekt angestoßen. Ein Ergebnis der Untersuchungen zeigt, dass sowohl die Strom-, als auch die Wärmeerzeugung im Landkreis zu 100 Prozent aus regenerativen Energien erfolgen kann. Wenn man noch einen Schritt weiter geht wird der Landkreis vom Bezieher zum Lieferanten. Dazu ist es aber notwendig, alle Potenziale komplett zu nutzen.

Das zweite große Schwerpunktthema ist die Familienpolitik. Früher bildete die Großfamilie aber auch die Dorfgemeinschaft einen stabilen Rahmen. Heute in unserer rastlosen, sehr stark entsolidarisierten und materialistisch eingestellten Gesellschaft wird der stabile Rahmen einer Familie jedoch immer stärker ausgehöhlt. In dieser oft familiär geschwächten Situation müssen wir die Menschen bereits im präventiven Bereich abholen, um die Menschlichkeit als zentralen Wert wieder stärker in der Gesellschaft zu verankern. Dabei steht das „Füreinandereinstehen“ und ein harmonisches Zusammenleben von Jung und Alt im Vordergrund. Das Ziel muss sein: Eine Gesellschaft in der sich die Kinder wohlfühlen, in der aber auch alte und schwache Menschen ein willkommener Teil der Gesellschaft sind und sich verschiedene Generationen stützen und unterstützen.

Das heißt aber auch: In eine stabile Gesellschaft muss offensiv investiert werden, damit künftige Probleme und die damit verbundenen Kosten im Sozialbereich gar nicht erst entstehen können. Das ist auch ein wichtiges Ziel unserer Kreispolitik und der Regionalentwicklung im Landkreis Mühldorf am Inn.

„Es gibt also viel zu tun, packen wir's an!“

Ihr Georg Huber

Es gibt viel zu tun,
also packen wir's an!

Kommunen stark gefordert. Denn die Städte und Gemeinden sind die Ebene für die Bürgerinnen und Bürger, in der Entscheidungen und deren Umsetzung konkret erlebbar und in den Auswirkungen unmittelbar spürbar werden.

Im Rahmen der Initiative „Klimafreundliches Bayern“ der Bayerischen Staatsregierung haben die Landkreise über den bayerischen Landkreistag bereits 2007 eine Erklärung zum Klimaschutzbündnis unterzeichnet und darin zugesichert, den Folgen des Klimawandels wirksam zu begegnen und zugleich nachhaltige Entwicklungen bei der Energieeinsparung in den Landkreisen aktiv zu fördern. Denn der Schutz des Klimas ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, bei deren Bewältigung alle gesellschaftspolitischen Gruppen gefordert sind.

Die Staatsregierung hat Anfang Juni die 1. Bayerische Klimawoche ausgerufen. Der Beitrag des Landkreises Mühldorf war ein zweitägiges Energie-Symposium mit hochkarätigen

Ländliche Entwicklung in Bayern:

Zusammenarbeit schafft Perspektiven

Gemeinsame „Enkeringer Erklärung“ von Miller, Brandl und Magel

Die integrierte ländliche Entwicklung (ILE) ist der Erfolgsfaktor für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit bayerischer Gemeinden. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller übereinstimmend mit Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, und Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, bei der Fachveranstaltung „Zusammenarbeit schafft Perspektiven“ vor über 100 Bürgermeistern und Experten aus dem ländlichen Raum in Enkering, Landkreis Eichstätt, feststellte, gibt die ILE Entwicklungsimpulse und unterstützt die Kommunen im ländlichen Raum bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Bayernweit betreut die Verwaltung für Ländliche Entwicklung derzeit 70 kommunale Allianzen mit rund 500 Gemeinden. 19 davon haben bereits ihr gemeindeübergreifendes Entwicklungskonzept erarbeitet. Damit verfügen die Gemeinden über eine Strategie, die die Kräfte benachbarter Gemeinden bündelt, Lösung für gemeindeübergreifende Herausforderungen aufzeigt und die Wertschöpfung in der Region steigert.

Kreativität und Eigeninitiative

„Immer mehr Gemeinden erkennen, dass sie mit überörtlichem und sektorübergreifendem Engagement die Herausforderungen und Probleme erfolgreicher und effizienter meistern und ihren Lebensraum besser gestalten können“, betonte Minister Miller. Man setze dabei gezielt auf die Kreativität und die Eigeninitiative der Gemeinden und ihrer Bürger, aber auch auf die Kernkompetenzen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung, auf fach- und gebietsübergreifende Planungsansätze, auf Bürgermitwirkung, den unmittelbaren Umsetzungsbezug und das Landmanagement mit zielgerichteter Bodenordnung.

In ihrer „Enkeringer Erklärung“ formulierten Miller, Brandl

management mit zielgerichteter Bodenordnung und den Instrumenten Dorferneuerung und Flurneuordnung.

Das Spektrum der zu bearbeitenden Themen umfasst z. B. die Verbesserung der Infrastruktur, die Unterstützung der Landwirtschaft, die Schaffung von Einrichtungen für Kultur, Freizeit und Erholung oder die Ausweisung gemeinsamer kommunaler Einrichtungen, wie interkommunaler Gewerbegebiete oder gemeinsamer Bauhöfe.

Darüber hinaus ist künftig ein besonderes Augenmerk zu legen auf den Schutz des Klimas, z. B. durch die Erarbeitung gemeindeübergreifender Energiekonzepte, die Anpassung an den Klimawandel, z. B. durch gemeindeübergreifenden Hochwasserschutz, und auf die demografische Entwicklung, z. B. durch Schwerpunktsetzung auf die Innenentwicklung oder die Sicherstellung der Grundversorgung. Zudem sollen Strategien für Landnutzung, Flächensparen und Biodiversität erarbeitet werden.

Das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, der Bayerische Gemeindetag und die Bayerische Akademie Ländlicher Raum werden auf der Grundlage vorstehender Leitsätze in enger gegenseitiger Abstimmung auf die weitere Verbesserung der finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen hinwirken und die fachlichen Grundlagen fortentwickeln. Dazu werden sie u. a. in gemeinsamen Veranstaltungen erfolgreiche Beispiele präsentieren, die Stärken und Schwächen der gegebenen Rahmenbedingungen analysieren und ggf. gemeinsame Vorschläge zu deren Weiterentwicklung erarbeiten. DK

Anzeigen in der **GZ**
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

reiche Bürgermeister, Verbandsvorsitzende und Führungskräfte aus ganz Bayern.

Prominente Ehrengäste

Unter den Ehrengästen konnte Dr. Jürgen Busse zur Jubiläumsvorstellung u. a. die Landtagsabgeordneten Manfred Ach (Vorsitzender des Haushaltsausschusses) und Georg Winter, den schwäbischen Bezirksratspräsidenten Jürgen Reichert sowie den Vizepräsidenten von Oberbayern, Josef Mederer, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und die Architekten des Bildungszentrums Lauingen, Axel und Peter Schwinde, willkommen heißen.

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Gewürdigt wurde von Dr. Busse der Tatbestand, dass die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) seit nunmehr 90 Jahren im Dienst der Aus- und Fortbildung für den Öffentlichen Dienst in Bayern stehe: „Dies bedeutet Tradition und Erfahrung, beinhaltet aber auch die ständige Forderung nach Innovation und Weiterentwicklung. Unsere BVS ist anerkannt; die Träger, das heißt die kommunale Familie wie auch der Freistaat Bayern können stolz auf sie sein.

Im Blick auf das zehnjährige Bestehen des Bildungszentrums Lauingen hob Dr. Busse hervor, dass es den Architekten bei dem Projekt gelungen sei, neben der

Deutsches Institut für Urbanistik:

Jahresgutachten Mobilfunk 2007

Berlin. Mobilfunk gehört heute zur unverzichtbaren Infrastruktur. Nicht nur die UMTS-Technologie, auch die von Nutzern gewünschte flächendeckende Versorgung erfordern einen weiteren Ausbau der Sendeanlagen. Dieser sollte jedoch weitgehend im Einklang zwischen Mobilfunkbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern geschehen.

Im Juni 2008 hat die Bundesregierung mit Abschluss des Mobilfunkforschungsprogramms ein Resümee der Umsetzungsergebnisse gezogen. Inzwischen kann auf einen sechsjährigen Evaluationsprozess der Zusammenarbeit zwischen Mobilfunknetzbetreibern und Kommunen zurückgeblendet werden. Die Evaluationen sind Bestandteil der seit Dezember 2001 bestehenden freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung.

Gesamtzuschätzung der Entwicklung

Ein Schwerpunkt des Gutachtens 2007 war der synoptische Vergleich der Ergebnisse der bisherigen Jahresgutachten, um zu einer Gesamtzuschätzung der Entwicklung über den gesamten Zeitraum 2001 bis 2007 kommen. Das Gutachten wurde durch das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. und dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) erstellt.

Denkfabrik und Markenbegriff ...

(Fortsetzung von Seite 1) sowie zur Konjunktur und Bedeutung des Gesundheitsmarktes für ländliche Räume. Auch das einst sehr kontrovers diskutierte Thema dezentraler Infrastrukturen insbesondere bei Wasser und Abwasser und das Bekenntnis zu kleineren Strukturen hätten der Akademie ebenso stets am Herzen gelegen wie die Themen Aktive Bürgergesellschaft, Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und des Ehrenamts sowie Wertefragen und Wertebewusstsein.

Politische Leitentscheidung

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein wandte sich mit Nachdruck gegen Vorstellungen, ländliche Räume in Bayern auf ihre reine Wohn- und Erholungsfunktionen zu reduzieren. Es sei eine zentrale politische Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, das ganze Land konsequent voranzubringen und nicht einseitig auf Ballungsräume zu setzen. „Bereits im Haushalt 2008 haben wir die wachsenden Gestaltungsspielräume konsequent genutzt und investieren zusätzlich massiv in unsere Kommunen, in die Schulen sowie in die Dorferneuerung und die Breitbandversorgung im Land. Weitere Investitionsschwerpunkte für den ländlichen Raum werden wir mit dem großen Innovationsprogramm setzen, das die Staatsregierung noch vor der Sommerpause vorlegen wird und das auch ganz gezielt Forschungs- und Technologiezentren außerhalb der Ballungszentren München und Nürnberg stärken soll“, betonte Beckstein.

Partnerschaft mit den Kommunen

Der Festredner bezeichnete die Gestaltung bester Bildungschancen, eine zukunftsgerichtete Landwirtschafts-, Mittelstands- und Wissenschaftspolitik sowie eine enge Partnerschaft der Staatsregierung mit den Kommunen als entscheidende Erfolgsmotoren für die hohe Lebensqualität in den ländlichen

Zusagen erfüllt

Insgesamt zeigte sich, dass die Betreiber auch im Jahr 2007 die Zusagen aus der Selbstverpflichtung weitgehend erfüllen. In den ersten Jahren des Zeitraums seit Inkrafttreten der Selbstverpflichtung (2001-2004) waren die Verbesserungen der Zusammenarbeit von Netzbetreibern und Kommunen stark spürbar. Danach konnte man sich den anspruchsvollen Zielsetzungen der Selbstverpflichtung und der Verbändevereinbarung schrittweise weiter annähern.

In einzelnen Bereichen wird die Entwicklung seit den Jahren 2004/2005 von den Kommunen aber auch als Stagnation oder leichte Verschlechterung gesehen (wie etwa bei der Nutzung alternativer Standortvorschläge der Kommune oder bei der Unterstützung der Kommune durch die Betreiber bei der Bürgerinformation). Bei der weiteren Qualitätsverbesserung sollte das Augenmerk vornehmlich auf die Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern und kleinen Kommunen gelegt werden.

Hervorzuheben ist, dass sich

im gesamten Zeitraum von 2001 bis 2007 die Zahl der Konflikte im Zusammenhang mit neuen Mobilfunkstandorten kontinuierlich verringert hat. Dies ist zum einen zwar auf die zurückgegangene Zahl der neuen Standortentscheidungen zurückzuführen. Zum anderen ist aber auch die Konflikthäufigkeit relativ zur Zahl der neuen Standorte gesunken, was darauf hinweist, dass in der Kommunikation zwischen Betreibern und Kommunen Fortschritte erzielt worden sind. Das insgesamt positive Bild der immer stärker einvernehmlichen Abstimmung zwischen Kommunen und Betreibern findet sich in den kleineren kreisangehörigen Gemeinden seltener als in den größeren Städten.

Verbraucherschutz und -information

Weitere Ergebnisse des Jahresgutachtens sind, dass Verbraucherschutz und -information in weiten Teilen kontinuierlich verbessert wurden. Das gilt auch für die Information über die Strahlungswerte von Mobiltelefonen in Broschüren oder im Internet. Allerdings ist der Informationsstand der Shopmitarbeiterinnen und Shopmitarbeiter in Hinblick auf den Bereich „Mobilfunk - Gesundheit - Umwelt“ trotz einer leichten Verbesserung seit

2004 weiterhin nicht zufriedenstellend. Insgesamt erscheinen Maßnahmen zur Verbesserung der Verbraucherinformation in den Shops zwingend erforderlich. Auch das Angebot an strahlungsarmen Mobiltelefonen konnte entgegen der Selbstverpflichtung nicht ausgebaut werden. In den Bereichen Forschungsförderung und Monitoring sind die Netzbetreiber den aus der Selbstverpflichtung resultierenden Pflichten in vollem Umfang nachgekommen.

Das Jahresgutachten kann im Internet abgerufen werden unter <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=X7G3PCA.Z>. □

EU-Lobbyismus im Blickpunkt

Während die Kommission ein freiwilliges Lobby-Register einführt, hat sich das Europaparlament jetzt dafür ausgesprochen noch einen Schritt weiter zu gehen und ein gemeinsames, verbindliches Register zu schaffen, verbunden mit einer Pflicht zur Offenlegung der Finanzen von Lobby-Organisationen.

Der am 8. Mai vom Parlamentsplenum mit großer Mehrheit verabschiedete Bericht, der von dem finnischen Abgeordneten Alexander Stubb vorbereitet und nach dessen Ernennung zum Außenminister Finnlands von dem CSU-Abgeordneten Ingo Friedrich im Plenum vorgestellt wurde, folgt weitgehend dem vom Verfassungsausschuss verabschiedeten Empfehlungen.

Grundsätzlich betont der Bericht, dass Interessenvertreter eine bedeutende Rolle im offenen und pluralistischen Dialog spielen und eine „wichtige Informationsquelle“ darstellen, weshalb ein gleichberechtigter und für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer Zugang von Interessengruppen zu den Institutionen der Europäischen Union wünschenswert sei.

Das Parlamentsplenum sprach sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zwischen den EU-Organen aus, die bis Ende 2008 die Details prüfen und konkrete Vorschläge für die Einrichtung „eines gemeinsamen Registers für alle Interessenvertreter, die Zugang zum Rat, zur Kommission oder zum Parlament erhalten möchten, und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Verhaltenskodex“ erarbeiten soll. □

Lebensqualität der Menschen ...

(Fortsetzung von Seite 1) te Angebote die Selbsthilfepotentiale der betroffenen behinderten Menschen besser zu fördern“, sagte Hölzlein. Leistungsausweitungen könnten also auch kostendämpfende Wirkung haben, ohne das Recht auf umfassende Hilfeleistungen dadurch zu schmälern.

Neue Zuständigkeiten

Jürgen Heike, Staatssekretär des Innenministeriums, sah in den neuen gesetzlichen Zuständigkeiten der Bezirke im Sozialbereich die Möglichkeit, den Leitgedanken „ambulante vor stationäre“ erfolgreich umzusetzen und damit den Wünschen der behinderten Menschen zu entsprechen, so lang wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Besonders hob er die innovativen und kostenbewussten Reformvorhaben der Bezirke in der psychiatrischen Gesundheitsversorgung oder dem Maßregelvollzug hervor. Auch ihr Kulturregagement verdiene „größte Anerkennung“. Hier sei ein Brückenschlag zum Sozialbereich möglich, wie die Thematik „Alter und Kultur“ zeige, die der Verband der bayerischen Bezirke erfolgreich angegangen sei.

EU genehmigt Internet-Breitband auf dem Land

EU-Kommission gibt grünes Licht für 140 Millionen Euro zur Einrichtung von DSL-Internetverbindungen

Brüssel (pm). Der flächendeckende Ausbau von schnellen Internetverbindungen auf dem Land kann kommen. Wie der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, mitteilte, genehmigte die EU-Kommission die staatlichen Beihilfen für den Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Insgesamt sollen in Deutschland rund 141 Millionen Euro für den Ausbau der schnellen Datenleitungen zur Verfügung gestellt werden.

Ferber: „Mit diesem Geld kann auch in Bayern der Ausbau von schnellen Internetverbindungen auf dem Land mit EU-Geldern gefördert werden. Dies soll vor allem dort geschehen, wo Privatfirmen aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte bisher nicht investiert haben.“

Ein Grossteil der 141 Millionen Euro Fördergelder soll aus dem EU-Förderprogramm für den ländlichen Raum (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ELER) gezahlt werden. Nach einer IDATE-Studie vom Dezember 2006 beträgt der Anteil der DSL-Breitbandabdeckung im ländlichen Raum in Deutschland lediglich 58,5 Prozent. In den Städten sind 99 Prozent aller Haushalte an schnelle Internetdatenleitungen angebunden. Mit den Fördermitteln sollen private Firmen veranlasst werden, schnelle DSL-Datenleitungen auch auf dem Land einzurichten. □

Position gegen Extremismus

Herrmann Schirmherr der Aktion „Wellenbrecher“

„Fremdenhass und Intoleranz dürfen bei uns keine Chance haben.“ Das sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Aktion „Wellenbrecher“, einer Initiative gegen rechtsextremistische politische Aktivitäten in Bayern, für die der Minister die Schirmherrschaft übernommen hat.

Der Rechtsextremismus sei nach wie vor eine erhebliche Bedrohung für unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, so Herrmann. Die Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte habe im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. So seien nach 47 Gewalttaten im Jahr 2006 im Jahr 2007 82 Gewaltdelikte begangen worden. Auffallend dabei sei, dass zwei Drittel der Täter jünger als 21 Jahre seien und ohne jeden rechtsextremistischen Vorlauf waren.

Die Staatsregierung gehe mit großer Entschlossenheit gegen rechtsextremistische Umtriebe vor, betonte Herrmann. Die Maßnahmen reichten über Verbot von Versammlungen oder das Aussteiger-Telefon beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bis hin zu intensiver Präventionsarbeit an Schulen und Sicherheitsbehörden.

Herrmann lobte die Aktion „Wellenbrecher“, die sich vor allem gegen die Beeinflussung

jünger Menschen durch rechtsradikale Inhalte im Umfeld von Schulen richtet. „Der Organisator und Veranstalter von „Wellenbrecher“, Tom Stevens, sagt zurecht, dass es nicht allein Aufgabe des Staates sein kann, dem Rechtsextremismus entgegen zu treten. Wichtig ist bürgerschaftliches Engagement, um die Menschen für das Thema zu sensibilisieren.“

Jugendliche und Schüler sollen mit der Aktion auf vielfältige Art und Weise für die Thematik sensibilisiert und informiert werden. „Wellenbrecher“ werde von zahlreichen Prominenten und Schauspielern unterstützt.

Herrmann, der die Aktion mit dem Bürgermeister der Stadt Fürth und Referenten für Schule, Bildung und Sport, Markus Braun, vorstellte, sagte: „Wir müssen ein Augenmerk darauf richten, unsere Jugendlichen davor zu bewahren, auf Schulhöfen mit rechtsextremistischem Gedankengut konfrontiert zu werden.“ □

Räumen Bayerns. Beckstein: „Gute Bildungschancen sind die beste Vorsorge für Leben und Beruf und sie sind die entscheidende Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir auch in Zukunft in allen Regionen Bayerns jedem Kind, jedem jungen Menschen die besten Chancen auf bestmögliche Bildung geben - unabhängig von der sozialen oder räumlichen Herkunft.“ Dabei hob der CSU-Politiker insbesondere die Bedeutung der Grundschulstandorte in den Gemeinden hervor und kündigte seine Unterstützung für den Erhalt möglichst aller Standorte an.

Beckstein unterstrich zudem, dass die Land- und Forstwirtschaft nach wie vor das Rückgrat des ländlichen Raums ist. Bayerische Agrarpolitik sei gleichermaßen Politik für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Politik für den ländlichen Raum. Die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung sowie die wachsende Bedeutung regenerativer Energien eröffnen neue Chancen, „die wir nutzen wollen“.

Gemeinsame Wertebasis

Wie Pater Dr. Johannes Pausch bemerkte, spürten mittlerweile die meisten, dass ohne eine gemeinsame Wertevermittlung und eine gemeinsame Wertebasis Leben nicht möglich ist. Der ländliche Raum an sich habe einen Wert und stabilisiere ein Land, weil er ein Raum zum Bleiben ist. Der ländliche Raum sei deshalb auch „kein Experimentierfeld für Gigantomanie und Turbokühe, für rote, grüne oder schwarze Planwirtschaft“. Er sei nicht beliebig aufblasbar und belastbar, sondern definiere sich selbst durch Grenzen, die beachtet werden müssten, „sonst wird er zum Schrebergarten oder zur Müllhalde verkommen“. Pausch: „Das gute Maß als Wert ist keine Engführung und keine primitive Reglementierung, sondern Einsicht und Anerkennung der Möglichkeiten und Grenzen, die das Leben bietet.“

Der ländliche Raum habe seinen Wert und seine Schönheit

auch durch seine Unberechenbarkeit, denn das gute Maß und Balance seien keine berechenbaren Größen. „auch wenn wir versuchen, sie in noch so sichere Statistiken zu pressen“, meinte Pausch und ergänzte: „Mit der Hybris das gute Maß berechnen zu wollen, ist uns die Gabe der Unterscheidung und auch die Freiheit der Entscheidung verloren gegangen. Und die ist immer ein Wert des ländlichen Raums gewesen und sollte es auch bleiben.“

Freiräume

Der Wert des ländlichen Raums bestehe darin, „dass dort eine Leere ist, ein Freiraum, eine Ressource, die wir nicht hoch genug einschätzen können“. Zwar gebe es dort ein Defizit, „aber es ist das beste Defizit, das wir in unserer so angefüllten, übersättigten und aufgeblähten Gesellschaft haben“ - das Fehlen von Lärm, das Fehlen von Hochhäusern, das Fehlen von zweckten und verplanten Räumen. Der Mangel, der sich dort zeigt, werde sich über kurz oder lang als der größte Gewinn erweisen, prognostizierte der Prior.

Freies Wachstum

Der ländliche Raum brauche den freien Raum und das freie Wachstum - nicht nur, um Natur zu pflegen und etwas wachsen zu lassen, sondern auch um der geistigen Freiheit und Entwicklung willen, die sich dann am Besten entfalte, wenn der Mensch kreativ und innovativ sein kann. Pausch: „Wenn wir den letzten Feldweg zugepflastert und den letzten Kuhstall an die Gasfernleitung angeschlossen haben, dann werden wir vielleicht sagen können, wir haben die Infrastruktur verbessert, aber gleichzeitig haben wir auch das Leben ruiniert.“

„Der ländliche Raum lehrt uns den Wert des Lernens“, so der Festredner abschließend. Es gehe darum, von diesem Raum zu lernen, dass er immer wieder gelernt hat, zuerst die Stabilität zu suchen und dann eine Dynamik mit Augenmaß und das Wachstum zu entfalten. DK

nächste Legislaturperiode, denn Behindertenpolitik sei „Bürgerrechtspolitik“.

Gute Finanzausstattung

Der Vorsitzende des Landtagssozialausschusses, Joachim Wahnschaffe, plädierte für eine gute Finanzausstattung der Bezirke im Zuge des Finanzausgleichs durch den Freistaat. Menschen mit Behinderung soll ein selbstbestimmtes Leben gewährleistet werden, forderte auch Maria Scharfenberg, die parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.

Wilfried Mück, der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern, verwies freilich darauf, dass jede Stärkung der ambulanten Versorgung Mehrausgaben mit sich bringe. Ausgebaut werden müsse insbesondere die offene Behindertennarbeit und die Frühförderung. „Flächendeckende Angebote sind die Voraussetzung, um gleiche Lebensqualität in allen Landesteilen sicherzustellen“, sagte Mück. Nur mit einer guten Partnerschaft zwischen Bezirken und Leistungsträgern können diese Herausforderungen gemeistert werden. □

www.lfa.de



NEU!

| **Infrakredit Kommunal** |

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir ab sofort für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Eine neue Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur, die mit stark zinsverbilligten Konditionen auf Ihr Interesse stoßen wird. Besuchen Sie unsere Internetseite www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-24 84. Wir sind für Sie da.


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

10 Jahre Haus im Moos:

Bildungsstätte mit Vorbildcharakter

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum des Haus im Moos veranstaltete die Stiftung Donaumoos einen Infotag, einen Festakt sowie spannende Familientage. Dem Besucher eröffnete sich somit die Möglichkeit, das Donaumoos und die renommierte Umweltbildungsstätte in Karlshuld im nördlichen Oberbayern einmal auf etwas andere Weise zu erleben.

Nach der Eröffnung des Fach- und Informationstags zum Donaumoos durch Bürgermeister Karl Seitle wurde über den Stand der Donaumoosentwicklung berichtet. Gleichzeitig öffnete man die Tore zum Regional- und Künstlermarkt, der den Besuchern ein vielseitiges Angebot und Programm bereithielt. Vor allem für Familien wurde die Zeit in der Frühjahrs-Mooslandschaft am Haus im Moos kurzweilig.

Zahlreiche Rundgänge

So boten fachkundige Führer den Besuchern Rundgänge zu unterschiedlichen Themen an. Auf dem Programm standen unter anderem Führungen, auf denen einheimische Vögel beobachtet werden konnten, das Museum erkundet wurde oder aber das Erleben der Natur im Vordergrund stand. Rundfahrten auf dem Pferdewagen konnte sich jeder gönnen, der nicht ganz so gut zu Fuß unterwegs war oder einfach etwas weiter in die Moosnatur eintauchen wollte.

Zum Jahr des Wisents fanden ausführliche Führungen statt.

Abfallbilanz 2007 des Landkreises München:

Mehr Müll und hohe Trennquote

Laut Abfallbilanz des Landratsamtes München für das vergangene Jahr hat jeder Landkreiszürger im vergangenen Jahr durchschnittlich 507,8 kg Siedlungsabfall erzeugt. Wie der aktuelle Bericht ausweist, fielen insgesamt 158.870 Tonnen Siedlungsabfall an, ca. 2.000 Tonnen mehr als 2006. Davon machen allein 30.341 Tonnen Altpapier aus (2006: 30.244 Tonnen), was einer Sammelquote von 97 kg für jeden der 312.839 Bewohner des Landkreises München entspricht.

Über den im Jahr 2003 vom Landkreis abgeschlossenen Rahmenvertrag zur Papierentsorgung wurden im Jahr 2007 ca. 20.000 Mg Altpapier verwertet. Die 19 teilnehmenden Gemeinden am Rahmenvertrag konnten im Jahr 2007 durch den Papierverkauf einen Erlös in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro erzielen.

Restmüll

Der Anteil des Restmülls, der in der Müllverbrennungsanlage München-Nord verbrannt wird, betrug im Jahr 2007 für jeden Landkreiszürger 151,8 kg, insgesamt fielen rund 47.480 Tonnen an (2006: 47.127 Tonnen). Bei den Bio- und Gartenabfällen konnte die gesammelte Menge um 1.969 Tonnen auf 43.462 Tonnen deutlich gesteigert werden. Die Sammelquote der Bio- und Gartenabfälle beträgt 138,9 kg pro Einwohner (2006: 134,0 kg).

Bioabfall

Als erfreulich wird die nochmalige Steigerung des Bioabfalls um 1.500 Tonnen auf 25.560 Tonnen gewertet, was einer Sammelquote von 81,7 kg pro Einwohner entspricht. Der gesamte Bioabfall wird in der landkreiseigenen Vergärungsanlage in Kirchstockach verwertet.

Beim Altglas bestätigt sich der Trend der vergangenen Jahre, wonach immer weniger in die Sammelcontainer geworfen wird. 2007 landeten dort insgesamt 9.655 Tonnen, 180 Tonnen

Amtstierarzt Riedl ermöglichte es, seinen Schützlingen ganz nah zu kommen und gab damit einen wertvollen Einblick in die Lebensweise der größten Landsäugetiere Europas. Für Kinder bot die Umweltbildungsstätte ein vielfältiges Angebot, selbst kreativ ans Werk zu gehen. So konnten sich die kleinen Besucher mit Strohhalm als Architekt versuchen und riesige Burgen erschaffen, Korb flechten oder mit allerlei Moos- Naturmaterialien gestalterisch arbeiten.

Attraktion Wasserspielplatz

Eine Attraktion bildete der Wasserspielplatz, an dem die kleinen und großen Forscher nach Herzenslust den Geheimnissen eines Moortümpels mit all seinen Lebewesen auf die Spur kommen konnten. Daneben luden allerlei kulinarische Köstlichkeiten aus der Region sowie ein liebevoll gestalteter Handwerks- und Kleinkunstmarkt zum Verweilen ein.

Der neue Landrat von Neuburg-Schrobenhausen, Roland Weigert, eröffnete am Abend ei-

nen Festakt, bei dem Staatsminister Dr. Otmar Bernhard, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz den Festvortrag hielt. Zudem wurde den zahlreichen Gästen ein Bilderbogen präsentiert, der die wichtigsten Stationen im Laufe der 10-jährigen Geschichte des Haus im Moos zeigt und einen Rückblick von der Eröffnung am 15. Mai 1998 bis hin zur heute hervorragend geleiteten Umweltbildungsstätte mit seinem bayernweiten Vorbildcharakter gab.

Nachhaltigkeit in den Köpfen verfestigen

Wie Umweltminister Bernhard ausführte, ist Umweltbildung ein Schlüssel, um die Probleme der Welt zu mildern und einer Lösung zuzuführen. Auch gehe es darum, das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verfestigen. Als besonders zugkräftig erwiesen sich hier oft andere Themen und andere Methoden als die bislang üblicherweise angebotenen Vorträge und Seminare. Im Haus im Moos sei dies auf beispielhafte Weise erkannt worden: Tagungen würden mit geführten Wanderungen kombiniert oder auch handwerkliche Werkstätten mit erlebnisorientierten Veranstaltungen - „und dies mit großem Erfolg seit nunmehr 10 Jahren“!

Bei den Menschen in der Region und außerhalb würden neues Verständnis und Bewusst-

sein für die speziellen Besonderheiten, Probleme und Zukunftsaufgaben im größten zusammenhängenden Niedermoorgebiet Süddeutschlands gefördert. Mit der Zeit entwickle sich aus dem Dialog zwischen den Generationen, den Bauern und den Naturschützern, zwischen traditioneller Landwirtschaft und innovativen Landnutzungsprojekten eine immer vertrauensvollere Zusammenarbeit. Beständig würden Impulse zur nachhaltigen Entwicklung der Heimat gesetzt.

Fülle an Angeboten

Bernhard zeigte sich dankbar „für die Fülle an erlebnisorientierten Angeboten inmitten dieser herrlichen, für das Donaumoos typischen, einzigartigen, natürlichen Landschaft“. Mooserlebnispfade mit Bienen-schaukästen, Biotopteichen und vielen weiteren Stationen; Weide-Gehege für Rinder, Schafe und Wisente; Freilichtmuseen mit original eingerichteten alten Bauernhöfen und Bauerngärten; eine Spiel- und Aktionsfläche mit Moortümpeln, Biberauf-fangstation, Schilfbeerkläranlage etc.

Dank an engagierten Alt-Landrat

Eigens betonte der Umweltminister abschließend die hervorragende langjährige Zusammenarbeit vor allem auch mit dem „frischgebackenen Alt-Landrat Dr. Kessler“, dem er für seine engagierte Unterstützung von Herzen dankte. „Das Haus im Moos ist nicht zuletzt auch Ihr Kind“, bemerkte Bernhard, der sich zuversichtlich zeigte, dass „dieses gute Miteinander nun auch unter seinem Nachfolger Roland Weigert eine fruchtbare Fortsetzung finden wird“. DK



v. l.: Marco Kistner, Bezirkstagskandidat für den Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim/Fürth Land, Claudia Wust, Zweitstimmenkandidatin für den Bezirkstag, Landtagsabgeordneter Hans Herold, Gartenbesitzer Jürgen Schuster, Staatssekretär Christian Schmidt MdB, Landrat Matthias Dießl und Renate Schuster.

Tag der offenen Gartentür

Staatssekretär Schmidt beim Ausflug ins Grüne

Im Rahmen des „Elften Tages der offenen Gartentür“ hat Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär und heimischer Bundestagsabgeordneter, zusammen mit Landrat Matthias Dießl, dem Landtagsabgeordneten Hans Herold, Marco Kistner, Bezirkstagskandidat für den Stimmkreis Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim/Fürth-Land, sowie Zweitstimmenkandidatin für den Bezirkstag Claudia Wust, den Garten der Familie Schuster in Unterschlaubach besichtigt.

Christian Schmidt zeigte sich von der Kreativität und dem Engagement der beiden Gartenbesitzer Renate und Jürgen Schuster beeindruckt, die in ihrem Garten neben einem Wasserlauf und einem Schwimmteich auch prächtige Rabatten angelegt haben.

Liebe zum Detail

„Mit viel Ideenreichtum und

Liebe zum Detail haben sich die Schusters ein wunderschönes Gartenparadies geschaffen, auf das sie stolz sein können“, betonte Schmidt. „Ich freue mich sehr darüber, dass sich die Familie Schuster wie viele andere Gartenbesitzer im Landkreis am Tag der offenen Gartentür beteiligt haben, um den interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick in ihren Garten zu gewähren“, so Schmidt weiter. □

10 Jahre Kompetenzzentrum Umwelt e.V. KUMAS:

Erfolg für die Region

Mit einem Festakt in Augsburg hat das Kompetenzzentrum Umwelt e.V. sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Zahlreiche Festgäste, unter ihnen Dr. Marcel Huber, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Regierungspräsident Ludwig Schmid und Bürgermeister Hermann Weber sowie die Vorsitzenden des KUMAS-Vorstands, die Präsidentin der IHK Schwaben Hannelore Leimer und Dr. Hermann Teufel, blickten auf eine erfolgreiche KUMAS-Arbeit zurück.

Die Schaffung eines bayerischen Kompetenzzentrums Umwelt in Einklang mit Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Bildung und der Wirtschaft zu unterstützen, ist ein Hauptanliegen von KUMAS. Fast 200 Netzwerkpartner bilden inzwischen ein starkes Umweltkompetenzgeflecht.

Verbesserte Bedingungen

KUMAS ist es gelungen, die Rahmenbedingungen in der Region für alle Umweltunternehmen und -einrichtungen wesentlich zu verbessern. So wurde der Hauptsitz des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) von München nach Augsburg verlegt, das eza! energie- und umweltzentrum allgäu nahm seine Informations- und Beratungstätigkeit in Kempten auf.

Die Hochschule Augsburg bietet „Umwelttechnik“ und „Energieeffizientes Design“ und die Hochschule Kempten „Energie und Umwelt“ an. An der Universität Augsburg nahmen das AMU (Anwenderzentrum Material- und Umweltforschung) und das WZU (Wissenschaftszentrum Umwelt) ihre Tätigkeiten auf. In Lauingen bildet die Bayerische Verwaltungsschule Ver- und Entsorger aus. Das UTG (Umwelttechnologisches Gründerzentrum Augsburg) unterstützte schon mehr als 90 Existenzgründer, das bifa Umweltinstitut konnte sein Serviceangebot für die Wirtschaft wesentlich erweitern.

Neue Marken

Neue Messen und Kongresse wurden etabliert. Mit den Bayerischen Abfall- und Deponietagen und den Bayerischen Wassertagen konnte KUMAS neue Marken weit über Bayern hinaus erfolgreich fixieren. Die im Messezentrum Augsburg jährlich stattfindende RENEXPO zieht Experten der Energiebranche zu tausenden an den Lech und die Veranstaltung Allgäuer Altbautage an die Iller nach Kempten. Seit zehn Jahren zeichnet KUMAS zudem jährlich Umweltinnovationen aus. So haben inzwischen 34 Preisträger die Auszeichnung „KUMAS-Leitprojekt“ für besondere Leistungen und Projekte erhalten. „KUMAS hat in zehn Jahren viel erreicht. Wir sind angetre-

ten, die Umwelttechnologie in der Region nachhaltig zu entwickeln und werden diesen Weg auch weitergehen, denn durch das regionale Handeln in vielen kleinen Schritten liefern wir einen wichtigen Beitrag zu den großen globalen Themen wie zum Beispiel Klimawandel oder Ressourcenschonung“, betonte Geschäftsführer Egon Beckord.

„Seit einem Jahrzehnt hat sich die Region Augsburg-Schwaben als Umwelt-Trainingszentrum in ganz Europa einen Namen gemacht“, bemerkte wiederum Umweltstaatssekretär Marcel Huber: „Der EU-Beitritt stellt unsere östlichen Nachbarn in vielen Bereichen vor große Herausforderungen. Um die in der EU geltenden Umweltstandards einzuhalten, besteht allein in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft und Abwassertechnik langfristiger Investitionsbedarf in mindestens rund 110 Milliarden Euro.“

Ausbildung zum „Umwelt-Trainer“

Die internationale Zusammenarbeit des Freistaates zur Stärkung der europäischen Integration konzentrierte sich vor allem auf die jüngsten Beitrittsländer sowie Erweiterungs- und GUS-Staaten. Bereits seit 2001 bietet das Umweltministerium Weiterbildungsseminare für Fachkräfte der Umweltverwaltung an. „Fach- und Führungskräfte aus Litauen, Polen, Ungarn und Tschechien wurden so zum 'Umwelt-Trainer' ausgebildet und der Boden für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit bayerischen Unternehmen damit bereitet“, erläuterte der Staatssekretär.

Können und Ideenreichtum

Wie Huber hervorhob, ist das Kompetenzzentrum heute „Markenzeichen für bayerisches Können und bayerischen Ideenreichtum im Umweltschutz - von Abfallwirtschaft über Umweltmedizin bis Wassertechnologie, von Behörden über Fachhochschulen und Universitäten bis zu Unternehmen und Umweltbildungseinrichtungen“. Der Raum Augsburg-Schwaben stelle mit 550 Umwelttechnologieunternehmen ein Schwergewicht der Umwelttechnologie in Bayern dar. DK

Natur- und Umweltgarten Reichelshof:

Auszeichnung von der UNESCO

Das Projekt „Allianz Zukunft Blauer Planet“ der staatlich anerkannten Umweltstation „Natur- und Umweltgarten Reichelshof“ im Landkreis Schweinfurt ist als Offizielles Projekt der Weltdekade der Vereinten Nationen (UNESCO) für die Jahre 2008 und 2009 ausgezeichnet worden. Angelika Imgrund, Leiterin der Umweltstation, und Prof. Dr. Christa Fritzsche, Wissenschaftliche Projektbegleiterin, nahmen diese Auszeichnung vom Nationalkomitee der UN-Dekade für Ihr außerordentliches Engagement im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ entgegen.

Die Ehrung fand im Rahmen der 14. Internationalen Sommerakademie „Kindheit und Jugend im Wandel! Umweltbildung im Wandel!“ in Ostritz-St. Marienthal bei Berlin statt. Die Umweltstation Reichelshof ist die einzige Umweltbildungseinrichtung in Unterfranken, die diese UNESCO-Auszeichnung für die Jahre 2008 und 2009 erhält - siehe auch www.bne-portal.de. □

Österreichisch-Bayerisches Altlastensymposium in Salzburg:

Erkundung und Austausch

Der Österreichische Verein für Altlastenmanagement (ÖVA) und die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB mbH) luden zum Österreichisch-Bayerischen Altlastensymposium 2008 nach Salzburg ein. Die gemeinsame österreichisch-bayerische Veranstaltung gab erneut Gelegenheit, den fachlichen Wissensstand gemeinsam zu erweitern und gegenseitige Erfahrungen auszutauschen.

Der ÖVA wurde auf Initiative führender Experten aus dem Bereich der Wissenschaft, Wirtschaft und der Verwaltung ins Leben gerufen und hat zum Ziel, integrative Lösungen zur Behandlung und Wiedernutzbarmachung kontaminierter Flächen zu fördern und auf diesem Gebiet tätige Fachleute zusammenzuführen. Die GAB mbH wurde 1989 durch die Bayerische Wirtschaft gemeinsam mit dem Freistaat gegründet, um die Altlastensanierung dort finanziell und fachlich zu unterstützen, wo Verantwortliche nicht mehr greifbar oder zahlungsunfähig sind. Staat und Wirtschaft entschlossen sich, mit diesem freiwilligen und paritätisch finanzierten Kooperationsmodell partnerschaftlich Verantwortung für Mensch und Umwelt, für die Sicherung der Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen zu übernehmen.

Praktische Erfahrungen, technische Innovationen

Bei der zweiten österreichisch-bayerischen Veranstaltung standen die Aspekte des „Flächenmanagements“ sowie praktische Erfahrungen und technische Innovationen bei der Erkundung und Sanierung von Altlasten im Vordergrund. Nach beinahe zwei Jahrzehnten Altlastenbearbeitung liegen Erfahrungen vor, die einerseits Rück-

blicke über bisherige Leistungen und Erfolge der Altlastensanierung ermöglichen, andererseits eine geeignete Basis für neue Leitbilder eines künftigen Altlastenmanagements darstellen.

Altlastenmanagement

Den ökologischen Effekten bisheriger Sanierungen wurde der finanzielle Aufwand gegenüber gestellt; zudem wurden Ansätze für ein Kosten/Nutzen optimiertes Altlastenmanagement präsentiert. Dabei kommt, wie die Tagung zeigte, dem verantwortungsvollen Umgang mit Risiken im Zusammenhang mit der (Nach-)Nutzung von kontaminierten Standorten eine wichtige Rolle zu. Nicht nur im Zusammenhang mit Aufwendungen für die Erkundung und Sanierung von kontaminierten Standorten werden monetäre Aspekte bedeutsam. Verunreinigungen können auch eine Wieder- bzw. Neunutzung von Standorten bzw. den Liegenschaftstransfer beeinträchtigen.

Die Abschätzungen einer Wertminderung von Liegenschaften durch Kontaminationen ist ein aktuelles Thema des Flächenmanagements. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Standes der Technik bei der Erkundung und Sanierung wurden praktische Erfahrungen und aktuelle For-

schungsvorhaben dargestellt.

Untersuchung von Sprengplätzen

Der Rüstungsaltlastengeologe Alexander Schwendner von der LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH in Nürnberg berichtete zusammen mit Dr. Martin Biersack vom Bayerischen Landesamt für Umwelt über chemische Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs - Hinterlassenschaften sehr spezieller Art: Kurz vor und nach dem 2. Weltkrieg fanden in Deutschland vielerorts massenhafte Sprengungen von Munition statt. Mittlerweile beginnt sich abzuzeichnen, dass dies nicht ohne Folgen für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser geblieben ist. Die Untersuchung der Rückstände gestaltet sich deutlich schwieriger als erwartet. Daher erstellt die LGA derzeit im Auftrag des LfU eine „Arbeitshilfe zur Untersuchung von Sprengplätzen“.

Flächenrecycling

Wie es um Flächenrecycling und Strukturwandel in Bayern bestellt ist, darüber informierte Matthias Heinzel vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Hof. Flächenrecycling von kontaminierten Grundstücken ist gerade für Kommunen in strukturschwachen Regionen und außerhalb der bayerischen Wirtschaftszentren eine große Herausforderung nicht nur in finanzieller, sondern auch in fachlicher Hinsicht. Im Rahmen eines

neuen Projektes ist für Bayern ein Praxisratgeber zum Flächenrecycling erarbeitet worden, der insbesondere Kommunen in strukturschwachen Gebieten Nord- und Nordostbayerns bei der Wiedernutzbarmachung von altlastenbehafteten Grundstücken unterstützen soll. Umweltminister Dr. Otmar Bernhard wird den Ratgeber in Kürze vorstellen.

Projekt Praxisratgeber

Der Niedergang vor allem der Glas- und Porzellanindustrie hat in dieser Region eine Vielzahl von kontaminierten Brachflächen hinterlassen. Das Projekt „Praxisratgeber Flächenrecycling in Bayern“ wurde vom LfU, Referat Altlasten und schädliche Bodenveränderungen, geleitet. Hemmnisse des Flächenrecyclings wurden an laufenden Modellstandorten herausgearbeitet, Lösungswege aufgezeigt sowie geeignete Werkzeuge zur Bearbeitung vergleichbarer Fälle getestet oder entwickelt.

Überregionale Bedeutung

Angestrebt wurde Heinzel zufolge eine integrative Betrachtung der Flächenrecyclingproblematik zusammen mit der Regional- und Stadtplanung und den Finanzierungsmöglichkeiten. Durch die Einbeziehung von ausgewählten Altstandorten in das Projekt konnte ein hohes Maß an Praxisnähe erreicht werden. Diese Arbeiten sind auch überregional von Bedeutung, da sich die Probleme der strukturschwachen Gebiete allgemein und der Rückgang der Porzellan- und Glasindustrie im Besonderen über die Grenzen Bayerns hinweg nach Tschechien und Polen sowie in die Bundesländer Sachsen und Thüringen fortsetzen. **DK**

Ehemalige Neue Maxhütte:

Sanierung läuft nach Plan

Minister Bernhard: Abdichtung der Deponie startet

Die Sanierungsmaßnahmen am Schlackenberg der ehemaligen Neuen Maxhütte Stahlwerke GmbH laufen ganz nach Plan. Davon überzeugte sich Umweltminister Otmar Bernhard gemeinsam mit der Regierungspräsidentin der Oberpfalz, Brigitta Brunner, in Sulzbach-Rosenberg beim Spatenstich zur Oberflächenabdichtung der Deponie.

Bernhard: „Die Abdichtung der Haldenoberfläche ist ein Meilenstein unseres größten Deponiesanierungsvorhabens im Freistaat. Staubverfrachtungen und Schadstoffeinträge ins Grundwasser gehören damit der Vergangenheit an.“ Die Oberfläche der Deponie wird nun nach dem Stand der Technik mit Kunststoffdichtungsbahnen und, wo erforderlich, zusätzlich mit einer Lehmschicht abgedichtet. Über die Abdichtung kommt eine Humusschicht zur Begrünung des Schlackenbergs.

Erhalt als regionales Wahrzeichen

Der Freistaat als einstiger Teilhaber der Neuen Maxhütte stellt sich nach Bernhards Worten seiner Verantwortung. Er übernimmt die Kosten von voraussichtlich 51 Millionen Euro für die Sofort- und Sanierungsmaßnahmen, die 2012 abgeschlossen sein sollen. Nach Abschluss der Sanierung ist geplant, den Schlackenberg der Öffentlichkeit für Natur schonende Erholung zugänglich zu machen. Seine charakteristische Erscheinung bleibt als regionales Wahrzeichen erhalten. „Umweltschutz und Folgenutzung werden so ideal unter einen Hut gebracht. Aber eines ist klar: Der Schlackenberg bleibt auch

nach der Sanierung eine Deponie mit einer Nachsorgezeit von mindestens 30 Jahren“, so der Minister.

Drei Bauabschnitte

Umweltfachlich erforderliche Sofortmaßnahmen wie die Verbesserung der Standsicherheit des Schlackenbergs wurden bereits im Sommer 2006 abgeschlossen. In drei Bauabschnitten erfolgen seit Mitte 2007 die eigentlichen Sanierungsmaßnahmen. Dafür wurden Entnahmebrunnen zur Entwässerung und Entölung der im Süden liegenden Schlammteiche installiert. Nach Abtragung von Deponiemasse im nördlichen Teil der Halde wurden am Standort vorhandene Bodenmasse und Deponieersatzbaustoffe wieder eingebaut. Nun beginnt dort die systematische Abdichtung der Haldenoberfläche. Im Anschluss wird der südliche Teil der Deponie auf gleiche Weise saniert.

Das Volumen des bis zu 55 Meter hohen Schlackenbergs beträgt rund 4,8 Millionen Kubikmeter; die zu sanierende Gesamtfläche rund 31,5 Hektar. Der Schlackenberg diente für über 100 Jahre - von 1893 bis Anfang 1997 - als Entsorgungstätte für Produktionsrückstände aus der Eisen- und Stahlherstellung der Maxhütte. **□**

E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yildiz vybemobile

Wir sind nicht die Größten.

Aber ständig die Ersten. Mit Innovationen, die den Markt revolutioniert haben. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Den ersten Minutenpaketen. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur zum Motor der Branche. Sondern auch zum am profitabelsten wachsenden Unternehmen im Mobilfunk. www.eplus-gruppe.de



LfA Förderbank Bayern:

Startschuss für Infrakredit Kommunal

Gespräch mit neuem Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl
Günstige Konditionen für Infrastrukturvorhaben bayerischer Kommunen

Eine solide Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur setzt als Basis einen starken Standort Bayern voraus. Um dessen Attraktivität zu sichern bzw. zu erhöhen, finanziert die LfA Förderbank Bayern gezielt Maßnahmen im Bereich Infrastruktur, unabhängig davon, ob es sich um einen öffentlichen, privaten oder gemeinnützigen Träger handelt. Um speziell die kommunale Infrastruktur zu stärken, wurde zum 1. Juli der sog. Infrakredit Kommunal eingeführt. Damit können Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Verkehrsinfrastruktur inklusive Personennahverkehr besonders günstig finanziert werden, wie das neue Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl bei einem Pressegespräch in München hervorhob.

Für die LfA ist die Infrastrukturfinanzierung alles andere als Neuland, hatte die Förderbank in den vergangenen Jahren doch oft im Wege von Konsortialdarlehen oder der Refinanzierung damit zu tun. „Auf Einladung von Geschäftsbanken haben wir schon bisher kommunale Infrastrukturinvestitionen finanziert; dies werden wir auch

nicht im Rahmen einer speziellen Förderung, was nach wie vor auch für PPP-Projekte gelte.

Günstige Zinskonditionen

Neu sei nunmehr, „dass wir bestimmte infrastrukturelle Vorhaben, namentlich in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Ver-

förderbank des Bundes. Die LfA verbilligt aus ihren Mitteln nochmals diese Fördervorteile. Diese „Veredelung“, wie Beierl es nannte, führt wiederum zum speziell bayerischen Förderprodukt Infrakredit Kommunal, das durch die Kumulation der Vorteile aus der „Bundesförderung“ und der Förderung durch

Zuschuss zugesagt, 1 Mio. Euro werden aus Eigenmitteln finanziert. Folglich müssen 8 Mio. Euro über Darlehen finanziert werden (Fremdfinanzierung). Von diesen 8 Mio. Euro übernimmt die LfA maximal 50% mit dem Infrakredit Kommunal, so dass sie einen Anteil von 4 Mio. Euro hat (Gesamtprodukt inkl. KfW-Verbilligung).

Langfristiger Direktkredit

Die LfA stellt in beiden Jahren aber jeweils 2 Mio. Euro bereit. Zur Entlastung ihres Haushalts hat sich die Kommune für eine Laufzeit von 30 Jahren bei 5 tilgungsfreien Anlaufjahren und einer Zinsbindung von 10 Jahren entschieden. Um die ver-

bleibenden 50 % abzudecken, nimmt die Kommune Darlehen in gleicher Höhe bei einem Kreditinstitut ihrer Wahl (Hausbank) auf.

Einfache Antragstellung

Die Antragstellung erfolgt unmittelbar bei der LfA Förderbank Bayern. Um dieses Direktdarlehen zu erhalten, müssten Bürgermeister bzw. Kämmerer lediglich den entsprechenden Gemeinde- bzw. Stadtratsbeschluss und die - sofern erforderlich - entsprechende Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde vorlegen. Ohnehin, so der LfA-Vorstand, sei die Finanzierung der bayerischen Kommunen im Bundesvergleich eine der besten. „Die Steuereinnahmen tun ein Übriges, so dass wir hier keine Sicherheiten benötigen.“ Einen Eindruck von diesem neuen Produkt konnten sich vor kurzem bereits die Hauptgeschäftsführer der kommunalen

Spitzenverbände verschaffen. Beierl zufolge waren diese wichtigen Multiplikatoren sehr von dem neuen Förderkredit angetan.

Positive Effekte

Befristungen des Instruments sind, wie der Vorstand bemerkte, nicht vorgesehen; allerdings sei man, „was den Verwendungszweck betrifft, durchaus anpassungsfähig“. Die momentane Beschränkung auf die drei Bereiche Wasser, Abwasser und Verkehr habe damit zu tun, dass hier der kommunale Bedarf schlichtweg am größten sei. Auch eine Zusammenarbeit mit Bauindustrieverband und Rohrleitungsverband sei möglich. Demnächst werde ein Gespräch mit dem rfv stattfinden.

Dass das neue Produkt „vielfältige positive volkswirtschaftliche Effekte nach sich ziehen und den Standort Bayern für Wirtschaftsunternehmen attraktiver machen kann“, steht für Dr. Beierl außer Frage. „Wir sind sehr optimistisch, dass Infrakredit Kommunal gut angenommen wird.“ DK

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

die LfA Förderbank Bayern ganz besonders günstige Zinskonditionen mit langen Laufzeiten für bayerische Kommunen bietet. Je nach den aktuellen Kapitalmarktverhältnissen liege die LfA dabei mit einem halben bis einem Prozent unter dem Marktniveau für Kommunalfinanzierungen, berichtete der Vorstand.

Erheblicher Fördervorteil für Kommunen

Betrachte man nun jene Summen, die für Projekte der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie der Verkehrsinfrastruktur aufgewendet werden - vor allem für die Laufzeit des Darlehens, die zwischen 20 und 30 Jahren liegt -, so sei mit diesem Angebot doch „ein erheblicher Fördervorteil für die Kommunen“ gegeben. So manche Investition, die zu normalen Kommunalkreditkonditionen am Drittmarkt nicht möglich wäre, könne nun durch Infrakredit Kommunal getätigt werden, betonte Beierl. Die Hälfte des Kreditbedarfs für die Investition kann dabei durch den Infrakredit Kommunal aufgebracht werden, die zweite Hälfte wird von der jeweiligen Hausbank finanziert.

Ein Beispiel: Eine Kommune plant den Bau einer Kläranlage. Die Investitionssumme beträgt 12,5 Mio. Euro. Das Vorhaben soll je zur Hälfte über zwei Haushaltsjahre realisiert werden. Vom Land Bayern wurden der Kommune 3,5 Mio. Euro als

gegenwärtig noch auf anderen Ländern wie dem Saarland, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen lastet, so die Studie.

„Normales“ Finanzierungsinstrument

Auch der Verschuldungsanstieg der vergangenen Jahre sei nicht als Krisenphänomen zu werten: Dieser Zuwachs ist hier im Zusammenhang mit der Investitionstätigkeit zu sehen (plus 3,1 Prozent in 2006 gegenüber dem Vorjahr und noch einmal plus 13,2 Prozent in 2007 gegenüber dem Vorjahr).

Die Investitionen wurden in den bayerischen Kommunen vor dem Hintergrund aktuell steigender Einnahmen noch einmal deutlich erhöht. Die Kreditaufnahme sei demnach als „normales“ Finanzierungsinstrument zu werten. Im Jahr 2007 konnten die bayerischen Kommunen ihr Vermögen schonen und sogar leicht mehren.

Hervorragende Werte

„Bayern ist auf dem Weg zur Nummer eins“ stellt Bertelsmann bilanzierend fest und begründet dies wie folgt: „Die finanzielle

Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen hat in den letzten Jahren eine Investitionsfinanzierung über Kredite zugelassen. Jüngst erfolgte nun eine Entschuldungswelle. Zwischen den Jahren 2006 und 2007 konnten die bayerischen Kommunen ihre Gesamtschulden mit minus 3,8 Prozent im Länderdurchschnitt am deutlichsten reduzieren. In keinem anderen Land werden vergleichbare Werte erreicht.

Die Kommunen erhalten mit dem von der KfW Förderbank refinanzierten Infrakredit Kommunal einen langfristigen Direktkredit mit günstigen Festzinsätzen und tilgungsfreien Anlaufjahren. Bei Vorhaben, deren Bauzeit sich über mehrere Jahre erstreckt, erfolgt die Kreditantragstellung in Abschnitten, bezogen auf das jeweilige Haushaltsjahr. Es gibt keine Mindestsumme. Gefördert werden kommunale Gebietskörperschaften, rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften und kommunale Zweckverbände. Öffentliche Zuschüsse bleiben unberührt.

Schlanke Struktur

Nicht finanziert werden Umschuldungen bereits abgeschlossener und durchfinanzierter Vorhaben sowie Vorhaben außerhalb von Bayern; nicht antragsberechtigt sind rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe von kommunalen Gebietskörperschaften und Kommunalunternehmen. „Somit haben wir uns an den gleichen Antragstellerkreis wie die KfW gewandt“, erläuterte das Vorstandsmitglied.

Grundsätzlich ist das LfA-Angebot deshalb so günstig, „weil wir eine sehr schlanke Struktur mit einfachen Grundsätzen und wenig Verwaltungsaufwand ha-

Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen hat in den letzten Jahren eine Investitionsfinanzierung über Kredite zugelassen. Jüngst erfolgte nun eine Entschuldungswelle. Zwischen den Jahren 2006 und 2007 konnten die bayerischen Kommunen ihre Gesamtschulden mit minus 3,8 Prozent im Länderdurchschnitt am deutlichsten reduzieren. In keinem anderen Land werden vergleichbare Werte erreicht.

Hohe Leistungsfähigkeit

Daneben ist die Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen ungebrochen. Beim kommunalen Jahresergebnis liegen die bayerischen Kommunen mit 179 Euro pro Einwohner immerhin noch unter den Top 3 nach Baden-Württemberg und den hessischen Kommunen. Beim Anteil der Gesamtverschuldung am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 erzielten die bayerischen Kommunen gar den deutschlandweiten Spitzenwert mit einer Relation von nur 6,8 Prozent. Die Fähigkeit der bayerischen Kommunen zur Schuldentilgung ist demnach sehr hoch.“ DK

Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung:

Staatssekretär Schauerte übernimmt Schirmherrschaft

Zur Zertifizierung müssen Kommunen
13 Gütekriterien erfüllen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Hartmut Schauerte (CDU), der seinen Wahlkreis in Olpe im Märkischen Kreis hat, ist auf der Mitgliederversammlung der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen einstimmig zum Schirmherrn der Gütegemeinschaft gewählt worden. Seinen ersten offiziellen Auftritt als Schirmherr hatte er bei der Verleihung des entsprechenden Gütezeichens an den Oberbergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen.

Der Landrat des Rhein-Kreises Neuss und 1. Vorsitzende der Gütegemeinschaft, Dieter Patt, freut sich über diesen prominenten Schirmherrn: „Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber und der größte Ausbilder in der Bundesrepublik. Ich freue mich, dass die Bundesregierung dieses mit der Ernennung eines Bundesbeauftragten für den Mittelstand entsprechend gewürdigt hat. Besonders stolz ist die Gütegemeinschaft darauf, mit Schauerte diesen Bundesbeauftragten als Schirmherrn gewonnen zu haben.“

Grundlage für eine Zertifizierung als Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung sind die „Güte- und Prüfbestimmungen für mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen“, die gemeinsam von dem RAL (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V.) und der „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ entwickelt wurden. Das Gütezeichen wird verliehen, wenn 13 Kriterien erfüllt sind.

Beispiele

Dazu gehören etwa die Vorgabe von festen Fristen und Zielwerten bei der Zahlung von Rechnungen (nach 15 Arbeitstagen) und der Bearbeitungs- und Informationsfristen bei Eingaben und Beschwerden (nach drei Arbeitstagen). Es stellt klare Anforderungen bei Anfragen oder Anträgen von Unternehmen, wie beispielsweise bei einem Bauantrag: Rückruf nach einem Arbeitstag, Eingangsbestätigung unter Nennung eines zuständigen Ansprechpartners nach drei Arbeitstagen und Entscheidung über gewerbliche Bauvorhaben nach 40 Arbeitstagen. Gefordert wird aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen für Existenzgründer.

Es erfolgt alle zwei Jahre eine Zertifizierung anhand der Gütekriterien, die jeweils um eine Kundenzufriedenheitsanalyse aus der Sicht der mittelständischen Unternehmen zu ergänzen ist. „Kommunen, die sich der Gü-

tegemeinschaft anschließen und die 13 Güte- und Prüfkriterien einhalten, zeigen, dass sie sich der Funktion und der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen bewusst sind. Als größter Ausbilder und Arbeitgeber in Deutschland müssen die kleinen und mittleren Unternehmen Schlüsselkunden für ihre Verwaltungen sein. Daher freue ich mich, mit meiner Schirmherrschaft die Gütegemeinschaft unterstützen zu können“, sagte Schauerte zu seiner Ernennung.

Im April 2006 hatte sich die „Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.“ in Düsseldorf gegründet, um bundesweit einheitliche Gütekriterien für die Mittelstandsorientierung von Kommunen zu entwickeln. Bisher haben sich bundesweit 34 Städte und Kommunen dieser Gütegemeinschaft angeschlossen. dhg.

Ansbacher Orangerie:

Bauftrag für Sanierung

„Nach 35 Jahren intensiver Nutzung hat die Orangerie im Hofgarten von Ansbach eine Auffrischung verdient“, erklärte Finanzminister Erwin Huber anlässlich der Erteilung des Bauauftrags für eine grundlegende Sanierung des von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreuten Orangeriegebäudes im Hofgarten des Schlossbesitzes von Ansbach. Die Kosten der vom Landtag gebilligten Baumaßnahme belaufen sich auf 7,5 Millionen Euro. Das Staatliche Bauamt Ansbach kann unmittelbar nach dem Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse mit den Bauarbeiten beginnen.

Bei den Bauarbeiten soll nach den Vorgaben von Huber auf die betrieblichen Erfordernisse der Orangerie als Gaststätte und Veranstaltungsort Rücksicht genommen werden. So soll die im Jahr 2009 stattfindende Konzertzreihe im Rahmen der Bachwoche kontinuierlich durchgeführt werden können. □



Dr. Otto Beierl. □

weiterhin tun“, erläuterte der Vorstand. Die Beteiligung an Konsortialdarlehen erfolgt dabei zu Marktbedingungen und

kehrsinfrastruktur, ganz gezielt auch fördern“. Und das funktioniert so: Es gibt bereits ein Infrakreditprogramm der KfW

Kommunaler Finanz- und Schuldenreport 2008:

Entschuldungswelle in Bayern

Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt: Der Freistaat auf dem Weg zur Nummer eins

Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland geht immer weiter auseinander. Während sich bundesweit im Jahr 2007 die Haushaltslage in den Rathäusern entspannte, gerieten bereits verschuldete Gemeinden teils noch tiefer in die Schuldenfalle. So lautet das Ergebnis des kommunalen Finanz- und Schuldenreports 2008 der Bertelsmann Stiftung. Die Studie in Kooperation mit der Universität Münster und der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik erfasst erstmals die tatsächliche Verschuldung der Kommunen.

Was die Situation der bayerischen Kommunen anbelangt, „so täuscht der erste Blick“, wie die Studie ausweist. Bei einfacherer Betrachtung der fundierten Schulden des Kernhaushaltes belegen die bayerischen Kommunen mit 1.115 Euro pro Einwohner Ende 2007 im Länderdurchschnitt nur einen Platz im Mittelfeld.

Gewandeltes Bild

Die Höhe der Schulden in den Kommunen der Länder Brandenburg oder Baden-Württemberg weisen hier mit 643 Euro bzw. 562 Euro pro Einwohner deutlich bessere Werte auf. Zieht man jedoch weitere Schuldenarten hinzu, so wandelt sich das Bild. Kassenkredite, die gemeinhin als Krisenphänomen im Kontext der Gemeindefinanzen gelten, spielen in den bayerischen Kommunen keine Rolle. Daneben bilden sie zusammen mit den Kommunen

in Schleswig-Holstein ein Duo, bei denen im Vergleich zu allen anderen Ländern das Niveau der Schulden im Kernhaushalt nicht durch die Schulden der Auslagerungen übertroffen wird.

Gesamtverschuldung

Noch in einem zweiten Bereich heben sich Deutschlands äußerster Süden und Norden positiv von den Durchschnittswerten der Kommunen aller anderen Länder ab: Die Kommunen beider Länder weisen im bundesdeutschen Vergleich die geringste Gesamtverschuldung aus, wobei die Kommunen in Schleswig-Holstein mit 1.957 Euro pro Einwohner noch einmal leicht besser abschneiden als diejenigen in Bayern mit 2.365 Euro pro Einwohner.

Da die Kommunen in Bayern nur marginale Kassenkredite aufweisen, entfällt hier in weiten Teilen der Entschuldungsdruck der

Kommunale Beschäftigte:

Lohn für Leistung statt Dienst nach Vorschrift

PwC-Studie: Fast jede zweite Kommune nutzt bereits Tarifklausel für leistungsorientierte Vergütung / Verwaltungen in Ostdeutschland sind reformfreudiger

Immer mehr Beschäftigte in deutschen Kommunen erhalten einen Teil ihres Lohnes als leistungsabhängige Zulage. Wie aus einer Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) hervor geht, hatte bis Mitte 2007 knapp die Hälfte (46 Prozent) der befragten Kommunalverwaltungen eine Dienst- oder Betriebsvereinbarung zur leistungsorientierten Vergütung abgeschlossen, bis Ende 2008 könnten es sogar knapp 85 Prozent sein.

„Diese Bilanz ist besonders bemerkenswert, da der Tarifvertrag die Einführung leistungsabhängiger Entgelte erst ab 1. Januar 2007 vorsah. Offensichtlich stehen die Personal- und Betriebsräte einer leistungsorientierten Vergütung deutlich positiver gegenüber, als dies während der Tarifverhandlungen erwartet worden war“, erläutert Frank Weise, PwC-Partner und Experte für die öffentliche Hand.

Die Minderheit

Nur 15,5 Prozent der befragten Kommunen schließen die Einführung einer leistungsorientierten Vergütung auch über 2008 hinaus aus. Gründe sind überwiegend Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Personalvertretungen über Verteilungsgrundsätze und Maßstäbe zur Leistungsbewertung. Viele Befragte halten die Differenzen für so tief gehend, dass sie in absehbarer Zeit nicht mit einer Einigung rechnen.

Bislang geht es für die Beschäftigten nur um eine jährliche Leistungsprämie zwischen 200 und 400 Euro. Der Tarifvertrag sieht jedoch vor, dass bis zu acht Prozent des tariflichen Entgelts für Leistungsprämien zur Verfügung stehen sollen. Damit wären im Einzelfall auch Prämien von 10.000 Euro und mehr möglich, sofern in der Dienstvereinbarung keine Obergrenze für Leistungsprämien festgelegt ist.

Konterkariertes Ziel

Ob die leistungsorientierte Entlohnung bereits zu schnellerer und besserer Arbeit in den Behörden geführt hat, lässt sich noch nicht beantworten. Die Ausgestaltung der Zulagensysteme allerdings stimmt skeptisch: „Im vergangenen Jahr haben drei von vier Beschäftigten eine Prämie bekommen. Damit wird jedoch das Ziel konterkariert, nur überdurchschnittliche Arbeitsleistungen zu belohnen“, kritisiert Weise. Um eine ineffektive

Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ zu vermeiden, müssen Leistungsvorgaben, Bewertungsmaßstäbe und Vergütungssysteme genauer definiert und konsequenter angewendet werden.

An der Umfrage beteiligten sich 136 Verwaltungen von Kommunen aller Größenklassen, darunter 80 Prozent aus den alten und 20 Prozent aus den neuen Bundesländern.

Unerhebliche Größe

Kommunen in Ostdeutschland haben deutlich häufiger Vereinbarungen über leistungsorientierte Entgeltbestandteile eingeführt als in Westdeutschland. So gibt es derzeit in 57,8 Prozent der Gemeinden und Kreise im Osten für Angestellte einen Lohn nach Leistung, jedoch nur in knapp 44 Prozent der Kommunalverwaltungen der alten Bundesländer.

Die Größe der Kommune hat demgegenüber keine messbaren Auswirkungen auf die Bereitschaft zu Reformen. Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern bezahlen ihre Beschäftigten in etwa genauso häufig nach Leistung wie Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern.

Beamte bleiben meist außen vor

Leistungsentgelte sind nach gegenwärtiger Rechtslage den kommunalen Beschäftigten vorbehalten, da die Dienstvereinbarungen für Beamte noch keine entsprechenden Regelungen enthalten. Damit ist eine Ungleichbehandlung von Angestellten und Beamten, die zum Teil im selben Team ähnliche Aufgaben übernehmen, programmiert.

Nicht zuletzt mit Rücksicht auf das Betriebsklima haben daher gut vier von zehn Kommunen die Beamten freiwillig in das System der leistungsorientierten Bezahlung einbezogen. Problematisch aus Sicht der Arbeitgeber ist bei dieser Rege-

lung, dass die Zulage für Beamte nicht aus dem dafür vorgesehenen Budget für die Tarifbeschäftigten bezahlt werden darf.

Gießkanne statt Spritze

Die Verteilung der Prämien auf die Beschäftigten ist bislang wenig differenziert. Im Durchschnitt erhielten im vergangenen Jahr über 77 Prozent der Angestellten eine Leistungszulage, in vier Kommunalverwaltungen ging sogar kein einziger Mitarbeiter bei der Prämienverteilung leer aus. „Die Zulagen werden überwiegend nicht mit der Spritze, sondern mit der Gießkanne verteilt. Es bleibt abzuwarten, wohin die Entwicklung geht. Wenn mittelfristig alle Beschäftigten einen Bonus bekommen, ist der Sinn der Honorierung überdurchschnittlicher Leistungen zu hinterfragen“, kommentiert Weise.

Bislang kaum individuelle Zielvereinbarungen

Die breit gestreute Verteilung der Zulagen mag damit zusammenhängen, dass es bislang kaum individuelle Zielvereinbarungen zur Leistungsbewertung in den Kommunen gibt. Die meisten Verwaltungen (55,6 Prozent) mit einem leistungsorientierten Entgelt zahlen den Bonus auf Grundlage einer Leistungsbeurteilung, die im Extremfall der Verteilung einer ‚Kopfnote‘ durch den Vorgesetzten gleichkommt. Demgegenüber stützen nur 9,5 Prozent der Kommunen die Bonuszahlung ausschließlich auf Zielvereinbarungen mit objektiv überprüfbareren Leistungszielen, 35 Prozent wenden ein Mischsystem an.

Klare Vorteile gegenüber Leistungsbewertungen

„Zielvereinbarungen haben gegenüber Leistungsbewertungen klare Vorteile. So haben Beschäftigte es nicht nur selbst in der Hand, wie nahe sie dem vereinbarten Ziel kommen, sondern die abschließende Leistungsbewertung durch den Vorgesetzten ist auch objektiv nachvollziehbar“, betont Weise.

Auch aus Sicht der Verwaltung sind Zielvereinbarungen vorteilhaft, weil strategische Ziele in konkrete Vorgaben für

jede Abteilung und jeden Mitarbeiter umgesetzt werden können. Eine nachträgliche Bewertung der Leistungen jedes Mitarbeiters bringt all dies nicht. Viele Kommunen haben diesen Zusammenhang erkannt. Immerhin gut jede vierte (26,2 Prozent) will die leistungsorientierte Vergütung mittel- bis langfristig vollständig an Zielvereinbarungen festmachen, weitere 46 Prozent prüfen diese Option.

Breite Zustimmung der Beschäftigten

Während die Einführung der leistungsorientierten Vergütung mit vielen Bedenken und Problemen verbunden war, zeichnet sich nach gut einem Jahr eine breite Zustimmung der Mitarbeiter zum System ab. Zwar gab es in knapp 62 Prozent der Kommunen Einwände gegen die Verteilung von Leistungsentgelten, allerdings kamen diese nur von zwei Prozent der Beschäftigten. Gut jede dritte Beschwerde (34,8 Prozent) zog eine Änderung der Zulagenverteilung nach sich.

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist in Deutschland mit 8.390 Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen von rund 1,35 Milliarden Euro eine der führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Beratungsgesellschaften. An 28 Standorten arbeiten Experten für nationale und internationale Mandanten jeder Größe. PwC bietet Dienstleistungen an in den Bereichen Wirtschaftsprüfung und prüfungsnahen Dienstleistungen (Assurance), Steuerberatung (Tax) sowie in den Bereichen Transaktions-, Prozess- und Krisenberatung (Advisory).

Landesbankausschuss endet im Zwist

CSU: Vorwürfe gegen den Finanzminister sind haltlos

In der Frage, ob Finanzminister Erwin Huber den Landtag über die drohenden Kreditmarktverluste der Bayern Landesbank im Unklaren gelassen oder gar belogen habe, hat der von der Opposition im April beantragte und mit Zustimmung der CSU eingesetzte Untersuchungsausschuss die Gegensätze nicht verändert. Im jetzt vorliegenden Schlussbericht kommt die CSU zum Ergebnis, erwartungsgemäß sei keinerlei Fehlverhalten von Mitgliedern der Staatsregierung im LB-Verwaltungsrat festzustellen.

SPD und Grüne bleiben dabei. Finanzminister Erwin Huber habe den Landtag nicht nur im Unklaren gelassen, sondern sogar belogen und - wie auch Dr. Günther Beckstein seinerzeit als Innenminister - die Aufgabe als Verwaltungsratsmitglied der Bank nicht erfüllt.

Die seit April in 10 Sitzungen mit 38 Zeugen- und Sachverständigenvernehmungen rasch durchgezogene Untersuchung habe die partei-politisch motivierten Vorwürfe der Opposition als haltlos erwiesen, fasste Ausschussvorsitzende Peter Welnhöfer (CSU) den Abschlussbericht der Mehrheit zusammen. Huber habe sich bei der Information des Landtags daran gehalten, dass bis zum Februar dieses Jahres keine belastbaren Zahlen des Bankvorstandes vorlagen. Ungesicherte Wasserstands meldungen habe der Minister nicht veröffentlicht können. Huber erklärte kurz und bündig, die Schmutzkampagne der Opposition sei gescheitert.

Zum Vorwurf, Huber und auch Beckstein seien ihrer Aufgabe im Verwaltungsrat nicht gewachsen gewesen, meinte Welnhöfer, die Finanzkrise, in der die BLB bis heute nicht genau zu beziffernde Verluste am amerikanischen Immobilienkreditmarkt erleide (zu-

letzt war von 4,3 Mrd. Euro Belastung die Rede), sei für alle Fachleute aus der Bankenbranche in dieser Dimension nicht vorhersehbar gewesen.

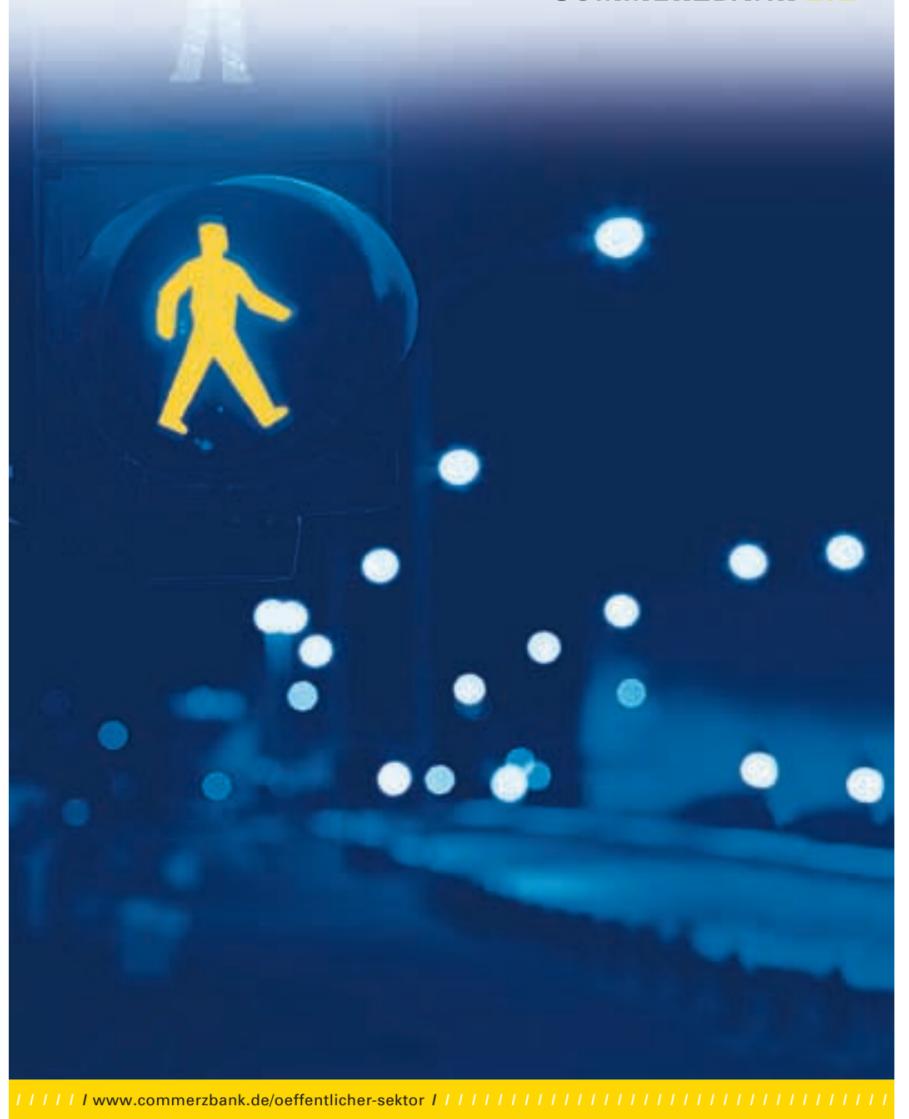
Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Adelheid Rupp (SPD) und Dr. Sepp Dürr als Ausschussmitglied der Grünen betonten, die Kommunikationspolitik des inzwischen zurückgetretenen LB-Vorstandsvorsitzenden Dr. Werner Schmidt, keine ungesicherten Zahlen zu veröffentlichen, habe den Schaden vergrößert. Den Vorwurf falscher Kommunikation haben auch Welnhöfer, Huber und Beckstein erhoben. SPD und Grüne fordern, im Verwaltungsrat auch der Opposition Sitz und Stimme zu geben. Rupp und Dürr beharrten darauf, Weltmarktgeschäfte seien mit der gesetzlichen öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Landesbank nicht vereinbar.

Dem trat Welnhöfer entgegen. Er hielt es für nicht nur gesetzlich zulässig, sondern wegen der geänderten Voraussetzungen in der europäischen und weltweiten Bankenwelt für richtig, gerade im Interesse der heimischen Wirtschaft Geld zu verdienen, wo es möglich sei. Dass das nicht immer gelinge, sei nicht die Schuld der bayerischen Staatsregierung oder des Verwaltungsrates. **rm**

| klares signal für den öffentlichen sektor |

DAS FÜHRT WEITER: INNOVATIONSSTARKE LÖSUNGEN FÜR DEN SPEZIFISCHEN BEDARF VON KOMMUNEN, KOMMUNALEN BETRIEBEN UND ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN

COMMERZBANK 



 **Bayerische Landessiedlung®**
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thünghersheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

www.commerzbank.de/oeffentlicher-sektor

Bayerischer Sparkassentag 2008 in Garmisch-Partenkirchen:

Sparkassen als Hort der Stabilität

Geschäftsführender Präsident Naser zur Zukunft der BayernLB
Herrmann gratuliert zum 100-jährigen Bestehen des Sparkassenverbands

Die bayerischen Sparkassen wollen eine schnelle Entscheidung über die Zukunft der BayernLB. Die Finanzkrise und Unsicherheiten bei der Bewertung von US-Immobilienpapieren seien kein Grund, eine Fusion oder ein neues Geschäftsmodell aufzuschieben, sagte der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Siegfried Naser, beim Bayerischen Sparkassentag in Garmisch-Partenkirchen. Die BayernLB gehört je zur Hälfte dem Freistaat und den Sparkassen.

Viel länger als bis nach der bayerischen Landtagswahl im Herbst solle nicht mit der Entscheidung über die Zukunft der Landesbank gewartet werden, erklärte Naser. Er erwarte eine Lösung im ersten Quartal 2009. Die Sparkassen seien bereit, alle Möglichkeiten zu prüfen. Ein Beschluss des Sparkassenverbandes, der sich für Fusionsgespräche mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ausspreche, gelte aber weiterhin.

Die Verhandlungen mit Brüssel über die geplante Risikoabschirmung für die BayernLB in Höhe von sechs Milliarden Euro liefen planmäßig und konstruktiv, stellte der Präsident fest. Mit den Garantien wollen die Eigentümer und die BayernLB mögliche weitere Zahlungsausfälle abfangen. Ziel der Sparkassen und des Freistaats ist es, in den Gesprächen mit Brüssel zu erreichen, dass die Garantien nicht als unzulässige Beihilfe für die BayernLB gewertet werden.

Nah am Kunden

Bei allen Herausforderungen, die auch die Sparkassen zu bewältigen hätten, gelte es festzuhalten, „dass die Sparkassen keine der beiden großen Krisen dieses Jahrzehnts mit verursacht oder gefördert haben“, hob Naser hervor. Sie seien von beiden Krisen nicht (oder nur infolge der allgemeinen Auswirkungen) betroffen. Im Gegenteil, die Sparkassen hätten sich beide Male als „ein Hort der Stabilität“ erwiesen. Naser: „Sie waren es, die nach dem Zusammenbruch der New Economy-Blase in weitem Umfang die Finanzierung des Mittelstands sichergestellt haben und die sie jetzt weiter sicherstellen. Und sie sind es heute wieder, die der Bankenwelt das richtige Geschäftsmodell vorleben: Nah am Kunden, nah an der realen Wirtschaft, mit einer konservativen Risikopolitik.“

Auch wenn die bayerischen Sparkassen und ihre großen Verbundunternehmen Versicherungskammer Bayern und die Bayerische Landesbausparkasse nicht direkt in diese Finanzkrise verwickelt seien, „so schmerzt

es doch sehr, dass unsere andere große Beteiligung, die BayernLB, betroffen ist“. Die BayernLB, so der Präsident, gehöre in keiner Weise zu den Verursachern dieser Finanzkrise. Die in der öffentlichen Diskussion immer wieder genannte Verlustsumme von 4,5 Mrd. Euro sei nicht sachlich fundiert. Bis heute rechnet man Naser zufolge mit „echten Verlusten“ bei der BayernLB in Höhe von unter 100 Mio. Euro. Sie sei demzufolge keine „Bank in Not“.

Keine „Kreditklemme“

Der enge Schulterschluss zwischen Kommune und Sparkasse sei unverzichtbar, fuhr Naser fort: „Gerade das kommunale Eigentum schützt uns ja in Bayern, einem Land mit starken Kommunalpolitikern, vor mancher Anfechtung.“ Er verwies darauf, dass für die 75 bayerischen Sparkassen nicht der Gewinn allein das Maß aller Dinge darstelle: „Zuschlagen, abkassieren und dann abhauen – das ist nicht unser Geschäftsmodell.“ Von einer „Kreditklemme“ der Sparkassen als Folge der Finanzkrise könne keine Rede sein.

„Kommunale Sparkasse“

Das Modell „Kommunale Sparkasse“ habe (gesellschafts-)politisch gesteigerte Anerkennung gefunden, hob Naser hervor. Es werde allgemein anerkannt, dass die Finanzverbände in Zeiten der Finanzkrise infolge ihrer Diversifizierung und aufgrund ihres realwirtschaftlichen Modells einen stabilisierenden Faktor für die Wirtschaft darstellen. Auch im kommunalen Bereich denke man allgemein teilweise wieder über die Rekommunalisierung zuvor privatisierter öffentlicher Dienstleistungen nach, insbesondere im Energiesektor.

Mit Verständnis reagierte der Präsident deshalb auf die Forderung der fünf „Wirtschaftsweisen“ nach einer Öffnung der Sparkassen und der Landesbanken für Privatinvestoren. „Die Sparkassen brauchen dieses private Kapital nicht, sie können damit nichts anfangen.“ Ein privater Investor

wiederum könne kein strategisches oder ökonomisches Interesse daran haben, langfristig mit Minderheit an einer Stiftungsparkasse beteiligt zu sein.

In dieselbe Kerbe hieb der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis. Der Vorschlag des Sachverständigenrats stehe im Widerspruch zu der von ihm selbst hervorgehobenen Notwendigkeit einer intensiven Verbundzusammenarbeit. „Unser Bestreben ist es, Konsolidierungen und Restrukturierungen im Landesbankbereich zu erreichen und dabei mit den Ländern als Mitträger von Landesbanken zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Im Ergebnis heißt das für uns: Die Finanzmarktkrise ist nicht die Ursache der Veränderungsnotwendigkeiten, sie unterstreicht diese aber. Wer als Eigentümer Kapital gibt, muss auch Vorstellungen über die künftige Struktur äußern und durchsetzen können.“

Nötige Veränderungen

Den deutschen Bankenmarkt bezeichnete Haasis als „wettbewerbsintensiv und deshalb sehr zukunftsfähig“. Eine der Lehren aus der Finanzmarktkrise sei, dass sich kundennahe Geschäftsmodelle bewährt haben. Die Krise habe aber auch noch deutlicher unterstrichen, „dass wir Veränderungen im Landesbanksektor benötigen“. Künftig müssten die Sparkassen noch stärker ihr gutes Geschäftsmodell in Erfolg umsetzen, so Haasis, der schließlich auch für „mehr Begeisterungsfähigkeit und Konsequenz in der Sparkassen-Finanzgruppe“ plädierte.

Innenminister Joachim Herrmann gratulierte dem Sparkassenverband Bayern zum hundertjährigen Bestehen. Während

Kabinettschließt Bundesratsinitiative:

Steuerliche Entlastung der Bürger

Huber: „Konkretes Signal für mehr Steuergerechtigkeit“
Konzept sieht Sofortentlastung von 5 Mrd. Euro vor

Das Bayerische Kabinettschließt hat beschlossen, im Bundesrat ein Gesetzgebungsverfahren zur steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger schon im Jahr 2009 zu starten. „Bayern legt im Bundesrat einen ausformulierten Gesetzentwurf zur Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen, zur Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer, zur Förderung des Wohnungsbaus und zur steuerlichen Flankierung der Klimaschutzziele ab 1. Januar 2009 vor. Damit setzen wir ein konkretes Signal für mehr Steuergerechtigkeit“, erklärte Finanzminister Erwin Huber. Nach den Worten Hubers sieht das bayerische Steuerkonzept für 2009 eine Sofortentlastung der Familien und Arbeitnehmer in Höhe von rund 5 Milliarden Euro vor.

Huber betonte, dass im Bereich der Familienpolitik der Existenzminimumsbericht im Herbst 2008 zeigen werde, ob und in welchem Umfang eine Anhebung der Kinderfreibeträge zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums eines Kindes erforderlich ist. Huber: „Der Handlungsbedarf ist nach Lage der Dinge jedoch schon absehbar. Unser Gesetzentwurf sieht daher bereits jetzt eine Anhe-



Von links: Der Geschäftsführende Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Dr. Siegfried Naser, 1. Bürgermeister Thomas Schmid, Kommunalminister Joachim Herrmann und 1. Präsident Hansjörg Christmann.

die erste kommunale Sparkasse in Bayern (die Städtische Sparkasse Nürnberg) bereits 1821 eröffnet worden war, hatte es noch 87 Jahre gedauert, bis sich die bis dahin immerhin 360 Sparkassen zu einem Landesverband zusammenschlossen.

Gerade in der jetzigen Finanzmarktkrise habe sich, so der Minister, erneut gezeigt, dass die Sparkassen als wesentlicher Eckpfeiler des deutschen Finanzsystems ein stabilisierender Faktor sind: „Die amerikanische Bankaufsicht hat im Vorfeld der Finanzmarktkrise völlig versagt. Auch die internationalen Rating-Agenturen sind einer völligen Fehleinschätzung des amerikanischen Immobilienmarktes unterlegen.“

Plädoyer für Drei-Säulen-System

Demgegenüber sei es die große Stärke der Sparkassen, dass sie ihre heimischen Märkte kennen, große Kundennähe haben und Risiken besser einschätzen können. Herrmann: „Das Drei-Säulen-System aus privaten und genossenschaftlichen Banken sowie öffentlich-rechtlichen Sparkassen hat einmal mehr seine Berechtigung unter Beweis gestellt.“

Der öffentliche Auftrag der Sparkassen mit seiner sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzung habe unverändert seine Existenzberechtigung. So finanzierten die Sparkassen einen Großteil des Mittelstands. Über 30 Prozent der Kredite an Selbstständige würden heute von Sparkassen ausgereicht. Es seien heute gerade die Sparkassen in Zusammenarbeit mit ihren Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die jede zweite Existenzgründung finanzieren und auf diese Weise die Entwicklung hochinnovativer junger Unternehmen überhaupt erst ermöglichen. „Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken sind die Sparkassen damit

zentraler Partner der Bayerischen Mittelstandsförderung.“

Klares Bekenntnis

Deshalb lehnt die Staatsregierung Herrmann zufolge „jedes Bestreben ab, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen aufzuweichen“. Der Freistaat bekenne sich zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen, zur öffentlich-rechtlichen Rechtsform, zum Regionalprinzip und zur kommunalen Trägerschaft. „Eine Privatisierungsdebatte halten wir für verfehlt. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren erfolgreichen, kommunalen und öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Bayern.“ **DK**

Städtetagspräsident Christian Ude:

Selbstständigkeit der Sparkassen wahren!

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, hat in Berlin nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes an die Länder appelliert, die Konsolidierung im Bereich der Landesbanken voranzutreiben und dabei die Selbstständigkeit der Sparkassen zu achten. „Es darf nicht so weit kommen, dass das bewährte System der öffentlichen Banken durch die Probleme von Landesbanken gefährdet wird. Das erfolgreiche Geschäftsmodell der kommunalen Sparkassen hat sich gerade auch in der aktuellen Krise der Finanzmärkte bewährt. Die Sparkassen sind ein stabilisierender Faktor für das deutsche Bankwesen“, erklärte Ude.

Die Städte beobachteten mit Sorge, dass es Versuche gebe, die Leistung der öffentlichen Banken aufgrund der Finanzmarktkrise schlecht zu reden, um die Ausgangsposition privater Banken zu verbessern. Zwar seien im Bereich der Landesbanken Reformen dringend geboten, konstatierte Ude; diese könnten aber nicht durch eine Schwächung der Sparkassen gelingen, etwa durch Fusionen zwischen Sparkassen und Landesbanken. Dort, wo es wirtschaftlich erforderlich ist, müssten im Bereich der Landesbanken vielmehr größere Einheiten gebildet werden statt auf wirtschaftlich nicht tragfähige „Stand alone“-Lösungen zu setzen.

Die Länder seien hier gefordert, ihrer besonderen Verantwortung als zuständiger Gesetzgeber für das Sparkassenwesen und dort, wo es zutrifft, als Miteigentümer von Landesbanken gerecht zu werden. Jeder Versuch, die notwendige Konsolidierung im Bereich der Landesbanken durch einseitige Scheinlösungen zu Lasten der kommunalen Sparkassen und ihrer Träger zu ersetzen, werde auf den entschiedenen Widerstand der Städte treffen.

Die Interessen der kommunalen Sparkassen müssten bei der Konsolidierung der Landesbanken besonders berücksichtigt werden, betonte Ude. Schließlich seien die Sparkassen nicht nur als Miteigentümer, sondern auch in Haftungsfragen und durch die Vermittlung von speziellen Finanzangeboten für ihre Kunden mit den Landesbanken eng verbunden. **DK**

werden. Die Maßnahmen sind so konzipiert, dass das Ziel einer breiten Entlastung für Familien, Arbeitnehmer und Mittelstand mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung verbunden wird. Mit dem ersten Schritt sollen zu Beginn des nächsten Jahres Familien- und Pendler zielgenau entlastet und der Wohnungsbau gefördert werden. Dabei wird der Neubau von Mietwohnungen für einen befristeten Zeitraum durch eine Verdoppelung des Abschrei-

bungssatzes stimuliert. Wer einen Neubau über die gesetzlichen Anforderungen hinaus energetisch optimiert, soll besonders gefördert werden. Die Änderungen am Tarifverlauf der Lohn- und Einkommensteuer folgt in zwei Stufen in den Jahren 2010 und 2012. „Bayern macht mit der Entlastung der Bürger ernst. Jetzt haben Bundesrat und Bundestag es in der Hand, zugunsten der Bürger zu entscheiden“, erklärte Huber. **DK**

50.000 € für Katholische Kirchenstiftung

Im Jahr 2007 haben die bayerischen Sparkassen insgesamt über 71 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausschüttungen und sonstige Förderbeiträge zusammengefasst. In Bayern gibt es 90 Sparkassen-Stiftungen, hinzu kommen die überregional arbeitende Bayerische Sparkassenstiftung und die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen. Allein sechs Sparkassenstiftungen wurden im Jahr 2007 neu geschaffen. Zusammen haben die bayerischen Sparkassen 168,4 Mio. Euro Stiftungskapital aufgebracht. Die Förderleistungen werden für soziale, kulturelle, Breitensportliche und umweltbezogene Vorhaben verwendet.

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentages 2008 erhielt die Katholische Kirchenstiftung St. Martin in Garmisch eine Spende in Höhe von insgesamt 50.000 Euro. Die Mittel sind für die Renovierung der Altäre von St. Nikolaus und St. Nepomuk in den Seitenkapellen der barocken Pfarrkirche vorgesehen. Die gesamte Kirche wird restauriert und soll 2011 zur Skiweltmeisterschaft in neuem Glanz erstrahlen. **DK**



Gertrud Griebler, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg, nahm das Zertifikat „Beruf und Familie“ von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen entgegen.

Kreissparkasse Augsburg:

Für Familienbewusstsein ausgezeichnet

Augsburg/Berlin – Die Kreissparkasse Augsburg ist die erste Sparkasse in Bayern, die das Zertifikat „Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung erhalten hat. Für sein Engagement, eine familienbewusste Personalpolitik und Unternehmenskultur im betrieblichen Alltag zu verankern, überreichten dem Finanzdienstleister Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Staatssekretär Jochen Homann aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin die damit verbundene Urkunde.

Auf Einladung der Veranstalter hielt Gertrud Griebler, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg, vor Repräsentanten aus mehr als 200 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen aus der ganzen Bundesrepublik einen Vortrag über die zentrale Rolle und Vorbildfunktion von Führungskräften: „Familienbewusstsein fängt bei der Führung an“, so ihr Credo.

Wertschätzung und ökonomischer Nutzen

„Wir wollen ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Angebote für ihre persönliche Balance zwischen ihrem beruflichen und privaten Leben finden können“, erklärte Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. „Davon profitiert nicht nur unsere Belegschaft mit ihren Familien, sondern auch die Kreissparkasse und die Gesellschaft.“ Studien haben gezeigt, dass sich Investitionen in eine familienfreundliche Personalpolitik langfristig betriebswirtschaftlich auszahlen: Sie reduziert Krankenstand und Fluktuation, sorgt für geringere Überbrückungskosten bei Elternzeit, verbessert die Rekrutierung von qualifiziertem Personal

und stärkt das Image von Unternehmen.

Erklärtes Ziel der Initiative ist es, Beruf und Familie in verschiedenen Lebensphasen noch besser miteinander zu vereinbaren. Eine ganze Reihe von Angeboten und Maßnahmen tragen bei der Kreissparkasse dazu bei.

Flexible Teilzeitarbeitsmodelle und Job Sharing

So nutzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreissparkasse seit vielen Jahren verschiedenste flexible Teilzeitarbeitsmöglichkeiten. Allein im Kundenservicecenter praktizieren 24 Mitarbeiter – darunter vor allem Mütter, die nach der Erziehungszeit wieder in den Beruf einsteigen – Modelle von 15 bis 97 Prozent der regulären Arbeitszeit. Im Rahmen der Alterszeitzeit können auch Arbeitsstunden auf einer Art Lebensarbeitszeitkonto gesammelt und später in eine bezahlte Freistellung umgewandelt werden.

Das Kundenservicecenter wird von einem weiblichen Führungsteam im Job Sharing geleitet. Eine der beiden Mütter befindet sich seit Juni 2008 in Elternzeit und will im Januar 2009 wieder einsteigen, wobei die Arbeitszeit stufenweise erhöht wird.

„audit beruf und familie“:

Zertifikat für E.ON Bayern

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat den Energiedienstleister E.ON Bayern in Berlin mit dem Zertifikat „audit beruf und familie“ ausgezeichnet. Damit wird gewürdigt, dass das Unternehmen die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Unternehmensziele auf vorbildliche Art und Weise in Einklang bringt.

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für die Menschen immer wichtiger und deshalb verfolgen wir dieses Ziel mit Nachdruck“, so Edith Volz-Holterhus, Personalvorstand von E.ON Bayern. „Wir freuen uns, dass unsere Bestrebungen öffentlich anerkannt wurden. Und das Zertifikat ist natürlich Ansporn für unser Unternehmen, dieses wichtige Thema auch in Zukunft weiterzuentwickeln.“

Tragfähige Balance

Das „audit beruf und familie“ steht unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin sowie des Bundeswirtschaftsministers. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft – BDA, BDI, DIHK und ZDH – empfehlen das Zertifikat, da es die ökonomischen und betrieblichen Vorteile einer familienbe-

Die Umsetzung solcher Maßnahmen erfordert nicht nur von der Personalabteilung große Flexibilität, bestätigt Personalleiter Claus Holzzapfel: „Teilzeitarbeit fordert und fördert Flexibilität, Eigenverantwortung und Teamgeist von allen Seiten.“ Zum Zeitpunkt der Auditierung beschäftigte die Kreissparkasse insgesamt 862 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Anteil weiblicher Beschäftigter lag bei 57 Prozent und die Teilzeitquote bei 33 Prozent.

Elf Männer in Erziehungszeit

„Teilzeit und Elternzeit sind keine Frauenthemen“, stellt der Personalratsvorsitzende Helmut Lindner klar. Bei der Kreissparkasse wird die Elternzeit auch von Vätern praktiziert. Seit Januar 2007 nahmen diese Möglichkeit bereits elf männliche Mitarbeiter, darunter zahlreiche Führungskräfte, in Anspruch oder beabsichtigen dies in absehbarer Zeit zu tun – ein positiver Trend, den die Kreissparkasse weiter fördern will. Sie hat sich auf die Fahnen geschrieben, die aktive Vaterschaft zu fördern und männliche Mitarbeiter sowie Führungskräfte dazu zu ermutigen, sich als Mensch mit Familie zu zeigen.

wussten Personalpolitik in den Vordergrund stellt. Es unterstützt Arbeitgeber darin, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige, wirtschaftlich attraktive Balance zu bringen. Die praktische Umsetzung der erarbeiteten Ziele und Maßnahmen wird jedes Jahr durch die beruf und familie gGmbH, einer Tochter der Hertie-Stiftung, überprüft.

Handlungsfelder

Zertifikate zum „audit beruf und familie“ wurden erstmals 1999 vergeben. Sie verteilen sich auf acht Handlungsfelder: Arbeitszeit und -organisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile, geldwerte Leistungen und Service für Familien.

Kundenbefragung:

Bayerns Finanzämter sind Spitze!

„Note Eins für die bayerischen Finanzämter! Unsere Kunden erkennen sie als modernen und serviceorientierten Dienstleister an.“ Mit diesen Worten kommentierte Finanzminister Erwin Huber die Ergebnisse der jüngsten flächendeckenden Befragung der Kunden der bayerischen Finanzämter.

Fast 46.000 Besucher hatten vom 14. April bis 9. Mai 2008 an der Kundenbefragung teilgenommen. Die Kunden bewerteten dabei die Tätigkeit der Finanzbehörden nach dem Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht). Bewertungskriterien waren u. a. der Service des Bearbeiters gegenüber dem Kunden, die Wartezeit und die Erreichbarkeit des Finanzamts. Das Gesamtergebnis konnte die ohnehin schon sehr guten Werte der Besucherbefragung aus dem Jahre 2002 nochmals verbessern. „Im Gesamteindruck kamen die Finanzämter 2002 auf die ansehnliche Note 1,78. Im Jahr 2008 haben sie sich im Schnitt sogar auf 1,43 verbessert“, freute sich Huber.



Zusammen mit Beate Rubenbauer, Personalbetreuung Oberbayern, nahm Ernst Frohnapfel, Bereichsleiter Personal bei E.ON Bayern, die hohe Auszeichnung aus den Händen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, entgegen.

Innovationsschub durch Klimaschutz

Jedes dritte Unternehmen in Bayern profitiert schon heute Studie der Commerzbank-Initiative Unternehmerperspektiven

Klimaschonende Produkte und Dienstleistungen sowie ein effizienter Energieverbrauch sind schon heute für viele Mittelständler in Bayern unternehmerische Realität. „Der Klimaschutz ist im Mittelstand angekommen“, so Michael Bückler, als Mitglied der Geschäftsleitung der Commerzbank München zuständig für das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden.

Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie, die auf einer Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der Commerzbank unter 4000 Unternehmen in Deutschland, darunter 643 aus Bayern, basiert. Demnach sehen 87 Prozent der bayerischen Unternehmen den Klimawandel als „wichtiges Thema“. Als Konsequenz daraus setzen 57 Prozent der bayerischen Unternehmen derzeit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz um oder haben dies in den letzten drei Jahren bereits getan. Mit diesem Wert rangieren die bayerischen Unternehmen auf gleicher Höhe mit dem Bundesdurchschnitt.

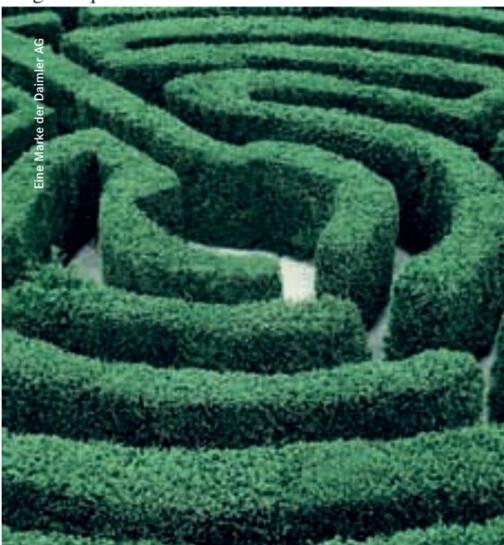
Gleiches gilt für den Anteil der Firmen, die ihren Kunden schon heute klimaschonende Produkte oder Technologien anbieten (39 in Bayern gegenüber 35 Prozent im Bundesschnitt). Für Bückler ist dieser Vorsprung nicht überraschend: „In Bayern sind überdurchschnittlich viele technologiestarke und forschende Unternehmen ansässig.“

Der Studie zufolge wird neben technischen Spezialisten und Unternehmen aus dem Bereich erneuerbarer Energien insbesondere die Bauwirtschaft (58 im Vergleich zu 37 Prozent der Gesamtwirtschaft) profitieren. „Hier werden ökoefiziente Angebote z.B. Energiesparhäuser, Photovoltaikanlagen oder energiesparende

Heizungsanlagen immer häufiger von Kunden nachgefragt“, betont Bückler.

Allerdings geben 26 Prozent der bayerischen Unternehmen (28 Prozent im Bundesschnitt) an, zwar Potential zur Steigerung der Energieeffizienz zu haben, es wurden aber noch keine Maßnahmen umgesetzt. 17 Prozent (16 Prozent im Bundesschnitt) sehen kein Potential zur Steigerung der Energieeffizienz.

Unter den Hemmnissen für klimafreundliche Investitionen rangierten die Unübersichtlichkeit der staatlichen Förderprogramme und die unsicheren gesetzlichen Rahmenbedingungen ganz oben. „Nach unseren Informationen gibt es etwa 500 Programme auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene“, so Bückler. Die Commerzbank habe daher spezielle Förderberater ausgebildet. Erschwerend komme hinzu, dass aus Sicht vieler Unternehmen immer noch zu wenige Kunden bereit sind, für klimaschonende Produkte etwas tiefer in die Tasche zu greifen. „Die weiter steigenden Energiepreise werden aber hier ihren Beitrag zur Einsicht leisten“, so Bückler. 77 Prozent der bayerischen Unternehmen (81 Prozent im Bundesschnitt) fordern in diesem Zusammenhang die Politik auf, die Verbraucher noch stärker über klimabewusstes Verhalten aufzuklären.



Kleiner Wendekreis. Große Möglichkeiten.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt. Gerade wenn's eng wird, zeigt der neue Unimog U20 wahre Größe. Ein echter Mercedes-Benz Unimog bis 7,5 bzw. 8,5 t – wie gemacht für kommunale Einsätze, ob Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Jetzt bei Ihrem Unimog-Partner. www.mercedes-benz.com/neuer-U20

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Lechmuseum Bayern im Wasserkraftwerk Langweid eröffnet:

Facettenreiches Erleben

Lechwerke (LEW) installieren multimediale Schau rund um den Lech

„Schwaben hat eine neue Attraktion“, freute sich Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Miller anlässlich der Eröffnung des neuen Lechmuseums in Langweid. Das Museum wurde von den Lechwerken (LEW) initiiert, die dafür etwa 300.000 Euro investierten. Die Gäste sollen mit auf eine Reise genommen werden meinte Paul Waning, LEW-Vorstandsmitglied, „denn das Lechmuseum Bayern ist eine Reise, die uns von der Quelle des Lechs bis zur Mündung in die Donau führt und uns die unterschiedlichsten Seiten des Flusses zeigt“. Den Lech als Naturraum, Wasserstraße, Kulturgrenze, Energielieferant, Wirtschaftsfaktor und vor allem als Lebensraum.

Beim Festakt zur Eröffnung der umfassenden Schau rund um den wichtigsten Fluss Schwabens waren zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur anwesend.

Mit dem Museum möchten die Initiatoren unterschiedlichste Zielgruppen erreichen: Pädagogen und Schulklassen sollen ebenso angesprochen werden wie Kommunalpolitiker, Medien und natürlich die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Auf einer Gesamtfläche von 700 Quadratmetern erwartet die Besucher eine umfassende multimediale Inszenierung des Flusses.

Der Staatsminister lobte das Museumskonzept. Neben dem

Besuch nach Voranmeldung

Der Besuch des „Lechmuseum Bayern“ ist nur im Rahmen von Führungen möglich. Der Eintritt ist frei. Anmeldungen zu Führungen erfolgen unter der Rufnummer: 0821-328-1651. □

Sammeln und Aufbewahren komme einem Museum heute die Rolle eines Orts zu, an dem andere Erfahrungen möglich sind, als etwa vor Computer oder Fernseher, weil es hier um Authentizität gehe, und eine andere Form der Informationsverarbeitung gepflegt werde.

Museumsinhalte

Auf die Museumsinhalte ging Dr. Olaf Heil, Geschäftsführer der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH, näher ein. Sie setzen sich aus folgenden Themenblöcken zusammen:

- **Lech als Naturraum:** Geologie und Geographie, Arten- und Klimaschutz, Flora und Fauna
- **Lech allgemein:** Historisches, der Fluss als Sprach-, Kultur- und Landesgrenze, als Wirtschaftsfaktor und als Wasserstraße
- **Unternehmen Lechwerke:** Geschichte, Aufgabe, regionale Versorgung
- **Elektrizität und Stromerzeugung:** Grundlagen der Elektrizität, physikalische Grundla-

gen, Verbrauch, Funktionsweise Wasserkraftwerk, Rolle der Wasserkraft, Klimaschutz.

Drei Bereiche

Räumlich gliedert sich das „Lechmuseum Bayern“ in drei Bereiche: Der Außenbereich beinhaltet einen Kraftwerkslehrpfad mit Informationen zur Kraftwerksanlage und zeigt den Nachbau eines historischen Lechfloßes. Im Inneren des Kraftwerksgebäudes befindet sich auf zwei Ebenen der Kernbereich des Museums. Auf wellenförmigen Schauwänden wird dort zum Beispiel die Geschichte und Wirtschaft am Lech, die Bedeutung des Flusses als Natur- und Lebensraum sowie ein Dokumentarfilm zum Fluss gezeigt.

Interaktive Elemente

Ein weiteres Highlight bildet der historische Kraftwerksbereich, in dem neben Schautafeln ein begehrter Turbinenraum sowie ein Generator aus dem Jahr 1907 zu sehen sind. In allen Museumsbereichen wurden interaktive und kindgerechte Elemente, wie Wissensspiele integriert. Ende Juni war die Öffentlichkeit zum Tag der offenen Türen ins Museum eingeladen. Dazu hatten die Lechwerke ein attraktives Rahmenprogramm vorbereitet. So konnten die Besucher neben der Besichtigung des neuen Museums die Kraftwerkstauer der BEW bei Demonstrationsarbeiten sehen. Für die Kleinen Gäste gab es eine Kletterwand, Wasserspiele und Attraktionen mit dem Augsburger Spielmobil.

Minister Miller nutzte seine Festrede zu einem kurzen historischen Exkurs über die Nutzung der Wasserkraft in Bayerisch-Schwaben. Wasser, Wasserkraft

Auskunftsanspruch eines Ratsmitgliedes

Grundsätzlich kann jedes Ratsmitglied vom Bürgermeister Auskünfte in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen, sofern sie nicht der Geheimhaltung unterliegen. Die Frage muß sich aber auf einen Gegenstand beziehen, über den der Bürgermeister im Rahmen seiner Zuständigkeit, also in erster Linie als Leiter der Gemeindeverwaltung oder als Vertreter der Gemeinde nach außen, Kenntnis erlangt hat oder erlangen kann.

Sinn und Zweck des Auskunftsanspruchs ist, dass die Ratsmitglieder über die erforderlichen Informationen verfügen, um ihr Ratsmandat effektiv wahrnehmen zu können. Dies gilt auch, wenn es um eine GmbH geht, an der die Gemeinde die absolute Mehrheit der Anteile hält.

Diese Auffassung hat das Verwaltungsgericht Oldenburg im Urteil vom 21.8.2007 – 1 A 2385/06 – vertreten.

In dem konkreten Fall ging es um die Genehmigung des Wirtschaftsplans der GmbH durch den Rat. Dort war von Honoraren in Höhe von 152.000 die Rede. Dabei handelte es sich deshalb um eine Angelegenheit der Gemeinde, weil nach dem Gesellschaftsvertrag es Sache der Gemeinde war, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn die GmbH nicht die erforderlichen Einnahmen erzielte.

Der Bürgermeister durfte die Auskunft nicht mit derzeitigem Nichtwissen verweigern, weil er sich das erforderliche Wissen im

und Mühlen bildeten über Jahrhunderte im ländlichen Raum die wichtigste Basis für technische Infrastruktur, Wohlstand und Fortschritt. Folgerichtig war die Wasserkraft Pionier der bayerischen Stromwirtschaft und Elektrizitätsversorgung.

Wichtigste Basis für technische Infrastruktur

Das Walchenseekraftwerk, der Name Oskar von Miller oder eben die Kraftwerke an Donau, Lech und Wertach sind eng verbunden mit der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns. Bis zum heutigen Tag, so Minister Miller, ist Bayern das führende Wasserkraftland Deutschlands. Mit bayerischen Strom aus Wasserkraft lasse sich der Strombedarf der Landeshauptstadt mehr als zwei Mal decken.

Mit dem Klimawandel rücke die Wasserkraft als wertvolle, CO₂-freie Energiequelle wieder in den Vordergrund. Derzeit stelle sie mit rund 90% den Hauptteil der regenerativen Stromerzeugung. In Bayern liegt ihr Anteil bei 16 bis 18 % an der Gesamtstromerzeugung.

34 Wasserkraftwerke

Das Wasserkraftwerk Langweid wird von der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW) betrieben. Die BEW ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Augsburger Lechwerke AG. Sie erzeugt jährlich rund 1 Milliarde kWh Strom aus regenerativer Wasserkraft. Die BEW betreibt dazu 34 Wasserkraftwerke an Donau, Iller, Günz, Lech und Wertach. Das Kanalkraftwerk in Langweid erzeugt jährlich 49 Millionen kWh Energie aus der Wasserkraft. Mit dieser Menge können etwa 15.000 Haushalte ganzjährig mit Strom versorgt werden.

Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. LEW beschäftigt knapp 1.600 Mitarbeiter und ist innerhalb der RWE Energy AG die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland. □



Das Band ist durchschnitten und das Lechmuseum ist eröffnet. LEW-Vorstand Paul Waning und Landwirtschaftsminister Josef Miller (v.l.) leisteten ganze Arbeit. □

Straßenausbaubeitragspflicht für Ausbaumaßnahme

Um eine nach dem Kommunalabgabenrecht beitragsfähige Ausbaumaßnahme handelt es sich, wenn eine Erneuerung nach Ablauf der üblichen Nutzungsdauer vorgenommen wird. Zum Ausbau zählen eben alle Maßnahmen an einer öffentlichen Straße, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen.

Unter einer Erneuerung versteht man die Ersetzung einer abgenutzten Anlage durch eine neue Anlage von gleicher räumlicher Ausdehnung, gleicher funktionaler Aufteilung der Fläche und gleichwertiger Befestigungsart, d.h. eine Maßnahme, durch die eine erneuerungsbedürftige Anlage in einen im wesentlichen der ursprünglichen Anlage vergleichbaren Zustand versetzt wird. Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz im Urteil vom 21. 8. 2007 - 6 A 10527/07 - vertreten.

Bei der Beantwortung der vorerwähnten Frage, ob die Straße erneuerungsbedürftig ist, steht der Gemeinde aber ein Einschät-

zungsermessens zu, dessen Ausübung an der üblichen Nutzungsdauer von Straßen zu orientieren ist. Dabei ist davon auszugehen, dass Verkehrsanlagen nach allgemeinen Erfahrungswerten eine Lebensdauer von 20 Jahren aufweisen. Wenn also ein deutlich über 30 Jahre alter Gehweg erneuert wird, läßt sich nicht mit Erfolg die Auffassung vertreten, diese Maßnahme wäre ermessensfehlerhaft gewesen; erst recht kommt dies nicht in Frage, wenn die Gehwege schadhafte und verschlissene waren.

Auch Schäden am Gehweg, die durch Aufbrüche aus Anlaß von Reparaturen von im Erdreich verlegten Leitungen entstanden sind, können einen Erneuerungsbedarf auslösen. Dies gilt auch dann, wenn die Leitungsreparaturen notwendig waren, weil Wurzeln von Gehweg- oder Straßensäulen die Leitungen beschädigt hat. Solche Folgen sind weder sicher vorherzusagen noch verlässlich zu vermeiden, es sei denn, auf eine Bepflanzung wird völlig verzichtet. Dr. tt

Schadenersatz für falsche Bauauskunft

Grundsätzlich ist jeder Amtsträger verpflichtet, Auskünfte richtig, klar und vollständig zu erteilen. Dies gilt auch in Bausachen, in denen der Empfänger die Auskunft vielfach zu Vermögensdispositionen zu machen gedenkt.

Allerdings kommt es bei der Haftung wegen falscher Auskünfte darauf an, ob das nach Erteilung der Auskunft entfaltete Vertrauen schutzwürdig ist. Es muß überhaupt geeignet sein, eine Vertrauens-/Verlässlichkeitsgrundlage für Investitionen zu bilden.

Diese Auffassung hat das OLG Koblenz im Urteil vom 12. 12. 2007 – 1 U 180/07 – vertreten.

In dem konkreten Fall hatte ein Grundstückseigentümer, der bauen wollte, nach einem Bebauungsplan gefragt, der maßgeblich sein sollte. Er hatte dafür von einem Mitarbeiter des Bauamtes die Auskunft erhalten, der Bebauungsplan wäre bestandskräftig.

Bei dem Gespräch war aber auch der Architekt des Grundstückseigentümers anwesend. Ihm oblag es, sich von der Wirksamkeit des Bebauungsplans zu überzeugen. Als Sachkundiger durfte sich der Architekt nicht auf die pauschale Aussage des Baubeamten verlassen. Ein Architekt weiß eben, dass die Bebaubarkeit eines Grundstücks in der Regel von einem Bebauungsplan abhängig ist und er nur bauen darf, wenn dieser Bebauungsplan, der die baulichen Festsetzungen enthält, rechtsverbindlich geworden ist. Diese Rechtsverbindlichkeit eines Bebauungsplans läßt sich in der sogenannten Verfahrensleiste auf der Planurkunde feststellen. Diese Verfahrensleiste hatte der Architekt aber nicht in Blick genommen. Er hätte sonst ohne weiteres die fehlende Genehmigung erkennen können.

Die alleinige falsche Auskunft des Baubeamten war deshalb keine ausreichende Verlässlichkeitsgrundlage für die auf sie gestützten umfangreichen Investitionen des Grundstückseigentümers.

Unter diesen Umständen konnte der Grundstückseigentümer von der Gemeinde keinen Schadensersatz wegen einer fehlerhaften Auskunft fordern. Dr. O.

Wegen Anpassung an europäisches Recht:

Künftig kann sich jeder seinen Kaminkehrer wählen

Marktöffnung auch für andere Handwerker

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Neuordnung des Schornsteinfegerwesens verabschiedet. Die Regelungen werden mit diesem Gesetz an das europäische Recht angepasst. Hieraus ergeben sich für die Schornsteinfeger, in Bayern Kaminkehrer genannt, ebenso wie für die Verbraucherinnen und Verbraucher eine Reihe von Veränderungen. Aufgrund der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Übergangszeit besteht aber ausreichend Gelegenheit, sich mit den ab 1. Januar 2013 vollständig geltenden Neuregelungen vertraut zu machen, heißt es in einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Das Gesetz mache das Schornsteinfegerrecht europafest und komme zudem durch die Einführung von Wettbewerb im Schornsteinfegerhandwerk den Verbrauchern zugute. Das Gesetz gebe aber auch den ca. 20.000 Beschäftigten des Schornsteinfegerhandwerks eine gute Zukunftsperspektive. Ihnen würden neue Tätigkeitsmöglichkeiten eröffnet. Darüber hinaus profitierten von der Gesetzesänderung die Angehörigen des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks, da sie sich nach Ablauf der Übergangsfrist und dem Erwerb der entsprechenden Qualifikation auch mit dem Schornsteinfegerhandwerk selbständig machen könnten.

Bedenken ausgeräumt

Im Vorfeld geäußerte Bedenken des Handwerks, wonach es bei einer vollständigen Aufhebung des Nebenerwerbsverbots zu Wettbewerbsverzerrungen zu seinen Lasten kommen könnte, wurde in dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz Rechnung getragen. Den Bezirks-schornsteinfegermeistern seien daher noch in der Übergangszeit Wartungen an Anlagen im eigenen Bezirk verboten.

Das Gesetz sieht vor, dass die Haus- und Wohnungseigentümer in Zukunft grundsätzlich die Wahl haben, welchen Kaminkehrer sie mit der Durchführung der Überprüfungs-, Kehr- und Messarbeiten beauftragen. Aus

Gründen der Betriebs- und Brandsicherheit und des Umweltschutzes kann allerdings auf den Nachweis, dass die Arbeiten fristgerecht von einem dazu berechtigten Schornsteinfeger durchgeführt wurden, nicht verzichtet werden. Die hierfür erforderliche Information des Bezirksschornsteinfegers erfolgt durch den Schornsteinfeger, der die Arbeiten ausgeführt hat. Für die Verbraucher entstehe kein bürokratischer Aufwand. Damit die Haus- und Wohnungseigentümer feststellen können, ob ein Betrieb zur Ausübung von Schornsteinfegerarbeiten berechtigt ist, wird beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ein Schornsteinfegerregister geführt werden, das über das Internet einsehbar sein wird.

Die Information, wann die Überprüfungs-, Kehr- und Messarbeiten durchzuführen sind, erhalten die Haus- und Wohnungseigentümer im Rahmen einer Feuerstättenschau, die alle drei bis vier Jahre in jedem Haushalt stattfinden wird, durch den zuständigen Bezirksschornsteinfeger. Dieser ist auch zuständig für die Durchführung der Bauabnahmen. Die Aufgabe, als Bezirksschornsteinfeger in einem Kehrbezirk tätig zu sein, wird künftig ausgeschrieben und jeweils für sieben Jahre vergeben.

Das Gesetz muss noch vom Bundesrat gebilligt werden. Die Bundesratsbefassung ist für den 19. September 2008 vorgesehen. dhg.

Grundstück mit schwieriger Abfallabholung

Nicht alle Grundstücke grenzen auf gleicher Höhe an die Straße, so dass die Bereitstellung der Abfallgefäße für die Abholung schwierig ist. Für diesen Fall sehen die örtlichen Abfallsatzungen vor, dass die Abfallbehälter an einem Standplatz bereitzustellen sind, an dem die Übernahme ohne erschwerten Aufwand vorgenommen werden kann. Dies ist der Fall, wenn das Grundstück wegen seiner Lage nur mit erheblichen Schwierigkeiten von den Sammelfahrzeugen der Gemeinde angefahren werden kann.

Schwierigkeiten für das Sammelfahrzeug können sich insbesondere dann ergeben, wenn die Zufahrt von der Straße zu den Abfallgefäßen unübersichtlich ist oder einen unzureichenden Ausbaustand hat. Dies ist der Fall, wenn nicht geteerte Wegeflächen befahren werden müssen. Erst recht ist die Situation

schwierig, wenn das Sammelfahrzeug auf dem Privatgrundstück nicht wenden kann und rückwärts gerichtet zur Straße fahren muß.

Es kann eben nicht außer acht gelassen werden, dass die Sammelfahrzeuge meistens ein Leergewicht von über 10 t und ein zulässiges Gesamtgewicht von vielleicht über 20 t haben. Sie können dann nicht einen Weg befahren, der für Fahrzeuge mit einem tatsächlichen Gewicht von mehr als 2,8 t gesperrt ist.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen im Beschluß vom 31.3.2008 – 14 A 1356/06 – vertreten. In dem konkreten Fall war der Grundstückseigentümer verpflichtet, die Abfallbehälter auf einem Standplatz bereitzustellen, an dem die Übernahme durch das Sammelfahrzeug ohne erschwerten Aufwand vorgenommen werden konnte. - tt-

KPV-Bezirksversammlung der CSU Unterfranken:

„Erfahrbarkeit von Demokratie“

Innenminister Joachim Herrmann sieht sich als „Anwalt der Kommunen am Tisch der Landesregierung“

Würzburg. Kommunale Mandatsträger trafen zur Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU Unterfranken (KPV) zusammen. Dabei wurde der Aschaffener Landrat Dr. Ulrich Reuter einstimmig als KPV-Bezirksvorsitzender bestätigt. Als Gast und „Anwalt der Kommunen“ stand der bayerische Innenminister Joachim Herrmann den Bürgermeistern, Gemeinde-, Kreis- und Stadträten Rede und Antwort.

Der alte und neue KPV-Bezirksvorsitzende Reuter begrüßte neu- und wiedergewählte kommunale Mandatsträger. Er sprach eine Reihe von Sachthemen an. Die Betonung lag dabei auf den Finanzen. So stellte Reuter fest, dass die Steuerkraft in den letzten vier Jahren jeweils um etwa zehn Prozent gestiegen sei. Das Geld fließe in den Kommunen jedoch sehr unterschiedlich.

Vorbildlicher Finanzausgleich

In diesem Zusammenhang lobte er den Finanzausgleich in Bayern als vorbildlich. Rund 6,6 Milliarden Euro würden dabei bewegt, allein 2,4 Milliarden in Form von Schlüsselzuweisungen an die Kommunen. Das sei ein Plus von 13 Prozent gegenüber 2007. Auch beim bayerischen Nachtragshaushalt seien die Kommunen die Gewinner. Dennoch, so Reuter, brennen den Kommunen wichtige Themen auf den Nägeln. Er erwähnte den kommunalen Straßenbau. Mit dem Argument der Planungssicherheit forderte

er einen generellen Zuschuss von mindestens 50 Prozent durch den Freistaat. Daneben müssten die Staatsstraßen ertüchtigt werden mit dem Ziel eines besseren Anschlusses für den ländlichen Raum. Darüber hinaus sei der Ausbau der Autobahn A 3 voranzubringen. Gleichzeitig aber sollte der Öffentliche Personennahverkehr nicht vergessen werden.

Schlüsselposition

Daneben schnitt Reuter Themen wie den schnelleren Internetzugang über DSL im ländlichen Raum, die Finanzierung von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten, die Integration und das Gesundheitswesen mit der Problematik des Ärztemangels auf dem flachen Land an. Die Stärkung der Schulen mit dem Ausbau der Betreuung finde ungeteilte Zustimmung der Kommunen, so Reuter. Allerdings warnte er davor, die Gemeinden zu überfordern.

Staatsminister Herrmann kennt die kommunalen Belange aus seiner Zeit als Stadtrat in Erlan-

gen. Aus der Bürgernähe leitet er eine Schlüsselposition des Kommunalpolitikers ab und sprach von der „Erfahrbarkeit von Demokratie“. In seiner Gemeinde könne man etwas gestalten. Der Gestaltungsspielraum sei in den letzten Jahren wieder deutlich größer geworden. Herrmann bezifferte den Überschuss der bayerischen



Dr. Ulrich Reuter.

Kommunen im Jahr 2007 auf insgesamt zwei Milliarden Euro. Das sei ein Ergebnis der wirtschaftlichen Dynamik. Diese Entwicklung halte auch im Jahr 2008 an und bringe Bayern in Gleichschritt mit dem Nachbarland Baden-Württemberg.

Mit der positiven Entwicklung der Gemeindefinanzen stiegen auch die Begehrlichkeiten. So lägen jetzt wieder mehr Anträge für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus vor. Die Bundesmittel in Höhe von 196

Millionen Euro reiche der Freistaat in vollem Umfang weiter. Allerdings habe man die Gewichtung von 160 Millionen für den Straßenbau und 36 Millionen für den Öffentlichen Personennahverkehr zu Gunsten des ÖPNV auf 120:76 verändert. Damit stehe jetzt weniger Geld für den Straßenausbau zur Verfügung. Für die Staatsstraßen verwerde der Freistaat im laufenden Jahr 205 Millionen Euro, so viel wie nie zuvor. Wenn dieses Niveau beibehalten werde, dann könne man den Bedarf in absehbarer Zeit abarbeiten, so Herrmann. Gleichzeitig erinnerte er den Bund daran, sich um die Bundesfernstraßen zu kümmern. Dieser Bereich sei unterfinanziert. Um ein „Nachholprogramm Westdeutschland“ aufzulegen, empfahl der bayerische Innenminister die Zusammenarbeit mit privaten Investoren.

Schwerpunkt Schulpolitik

Einen Schwerpunkt der Diskussion mit den Kommunalvertretern bildete das Thema Schule. Hier machte sich Herrmann, zusammen mit der unterfränkischen Landtags-Spitzenkandidatin Barbara Stamm, für die Angebote der Ganztagschule stark. Dabei soll auch das Essen zum Bestandteil des schulischen Lebens werden, ohne dass jedes Kind danach gefragt werde, ob es das Geld für die gemeinsame Schulmahlzeit dabei habe. Herrmann will auch dafür eintreten, dass kleine Grundschulen auf dem Land erhalten bleiben. Ziel sei es jedoch, machte er ebenfalls deutlich, das Beste für die Kinder zu erreichen. Standortüberlegungen der Gemeinden müssten dahinter zurückstehen.

Text und Bild: wkn

Regionales Konsortium - Landkreis Aschaffenburg:

Interesse an Übernahme des KVG-Anteils vom Freistaat

Landrat Dr. Ulrich Reuter sieht konkrete Chancen für die Übernahme von Anteilen des Freistaats an der KVG durch ein regionales Konsortium. Im Rahmen seiner Privatisierungsaktivitäten aufgrund eines Beschlusses des Bayerischen Landtags will sich der Freistaat Bayern von Beteiligungen an Unternehmen trennen.

So ist seit einiger Zeit bekannt, dass das Finanzministerium den Verkauf der letzten privatrechtlichen Beteiligung an einem regionalen Verkehrsunternehmen, den 67-prozentigen Anteil an der Kahlgrund-Verkehrsgesellschaft, vorbereitet. Gegen diese Überlegungen erhob sich heftiger Protest aus der Region, unter anderem auch seitens des Landkreises Aschaffenburg. Daneben bemühte sich der Aschaffener Landrat Dr. Ulrich Reuter aber auch um andere Lösungswege.

Verkehrspolitische Bedeutung über den Kahlgrund hinaus

Die bisherigen Minderheitsgesellschafter DB Regio AG (28 %) und Landkreis Aschaffenburg (5 %) haben jetzt nach Auskunft von Landrat Dr. Reuter „aus dem regionalen Bereich“ Interessenten gewonnen, die ebenfalls bereit wären, Anteile des Freistaats mit zu übernehmen. Die KVG habe verkehrspolitische Bedeutung für die Region über den Kahlgrund hinaus.

Wenn schon eine Änderung im Gesellschafterkreis eintrete, werde es deshalb als wichtig angesehen, auch im Interesse der VAB (Verkehrsgemeinschaft am Bayerischen Untermain), die

Gesamtsteuerung im ÖPNV wesentlich im öffentlichen Einfluss zu halten.

Stillschweigen vereinbart

„Wir werden uns im wirtschaftlich verantwortbaren Rahmen um die Übernahme der Anteile bemühen“, so Dr. Reuter. Dieser Rahmen sei nun beim jüngsten Gespräch, das in den Räumen der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau geführt wurde, konkretisiert worden. Über die diskutierten Unternehmenswerte, die denkbare Gesellschafterstruktur und deren Anteile sowie die am Gespräch Beteiligten sei jedoch Stillschweigen vereinbart worden.

Appell an den Freistaat

„Ich mache kein Hehl daraus, dass ich die vollständige Veräußerung der 67-prozentigen Beteiligung des Freistaats an der KVG nach wie vor für politisch falsch halte. Deshalb appelliere ich an die Verantwortlichen in München, ihre Haltung zu überprüfen und wenn nicht ganz auf den Verkauf zu verzichten, so doch zumindest auf die Übernahmever schläge aus der Region einzugehen“, so Landrat und KVG-Aufsichtsratsmitglied Reuter.

„Vorsprung Bayern“:

Die Entwicklung des Landkreises Cham

Staatssekretär Sackmann stellte vbw-Studie vor

„Die Maxime der Bayerischen Staatsregierung ist und bleibt: Wertvolle Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen. Deshalb halten wir an unserer Prioritätensetzung zugunsten des ländlichen Raums fest“, betonte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann in Roding bei der Veranstaltung ‚Vorsprung Bayern: Die Entwicklung des Landkreises Cham: Erfolgsfaktoren und Perspektiven‘ der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Staatsregierung und bayerische Wirtschaft seien sich hier in allen wesentlichen Punkten einig. Die Diskussion der vergangenen Monate, die in unterschiedlichen Gremien zur Ausrichtung der Politik für den ländlichen Raum geführt wurden, habe er als fruchtbar empfunden. Sackmann: „Wir haben um den richtigen Weg und die geeigneten Instrumente gerungen. Die Diskussion hat gezeigt: Der ländliche Raum hat Zukunft, wenn sie von allen Akteuren aktiv und offensiv gestaltet wird.“

Aufsteigerregion

Staatssekretär Markus Sackmann dankte der vbw und dem IW Köln ausdrücklich für die Studie zur Entwicklung des Landkreises Cham. „Die Studie zeigt: Cham gehört im Langfristvergleich ganz klar zu den Aufsteigerregionen. Wer hätte vor einigen Jahren schon gedacht, dass der Landkreis Cham von 2004 bis 2007 die erfolgreichste und dynamischste Region Bayerns sein würde. Heute beträgt die Arbeitslosigkeit nur noch 3,4 %. Das ist beinahe Vollbeschäftigung“, so der Wirtschaftsstaatssekretär weiter.

Die Entwicklung des Landkreises Cham zeige beispielhaft die positive Wirkung der regionalen Wirtschaftsförderung.

Sackmann: „Für erfolgreiche Landkreise brauchen wir regionale Wirtschaftsförderung. Der Landkreis Cham hat in den vergangenen zehn Jahren im bayernweiten Vergleich einen überdurchschnittlichen Anteil an Fördermitteln erhalten. Aus der Regionalförderung sind 80 Mio. Euro an die gewerbliche Wirtschaft geflossen. Damit haben wir ein Investitionsvolumen von knapp einer halben Milliarde Euro mobilisiert. Allein dadurch sind 2.250 Arbeitsplätze neu geschaffen worden, 16.100 konnten gesichert werden.“

Starke Persönlichkeiten

Förderung alleine reiche jedoch nicht aus. Der Landkreis Cham zeige exemplarisch die zentrale Rolle von starken Persönlichkeiten und ihrem hohen regionalen Engagement. „Unsere Landräte sind ebenfalls wichtige positive Entwicklungsfaktoren. Gleichzeitig danke ich den zahlreichen engagierten Bürgermeistern und Wirtschaftsförderern. Das effiziente Zusammenwirken der Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen ist beispielgebend.“ Ebenso zeigten sich hier die Vorteile einer unbürokratischen und serviceorientierten Verwaltung, betonte der Wirtschaftsstaatssekretär abschließend.

Erfolgsgeschichte Euregio Egrensis

Neue Broschüre zieht Bilanz

Die Förderung kleiner und mittlerer grenzüberschreitender Projekte durch die Euregio Egrensis ist wahrlich eine Erfolgsgeschichte. Wie gewinnbringend diese Unterstützung der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit seit 2001 mit europäischen Geldern war, geht aus einer neuen Broschüre hervor, die die bayerische Arbeitsgemeinschaft der Euregio nun veröffentlicht hat.

Rund 1,5 Millionen Euro flossen in fast 450 so genannte Kleinprojekte, die zwischen 2001 und 2007 in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz durchgeführt wurden. Diese Fördermittel der Europäischen Union gingen überwiegend an Kommunen, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen und weitere Organisationen, die zusammen mit Partnern in Böhmen konkrete Maßnahmen vor Ort durchgeführt haben: Vom Radweg, über Sprach- oder Schüleraustauschprojekte bis hin zu Publikationen, Begegnungsveranstaltungen oder Kultur- und Umweltmaßnahmen reicht das Spektrum der von der Euregio Egrensis im Auftrag des Freistaates Bayern eigenständig geförderten Aktivitäten. Vor allem unmittelbar vor und nach dem 2004 erfolgten EU-Beitritt der Tschechischen Republik konnten sehr viele Vorhaben unterstützt werden.

Eingehende Prüfung

In der Handreichung zieht die Euregio nun Bilanz über diesen Zeitraum, der für die grenzüberschreitende Organisation viel Arbeit und neue Herausforderungen im Umgang mit den EU-Geldern mit sich brachte. Bis zu 300.000 Euro pro Jahr konnte die Koordinationsstelle mit Sitz in Marktredwitz vergeben. Die Entscheidung darüber, ob ein Antragsteller aus der Region eine Unterstützung für sein Vorhaben erwarten konnte oder nicht, traf dabei ein Gremium aus tschechischen und bayerischen Kommunalpolitikern so-

wie weiteren Vertretern aus der Region auf der Grundlage einer vorangegangenen eingehenden Prüfung durch die Euregio-Geschäftsstelle.

Netzwerkprojekte

Wie die Präsidentin der bayerischen Euregio-Arbeitsgemeinschaft und Oberbürgermeisterin von Marktredwitz, Dr. Birgit Seelbinder, in einem Vorwort feststellt, hätten im Mittelpunkt Begegnungs- und Netzwerkprojekte gestanden, „die Vertrauen zwischen den Nachbarn schaffen sollten und zu einem Abbau von Vorurteilen beigetragen haben“. Damit ist gleichzeitig auch eine wesentliche Zielsetzung umschrieben, die die Europäische Union mit dem EU-Programm Interreg III A verfolgte, aus dem die Euregio wiederum ihre Mittel erhielt.

Förderung aus dem Interreg-Topf

Neben vielen kleineren und mittleren Projekten, die in der Broschüre beispielhaft vorgestellt werden, wird auch auf einige größere Maßnahmen eingegangen, die aus dem Interreg-Topf gefördert wurden, wie zum Beispiel der Bockradwanderweg im Landkreis Neustadt an der Waldnaab, die Grenzenlose Gartenschau Marktredwitz/Eger, das Bayerisch-Böhmische Kulturzentrum CeBB in Schönsee oder die Deutsch-Tschechische Fußballschule in Rehau, das „Eggenis-Bad“ in Waldsassen oder auch das Waldhaus Mehlmeisel im Fichtelgebirge. **DK**



V. l.: Oberarzt Dr. Christian Voigt, Chefarzt Prof. Dr. Stephan Holmer, Herbert Volkmer, Fachbereichsleiter Einsatz vom BRK Landshut und Ute Gnaedig, Rettungsassistentin.

Klinikum und BRK:

Telemetrie-Netzwerk für die Region Landshut

Stadt, BRK und Sponsoren machten es möglich: Die Region Landshut ist ab 1. Juli mit einem Telemetrie-Netzwerk ausgestattet. Durch die Sende- und Empfänger-Geräte wird es möglich, schneller eine Diagnose bei Herzinfarkt zu stellen.

Das Klinikum Landshut ist mit der Telemetrie-Einheit Vorreiter in der Region. Alle Rettungswagen im Gebiet Stadt und Landkreis Landshut seien nun mit den Sendern ausgestattet, so Herbert Volkmer, Fachbereichsleiter Einsatz vom BRK Landshut. Das Empfängergerät steht in der Intensivstation im Klinikum Landshut. Kommt es zu einem Einsatz mit Verdacht auf Herzinfarkt, werden die EKG-Daten des Patienten in sekundenschnelle ins Klinikum übermittelt. Notarzt und Rettungssanitäter erhalten sofort vom Arzt in der Klinik eine zweite Meinung zur Diagnose.

„Liegt ein Herzinfarkt vor, sparen wir mit dieser Methode wertvolle Zeit“, erklärt Prof. Dr. Stephan Holmer, Chefarzt der Medizinischen Klinik II im Klinikum Landshut. Denn im Notfall sei beim Herzinfarkt Zeit gleichbe-

deutend mit Herzmuskel. „Noch während der Patient zu uns gebracht wird, können wir das Herzkatheter-Team einsatzbereit machen“, so Holmer. Die Durchblutung des kranken Herzens könne so um bis zu 60 Minuten schneller wieder hergestellt werden. Wie bei einem SMS-Versand per Funk werden die EKG-Daten per Funk an die Klinik gesendet. Wenn auf dem Bildschirm in der Klinik die Herztonkurve erscheint, kann eine sichere Diagnose gestellt werden.

Die Telemetrie-Einheit für das Klinikum Landshut und für die sechs Rettungswagen kostete rund 24.000 Euro. Einen Großteil der Finanzierung haben die Stadt Landshut und der Rettungsdienst BRK Landshut übernommen. Der Rest wurde über Spenden finanziert. Die Geräte werden ab 1. Juli eingesetzt. **DK**

Bayerischer Volkshochschulverband:

Startschuss für „Bildungspakt Schwaben“

Die idealtypische Vorstellung einer lernenden Gesellschaft mit engagierten Menschen setzt eine entsprechende Bildungslandschaft voraus. Wie diese im Bezirk Schwaben konkret aussehen soll und was geschehen muss, um sie zielgerichtet und offen für alle zu halten, darüber diskutierten bei der Veranstaltung „Regionaler Bildungspakt Schwaben“ in der Schwabena-kademie Irsee Georg Schmid, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Johann Fleschhut, Landrat Landkreis Ostallgäu, Dr. Ivo Holzinger, Oberbürgermeister der Stadt Memmingen sowie Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des bayerischen Volkshochschulverbandes und Vorsitzender des Landesbeirates für Erwachsenenbildung. Die Veranstaltung setzte gleichsam den Startschuss für die regionale Vernetzung von Bildung.

Fraktionsvorsitzender Georg Schmid wies eingangs auf den hohen Stellenwert hin, den das Lebenslange Lernen in der Gesellschaft einnehme. Er sicherte dem Bayerischen Volkshochschulverband Unterstützung bei dem Vorhaben zu, in Schwaben mehr Bildung und für die Region eine bessere Entwicklung zu erreichen. Landrat Johann Fleschhut und OB Ivo Holzinger bezeichneten die Landkreise und kreisfreien Städte als ideale Größe für einen Bildungspakt: „Innerhalb der nächsten drei Monate loten wir die Möglichkeiten aus“, versprach Fleschhut.

Für mehr Transparenz

bvv-Vorsitzender Karl Heinz Eisfeld sprach sich dafür aus, die Bildungsangebote der Volkshochschulen noch transparenter zu machen – im Verbund etwa mit entsprechenden Offerten der Wirtschaft und von Hochschulen sowie auch der Kirchen und Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund, dass die Zuständigkeit für Weiterbildung in Bayern bei den Kommunen liegt, allerdings bislang auf frei-

williger Basis, appellierte Eisefeld an die Gemeinden, sich ernsthaft für eine Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten zu engagieren. In diesem Kontext gehe es insbesondere darum, „sich von Konkurrenzgedanken zu lösen und das Miteinander zu fördern“.

„ABC des Lebenslangen Lernens“

Wilhelm Lang, Verbandsdirektor des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv) verwies auf das „ABC des Lebenslangen Lernens“, das alle vhs-Angebote als Leitmotiv verbindet, so unterschiedlich sie auch auf regionaler Ebene sein mögen. In der Schwabena-kademie Irsee, einem ehemaligen Benediktinerkloster, in dem auch zahlreiche Volkshochschul-Seminare stattfinden, zeigten die Repräsentanten dreier schwäbischer Volkshochschulen, auf welche Weise dieses Leitmotiv in der Praxis Anwendung findet. Insgesamt unterrichten die 24 schwäbischen Volkshochschulen mehr als 300.000 Teilnehmer.

Joachim Schön und Dr. Mechthild Becker von der vhs Kaufbeuren beispielsweise wandten sich dem Buchstaben A zu, der für „Allgemeine Erwachsenenbildung“ steht. Sie stellten das breitgefächerte Angebot des „Studium generale“ an der vhs Kaufbeuren vor, das auf dem Wissen beruht, das an Universitäten vermittelt wird und klassische akademische Fächer wie etwa Biologie oder Kunstgeschichte, beinhaltet. „In den Unterricht werden vielfältige Seminarmethoden einbezogen, zum Beispiel Videoaufnahmen von akademischen Vorlesungen und Exkursionen sowie „Freelearning“ – das flexible Lernen im Internet, unabhängig von Ort und Zeit. Hier könnten in Foren und Chats Gleichgesinnte miteinander Kontakt aufnehmen. Die Erfahrung zeige, dass sie auch außerhalb des Unterrichts zusammengeführt würden.

Marketing-Aktion

Mit dem Buchstaben B, der für „Beruflich orientierte Weiterbildung“ steht und ein Plus an Mobilität und Erfolg im Beruf impliziert, befasste sich Peter Fischer, Leiter der Oberallgäuer Volkshochschule. Er hat eine Marketing-Aktion erfunden, mit deren Hilfe es gelang, den Bekanntheitsgrad der mannigfaltigen Angebote seiner Volkshochschule zu erhöhen. Unter dem Motto „Flatrate fürs Lernen“ bestückte die vhs Ober-

rallgäu 800 Koffer mit jeweils 60 Gutscheinen für einen bunten Mix von vhs-Kursen und verkaufte sie zu besonders günstigen Preisen an Betriebe verschiedener Branchenzugehörigkeit. Dabei kooperierte die Oberallgäuer vhs mit der vhs Landsberg am Lech und mit der vhs Garmisch-Partenkirchen. „49 Prozent der Menschen, die wir auf diese Weise erreichen konnten, haben noch nie vorher an einem vhs-Kurs teilgenommen“, erklärte Fischer.

„Community Projekte“

Projekte seiner Volkshochschule, die den Buchstaben C verkörpert, stellte Michael Trieb, Leiter der Volkshochschule Memmingen, vor. C steht für „Community Projekte“ – für Bildung, die der Sozialisation dient. So bietet die vhs Memmingen beispielsweise spezielle Lehrgänge für Frauen, die diesen den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert. Das Projekt „Übergang Schule-Beruf“ vermittelt Jugendlichen Fachwissen in punkto PC sowie Know-how rund um das Thema Bewerbung.

Das Seminar „Starke Eltern – Starke Kinder“, basierend auf einem Konzept des Deutschen Kinderschutzbundes, ist wiederum für Eltern gedacht, die mit ihren Zöglingen alleine nicht mehr fertig werden und der professionellen Hilfe bedürfen. Auch das Thema Integration wird ins Visier genommen. Trieb zufolge gibt es Angebote, die Migranten fördern, wie etwa Deutschkurse für Ausländer oder das Projekt „Soziale Stadt“ in Memmingen, das sich mit verschiedenen Seminaren insbesondere an Ausländerinnen wendet. **DK**

Impulsveranstaltung der Stadt Rosenheim:

Neues Modell zur Förderung von Begabung

Besonders begabte Kinder sollen in Rosenheims Kindergärten und Grundschulen besser erkannt und gefördert werden. Das ist das Ziel eines neuen Modells zur Begabungsförderung. Initiiert wurde es vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familie, dem Staatlichen Schulamt und der Sparkassenstiftung Zukunft für die Stadt Rosenheim. Nach einer erfolgreichen Impulsveranstaltung wird das Projekt schon im September an vier Schulen starten.

Das Modell zur Begabungsförderung ist ein Baustein in einem umfassenden Projekt, das die Sparkassenstiftung längerfristig plant. Im Mittelpunkt steht die Förderung des Nachwuchses vom Kindergartenalter bis ins Schul- und Vereinsleben. Neben Themen wie Bewegung oder Ernährung steht die Bildung im Vordergrund. Die Sparkassenstiftung hat sich generell zum Ziel gesetzt, junge Menschen gemäß ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern und damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Mit dem neuen Modell zur Begabungsförderung kann dieser Gedanke praktisch umgesetzt werden.

Gezielte Angebote

Das Modell soll Kindergärten und Grundschulen zunächst ermöglichen, die verschiedenartigen Begabungen von Kindern zu erkennen. Hierzu soll es gezielte Fortbildungsmaßnahmen geben. Die Betreuer und Lehrer sollen dabei intensiv zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen austauschen. Besonders begabte Kindergartenkinder und Grundschüler sollen dann besonders gefördert werden. Maßnahmen dazu können z. B. Wochenplanarbeit, jahrgangsgemischtes Unterrichten oder freies Arbeiten sein. In den Kindergärten wird es vor allem gezielte Angebote für sportlich, mu-

sisch, emotional oder intellektuell besonders begabte Kinder geben. Dezernent Michael Keneder: „Wir haben vom Jugendhilfeausschuss den einstimmigen Auftrag, ein gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln. Dies wollen wir schrittweise gemeinsam mit diesen Einrichtungen in einem „learning by doing“ tun. Letztlich sollen dann alle Kindertagesstätten und Grundschulen in der Stadt dieses Konzept flächendeckend umsetzen.“

OB Bauer als Schirmherrin

Schirmherrin des Modells ist Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, zugleich Vorsitzende des Sparkassenstiftungsvorstands: „Das besondere ist die enge Abstimmung der Maßnahmen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen. Das Projekt liegt uns sehr am Herzen. Deshalb freue ich mich über die große Akzeptanz des Projekts“. Schon jetzt stehen 4 Schulen fest die im September starten: Die Grundschule Erlenu, die Grundschule an der Innsbrucker Straße sowie die Volkshochschule Aising und Westendorf St. Peter. „Auch schon 8 Kindertagesstätten und Horte haben ihr Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit bekundet; dies sind die Kindertagesstätten Löwenzahn I und Löwenzahn II, Muggelstein,

Freising und München:

Nachbarn seit 850 Jahren

Vielfältiges Sonntagsprogramm in der alten Bischofsstadt

„Freising und München - Nachbarn seit 850 Jahren“ war das Motto eines vielfältigen Programms in der alten Bischofsstadt, das von Besichtigungen des prächtig renovierten Mariendoms bis hin zu Rundgängen durch Stadt und Wissenschaftszentrum sowie u.a. allerlei Aktivitäten für Kinder reichte.

Daneben waren natürlich allerlei Aktivitäten vor allem für Kinder geboten, denn unzählige Familien nutzten das Angebot für ihren Ausflug. OB Thahammer nahm den runden Geburtstag der Landeshauptstadt zum Anlass, auf Freising besondere Rolle in der oberbayerischen Städtelandschaft hinzuweisen. In den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr und Wissenschaft haben beide Städte eine starke Wechselwirkung aufeinander. Die ganz besondere ideale Brücke bildet das Erzbistum München und Freising.

Historisches Ringen um Einflussnahme

In der Entstehungsgeschichte Münchens spiegelt sich das Ringen des Freisinger Bischofs und des bayerischen Herzogs um die Einflussnahme im Raum der mittleren Isar, der bis dahin wesentlich durch Freising geprägt gewesen war.

Schriftliche Quelle für die Vorgänge ist die Urkunde vom 14. Juni 1158, in der Kaiser Friedrich Barbarossa entscheidet, dass Markt, Münzstätte und Zollbrücke im Freisinger Föhring nicht mehr bestehen sollten. Am Markt, den Herzog Heinrich der Löwe isar-aufwärts „apud Munichen“,

„bei München“, eingerichtet habe, sei jedoch der Freisinger Bischof – damals Otto von Freising – zu beteiligen, auch Zoll- und Münzwesen in München wurden beiden Parteien zugleich unterstellt. Vom Brand der Föhringer Brücke ist in dieser Urkunde nicht die Rede.

Während der ersten Jahrzehnte der Entstehungsgeschichte Münchens nahm der Freisinger Bischof neben und teilweise vor dem Herzog Einfluss auf die Entwicklung der Stadt. Erst ab etwa 1220 wurde die bischöfliche Einflussnahme nach und nach aus München verdrängt. München entwickelte sich zur Residenzstadt der bayerischen Herzöge und zur Landeshauptstadt. Bis zur Säkularisation 1803 nahm Freising den Münchner Brückenzoll ein. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Ministerin Müller zu aktuellen Arbeitsmarktzahlen:

Erfreuliche Entwicklung in der Oberpfalz

„Der Arbeitsmarkt in der Oberpfalz hat sich hervorragend entwickelt. In nur drei Jahren konnte die Arbeitslosigkeit seit 2005 nahezu halbiert werden. In weiten Teilen des Regierungsbezirks ist Vollbeschäftigung jetzt zum Greifen nah. Die Oberpfalz ist in den letzten Jahren wirtschaftlich und beschäftigungspolitisch enorm vorangekommen. Sie gehört zu den Aufsteigerregionen in Deutschland“, kommentierte Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller die Entwicklung auf dem oberpfälzischen Arbeitsmarkt in den zurückliegenden Jahren.

Insgesamt sei die Zahl der Arbeitslosen in der Oberpfalz seit Juni 2005 von 44.341 auf aktuell 22.347 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote sei im selben Zeitraum von 9,6 Prozent auf 3,9 Prozent gesunken. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung habe zwischen 2005 und 2007 von 352.4276 auf 369.282 um 4,8 Prozent zugelegt. Müller: „In den letzten beiden Jahren sind nirgendwo in Bayern so viele neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden wie in der Oberpfalz. Die Oberpfalz hat sich als dynamisches Teilzentrum des Wirtschaftsstandorts Bayern etabliert.“

Müller weiter: „Die jüngsten Arbeitsmarkterfolge erstrecken sich auf die gesamte Oberpfalz. Die Zahl der Arbeitslosen ging in allen Landesteilen drastisch zurück. Im Juni 2008 lagen die Quoten in allen Landkreisen zum Teil deutlich unter 5 Prozent. In den Landkreisen Cham, Neumarkt i.d. OPf. und Regensburg herrschte mit Arbeitslosenraten von 3,1, 2,5 bzw. 2,3 Prozent praktisch Vollbeschäftigung.“

Auch in den drei kreisfreien Städten komme der Abbau der Arbeitslosigkeit weiter kräftig voran. In Amberg und Weiden habe sich die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren ebenfalls praktisch halbiert. Die Arbeitslosenquoten gingen von 13,6 bzw. 14,3 Prozent auf jeweils 7,1 Prozent zurück. In Regensburg konnte die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum von 9,5 auf 5,8 Prozent abgebaut werden.

Müller: „Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, was gezielte Landespolitik im Schulterschluss mit der Wirtschaft und ihren Mitarbeitern sowie der Arbeitsverwaltung erreichen kann. Die Politik der Staatsregierung zur wirtschaftlichen Förderung Ostbayerns zahlt sich aus. Mit den Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung, dem Mittelstandskreditprogramm, einer gezielten Ansiedlungspolitik und der Clusteroffensive ist es uns gelungen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der gesamten Oberpfalz nachhaltig zu unterstützen.“ Müller wies abschließend darauf hin, dass man sich auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen werde. Die Staatsregierung werde die erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Ostbayern auch in Zukunft entschlossen fortsetzen. **□**



„Glück auf!“ für das neue Fischacher Naturfreibad wünscheten beim Einweihungs-Festakt (von links) Landrat Martin Sailer, Altbürgermeister und RES-Vorsitzender Josef Fischer, Regierungspräsident Ludwig Schmid, Marktgemeinderat Franz Fischer, SPD-Kreisvorsitzender Roland Mair, Staatsminister Josef Miller, Marktbaumeister Roland Bröll, MdL und stellvertretender Landrat Max Strehle, Planer Rainer Grafinger, Norbert Deppisch von der Deutschen Gesellschaft für naturnahe Badegewässer, Bürgermeister Peter Ziegelmeier und sein Stellvertreter Martin Merkle.
Bild: Walter Kleber

Mosaikstein für die Wohlfühlregion Stauden

Naturfreibad in Fischach feierlich eröffnet
Buntes Rahmenprogramm mit Theater und Musik

Fischach (wkl). Fischach und die Stauden sind um eine Freizeit-Attraktion reicher. Im Beisein zahlreicher Ehrengäste - an ihrer Spitze der Bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller und Schwabens Regierungspräsident Ludwig Schmid - wurde nach nur 15-monatiger Bauzeit das neue Naturfreibad bei der Staudenlandhalle eingeweiht und offiziell seiner Bestimmung übergeben. Bei hochsommerlichem Badewetter waren auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Einladung von Rathauschef Peter Ziegelmeier gefolgt. Sie bildeten eine beeindruckende Kulisse für den Freiluft-Festakt und das bunte Rahmenprogramm vor und auf dem türkisblauen Wasser.

Für Fischach, ja für die ganze Staudenregion, so Bürgermeister Peter Ziegelmeier, gehe mit der Inbetriebnahme des Naturfreibades ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. Bei Bürgerversammlungen und -befragungen in der

serratten gerüstet. Ziegelmeiers Dank galt dem Planungsbüro Rainer Grafinger aus Bergkirchen, seinem Marktbaumeister Roland Bröll und dem Fischacher Bauhof mit Karl Hafner an der Spitze, die sich für das neue Naturfreibad in den vergangenen Monaten und buchstäblich bis zum letzten Tag über Gebühr ins Zeug gelegt hatten.

Biologische Reinigung

Die Glückwünsche des Landkreises überbrachten Landrat Martin Sailer und sein Stellvertreter Max Strehle. Sailer bezeichnete das Naturfreibad als gelungen, attraktiv und familienfreundlich. Vor allem das Konzept der ausschließlich biologischen Reinigung sei durchdacht und innovativ. „Das Fischacher Naturfreibad ist ein weiterer Mosaikstein im Freizeit- und Naherholungskonzept des Landkreises und der Wohlfühlregion

Stauden!“ Der neuen Freizeit-Attraktion wünschte der Landrat einen „heißen Sommer“ und viele Badegäste.

„Fischach“, bilanzierte Staatsminister Josef Miller, „ist durch das neue Naturfreibad noch schöner geworden!“ Der Badensee sei ein gelungenes Beispiel, wie dem Ausverkauf der Dörfer und der Abwanderung junger Familien entgegen gewirkt werden könne. Die gesamte Staudenregion werde durch das neue Bad aufgewertet. Oberstes Ziel aller Bemühungen rund um die Ländliche Entwicklung müsse es sein, die herrliche Staudenlandschaft zu erhalten, in der junge Menschen auch künftig Heimat finden und behalten können.

Impuls für die Region

Altbürgermeister Josef Fischer, der scheidende Vorsitzende der Regionalentwicklung Stauden (RES), bezeichnete das Natur-

freibad als das bisher größte Projekt in der über zehnjährigen Geschichte der RES. Gefördert mit über einer Million Euro aus dem EU-Programm Leader plus sei es auch ein Impuls für die umliegenden Gemeinden. Fischer appellierte an Staatsminister Miller, die Stauden bei ihrer Bewerbung um Aufnahme in das Leader-Nachfolgeprogramm ELER zu unterstützen. Eine Entscheidung darüber stehe unmittelbar bevor.

Kirchlicher Segen

Unter dem Leitmotiv „Wasser ist Leben“ erbat den Segen des Pfarrers Alois Meroth und der evangelische Pfarrerin Gertraud Mair (Diedorf) den Segen Gottes für die neue Freizeitanlage und für alle Badegäste. Ein Hechtsprung von Bürgermeister Peter Ziegelmeier ins kühle Nass gab den Startschuss für das bunte Rahmenprogramm, mit dem die Fischacher ihr neues Naturfreibad feierten. Ein Massen-

Preisverleihung im Jüdischen Museum in Berlin:

Europa beginnt vor Ort

Eine Hallertau-Gemeinde gewinnt bundesweiten Preis für Europäisches Engagement

Pfeffenhausen. Eine bundesweite Anerkennung für die Arbeit der letzten sechs Jahre gab es für das Referat „Kultur und Partnerschaft“ des Marktes Pfeffenhausen. In Berlin, im „Jüdischen Museum“ wurde durch die deutschlandweit verbreitete Monatszeitschrift für Kommunalpolitik „DEMO - Demokratische Gemeinde“ der Kommunalwuchs 2008 in der Rubrik „Europäisches Engagement einer Kommune“ verliehen.

Verliehen wurde der Preis gemeinsam vom Oberbürgermeister der Stadt Dortmund und Vorsitzenden der Bundes-SGK, Dr. Gerhard Langemeyer und dem Chefredakteur der „DEMO“, Stefan Grönebaum. Er hielt auch die Laudatio bei der feierlichen Abendveranstaltung in Berlin.

Mit Leben erfüllte Partnerschaft

„Mit diesem Referat habt ihr erreicht, dass sich die kommunale Partnerschaft weg von einer Pflichtübung zwischen öffentlichen Vertretern zweier Kommunen hin zu einer mit Leben erfüllten Partnerschaft entwickelt hat“. Seit im Jahr 2001 der Partnerschaftsvertrag zwischen dem damaligen Bürgermeister Arno Wolf und der polnischen Bürgermeisterin Halina Dydicz unterzeichnet wurde, fanden vielfältige Aktionen in der Gemeinde Pfeffenhausen statt. Über das

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Zwang hier, Zwang da, Zwang dort - fällt denn diesen Betonköpfen wirklich nichts Besseres ein, als die Leute immer mit Zwang belegen zu wollen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, war sichtlich genervt von einem Stadtratsantrag, demzufolge in Zukunft alle Bauherren verpflichtet werden sollen, bei der Errichtung von Neubauten oder bei größeren Umbauten den Einbau von Solaranlagen vorzusehen. Noch mehr gestunken hat ihm aber sichtlich eine Verwaltungsvorlage, die diesen Antrag sinngemäß als gute Idee bewertete.

Und in der Tat hat wohl die Stadt Marburg in Hessen eine entsprechende Satzung erlassen, was bundesweit zu großer medialer Aufmerksamkeit geführt hat. Grundsätzlich ist sie ja auch eine gute Sache, so eine Solaranlage. Entweder man kann Strom zum Eigenverbrauch ge-



Wohltat wird immer als belastend und lästig empfunden werden

Dabei ist es doch gar nicht so schwer, den Leuten reinen Wein einzuschenken. Wer es eh noch nicht weiß, der ahnt es, dass wir in Zukunft einen anderen Energiemix als heute brauchen. Dabei wird es ebenso wenig ohne fossile Brennstoffe gehen wie ohne Atomenergie. Aber eben auch nicht ohne erneuerbare Energien aus Sonne, Wind, Bioabfällen oder Wasser.

Allerdings darf man die Einzelkomponenten nie isoliert betrachten, sondern muss sie in den Zusammenhang stellen. Und vor allem immer da einsetzen, wo sie am effektivsten sind. Außerdem sollte man nicht ignorieren, dass Maßnahmen zur Einschränkung des Energieverbrauchs ebenso wichtig sind, wie neue Wege in der Erzeugung.

Wenn man also an die Gebäude ran geht - egal ob Neubau oder Bestand - macht es keinen Sinn, eine einzelne Maßnahme mit Gewalt und Zwang durchzusetzen, so gut dies auch gemeint sein mag. Da wird nur Widerstand Marke „Trotzköpfchen“ erzeugt, der sich dann auch gegen andere sinnvolle Maßnahmen richtet. Trumpf ist, für den individuellen Fall den passenden Mix aus Energiesparen und regenerativer Energieerzeugung am Gebäude zu finden.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt somit auf Aufklärung, Beratung und den Appell ans schöne Eigeninteresse der Bauherren. Er startet zusammen mit der Sparkasse und der örtlichen Bauinnung eine große Kampagne, bei der sich jeder kostenlos beraten lassen kann, was für sein Bauvorhaben das Beste ist. Und er lobt einen Preis aus, ähnlich dem Preis für die schönsten renovierte Außenfassade. Motto: Die Häuser in unserer Stadt sollen nicht nur von außen schön anzusehen sein, sondern auch innen Tip-Top. So setzt er dem Marburger Modell also den Satz von Jean-Jacques Rousseau auf dem heutigen Kalenderblatt entgegen: „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.“

The Sabriat

Zwang kann die beste Sache diskreditieren

winnen oder man speist ihn ins Netz ein. Oder man heizt damit bzw. wärmt sein Badewasser. Man kann auch beides kombinieren. Strom und Wärme - abgasfrei, erneuerbar und unbegrenzt verfügbar.

Allerdings sind sie immer noch ziemlich teuer, was aber durch die hohen Fördermittel, die es für ihre Einrichtung gibt und die guten Preise für ins Netz eingespeisten Solarstrom durchaus wett gemacht wird. Bleibt noch, dass es halt auch bei Gebäuden - zumal älteren Jahrgangs - welche gibt, die ungünstig gelegen oder zu verbaut sind, um wirtschaftlich sinnvoll Solarzellen anzubringen. Auch der Denkmalschutz kann eine Rolle spielen. Oder sonstige ästhetische Überlegungen. Dann kann man sich allerdings an einem Solarpark beteiligen und somit quasi indirekt sein Scherflein zur nachhaltigen Stromerzeugung beitragen.

Solarzellen sind also eine gute Sache. Warum war dann der Chef so wütend? Ganz einfach: Er ist der Meinung, dass Zwang auch die beste Sache diskreditieren kann. Zwang lässt die Menschen nach Ausweichmöglichkeiten und Gegenstrategien suchen. Die aufgezwungene

Luftballonstart der Kinder der örtlichen Volksschule gehörte ebenso dazu wie sommerliche Jazz-Klänge der Band „Artrio“ und eine witzige Schwimmbad-Performance des Diedorfer Eukitea-Theaters unter der Leitung von Stephan Eckl. □

Müller während ihrer Amtszeit auch die Wiederbelebung des Pfeffenhausener Volksbildungswerks auf die Fahnen geschrieben hätten. „Lebenslanges Lernen ist eine Grundvoraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg in unserer Gesellschaft. Und es ist eine vorbildhafte Leistung, wenn dies in der eigenen Kommune ermöglicht wird.“

Freizeit und Idealismus

Dieses Engagement der beiden Referenten sei auch in weiteren Aspekten vorbildhaft und deshalb seien sie als Preisträger ausgewählt worden: Zum einen hätten beide einen erheblichen Anteil von Freizeit und Idealismus in dieses Referat gesteckt, zum anderen sei es aber auch herausragend, dass eine relativ kleine Kommune mit der „Europäischen Idee“ soviel anzufangen und umzusetzen wisse. Die weiteren Bewerber um den „Kommunalwuchs 2008“ in der Kategorie „Europäisches Engagement einer Kommune“ seien

ausnahmslos größere Städte mit eigenen Kultur- oder Partnerschaftsbüros gewesen. „Ihr habt ohne Verwaltungsunterbau die kommunale Partnerschaft mit Leben erfüllt und ihr Euren Stempel aufgedrückt“.

Über diese Auszeichnung ihrer sechsjährigen Arbeit freuten sich die beiden ehemaligen Partnerschaftsbeauftragten Ruth Müller und Helmut Dietlmeier sichtlich. „Eine bundesweite Anerkennung zu erhalten für die Arbeit in unserem Referat - das ist ja fast wie ein Sechser im Lotto“, brachte es Ruth Müller auf den Punkt.

Die Geehrten betrachten die Verleihung ihres Preises auch als Auszeichnung für alle Personen und Vereine, die sich bisher bei den Begegnungen der Partnerschaft engagiert haben. Sie hoffen, dass diese bundesweite Anerkennung dazu führt, dass die Partnerschaft zwischen Pfeffenhausen und Jaworzyna-Slaska weiterhin lebendig bleibt und dass sich neue Befürworter dieser Partnerschaft annehmen. □



Freude in Pfeffenhausen über die Auszeichnung: Ruth Müller und Helmut Dietlmeier mit der Urkunde und dem „Kommunalwuchs 2008“.

Daten und Zahlen

- Das Gelände des Naturfreibades Fischach umfasst knapp 2,9 Hektar.
- Wasserfläche: 1.700 Quadratmeter (1.000 Nichtschwimmerbereich, 700 Schwimmerbereich).
- Beckeninhalte: 4.800 Kubikmeter.
- Wassertiefe: 30 Zentimeter bis vier Meter.
- Erster Spatenstich: April 2007.
- Gesamtkosten: 2,5 Millionen Euro, davon über eine Million Euro Zuschüsse aus dem EU-Fördertopf „Leader plus“; Zuschuss Erholungsverein Augsburg (EVA): 100.000 Euro. Den Rest trägt die Gemeinde Fischach.
- Attraktionen: Nichtschwimmerbereich, 25-Meter-Bahnen, zwei Sprungtürme aus Naturstein, Spielbach, Felsengrotte mit Wasserfall, Beach-Volleyballfeld, ausgedehnte Liegeflächen, Sandspielbereich und Kiosk. 148 Parkplätze. (wkl)

Vergangenheit sei ein Freibad immer an vorderster Stelle genannt worden. Das Naturfreibad sei ein wichtiger Baustein, um die Marktgemeinde für junge Familien attraktiv zu halten und die ganze Staudenregion zukunfts-fähig zu machen. Jetzt, so Ziegelmeier mit einem Augenzwinkern, gebe es in Fischach ein ganzjähriges Freizeitangebot: „Im Winter haben wir den Skilift, im Sommer den Badensee!“

Sicherheit ganz groß geschrieben

Die Sicherheit der Badegäste, so der Rathauschef, werde im neuen Naturfreibad ganz groß geschrieben. Bademeister Daniel Sterner und die von den BRK-Bereitschaften Fischach und Langenneufnach eigens gegründete Stauden-Wasserwacht unter der Leitung von Sven Schmid seien für den Ansturm der Was-

Mitgliederversammlung Tourismusverband Franken:

Weiter im Aufwind

Positive Jahresbilanz für 2007 - Spitzenplatz im Radtourismus

Eine ausgesprochen erfreuliche Bilanz konnte der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Franken e.V., Olaf Seifert, auf der Mitgliederversammlung in Schweinfurt präsentieren. Die fränkische Tourismusbilanz 2007 weist ein deutliches Plus von 1,7 Prozent bei den Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr aus. Ausgesprochen positiv verlief auch die bisherige Entwicklung der Saison 2008: Die bereits vorliegenden Zahlen für die Monate Januar bis März mit einem weiteren Plus von 3,7 Prozent bei den Übernachtungen bzw. von 0,6 Prozent bei den Gästekünften geben „Anlass zu Optimismus, dass sich das ‚Franken-Hoch‘ noch weiter stabilisiert“, betonte Seifert.

Mit der positiven Jahresbilanz 2007 setzt der Tourismusverband Franken e.V. seine Erfolgsgeschichte nahtlos fort. So stieg seit 1982 (12,3 Millionen) die Zahl der Übernachtungen um mehr als 44 Prozent auf rund 17,8 Millionen im Jahr 2007. Deutliche Zuwächse gab es in diesem Zeitraum auch bei den Gästekünften mit rund 76 Prozent auf 7,4 Millionen (1982: 4,2 Millionen). Großen Anteil an der Tourismusbilanz 2007 hat vor allem der Inlandtourismus mit einem Übernachtungsplus von 2,3 Prozent.

Gefragte Produktlinien

Einer der Hauptgründe für die positive Entwicklung der fränkischen Tourismusbranche ist nach Seiferts Ansicht vor allem die konsequente Ausrichtung der Marketingarbeit. So seien die Produktlinien „Franken aktiv: Wandern“, „Franken aktiv: Radfahren“, „Franken kulinarisch er-

leben“ und „Franken Kultur“ ganz hervorragend angenommen worden.

Premium-Angebot

Insbesondere boomt das „Radfahren“ weiter. Rund 600 fahrradfreundliche Gastbetriebe, reizvolle Touren- und Themenradwanderwege auf höchstem Niveau und ein vielseitiges Angebot sprechen hier für die fränkische Kompetenz. Neben dem Premium-Angebot „Main-Radweg“ als der „fränkischen Lebensader“, zählen beispielsweise der „Altmühltal-Radweg“, der „Regnitz-Radweg“, der „Sand-Achse-Radweg“ oder auch die „Brauereien- und Bierkellertour“ zu den Höhepunkten in Frankens hochkarätigem Radwegenetz. Neben der besonderen Landschaft trägt auch das Wanderwegenetz maßgeblich zur Beliebtheit der fränkischen Urlaubsgebiete bei.

Ein „Mega-Erfolg“ sei, so Sei-

fert, bereits jetzt die im Februar 2007 gestartete und zumindest in Deutschland einzigartige Kampagne „Franken – Wein.Schöner.Land!“ für genussorientierte Gäste und Weinfreunde. Das in enger Zusammenarbeit zwischen dem Tourismusverband Franken e.V., dem Fränkischen Weinbauverband und der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau erarbeitete Konzept für Reisen zum Frankenwein setzt in allen Bereichen auf herausragende Qualität.

Stetige Verbesserung der Qualität

Wie Seifert hervorhob, „ist mit der konsequenten Qualitätsorientierung der richtige Schritt in eine Erfolg versprechende Zukunft getan“. So diene die Kampagne dem nachhaltigen Ziel einer beständigen Qualitätsverbesserung und damit verbunden, einer Steigerung der Gäste- und Umsatzzahlen. Zwischenzeitlich werden in der Premiumbroschüre „Reisen zum Frankenwein“ rund 164 zertifizierte Angebote präsentiert.

Hohes Niveau

Absolute Voraussetzung für den Erfolg im touristischen Verdrängungswettbewerb sei ohnehin „grundsätzlich und bei jeder einzelnen Maßnahme ein hohes Qualitätsniveau“, fuhr Seifert fort. Dies habe der Tourismusverband Franken e.V. frühzeitig erkannt. Beispiele seien die Zertifizierung der Tourist-Informationen, die Fränkische Tourismus Akademie oder die Etablierung und Prädikatisierung herausragender Fahrrad- und Wanderwege. Derartige Qua-

litätssiegel gäben dem anspruchsvollen Touristen einen Maßstab für die Auswahl des Reiseziels an die Hand. „Franken hat sich als Destination mit hochwertigen Angeboten für genussorientierte Gäste profiliert“, unterstrich der Geschäftsführer.

Überzeugt zeigte sich Seifert auch davon, dass „wir auf die Herausforderungen des Tourismusmarktes bestens vorbereitet

sind.“ Zusammen mit starken Partnern wie dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN), der Gebietsweinwerbung Frankenwein-Frankenland GmbH, der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH oder dem Haus der Bayerischen Geschichte könne auch in Zukunft „die fränkische Erfolgsstory weiter geschrieben werden.“

Dafür Sorge tragen wird in

Zukunft auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, der in Schweinfurt zum neuen Vorsitzenden des Tourismusverbandes Franken gewählt wurde. Herrmann löste den früheren bayerischen Umweltminister Werner Schnappauf ab, der elf Jahre lang an der Spitze der Dachorganisation der 15 fränkischen Fremdenverkehrsregionen stand. **DK**

Städtetourismus:

Wohin geht die Reise?

Treffen von Tourismusexperten in UNESCO-Welterbestadt Regensburg

Zu seinem Städte- und Kulturforum lud der Deutsche Tourismusverband e.V. (DTV) die Verantwortlichen für den Städtetourismus in Deutschland nach Regensburg ein. Rund 120 Experten befassten sich in der UNESCO-Welterbestadt mit hochaktuellen Branchenthemen.

Erstmals auf der Tagesordnung des Forums: „Green Meetings“, die umweltgerechte Organisation von Kongressen und Events. Die Tourismusexperten diskutierten auch über Trends und Perspektiven im touristischen Online-Marketing. Ein Hauptthema in Regensburg war der Ausbau und die Sicherung der Qualität touristischer Leistungen. Der DTV hat es sich zum Ziel gesetzt, vor allem die Servicequalität im Tourismus als anspruchsvollen Standard zu etablieren.

Vorbildliche Dienstleistung

Servicequalität will täglich auf hohem Niveau neu geboten werden und wird an sehr vielen Punkten von den Gästen wahrgenommen: Neben Hotellerie und Gastronomie spürten die Städtetouristen auch in der Tourist-Information, bei Gästeführungen, bei Taxifahrten, im Einzelhandel und an vielen weiteren Punkten die Servicebereitschaft und Dienstleistungsorientierung, die in Regensburg vorbildlich ist. Anhand ausgewählter Best-Practice-Beispiele informierten

vom DTV geladene Tourismusexperten darüber, wie Städte den Kulturtourismus am besten in Szene setzen und als Saisonverlängernde Maßnahme nutzen sollten.

Erfolgsrezepte

Vertreter der Stadt Regensburg und der Regensburg Tourismus GmbH berichteten über die Erfolgsrezepte der im Jahr 2006 mit dem UNESCO Weltkulturerbe ausgezeichneten oberpfälzischen Metropole: Regensburg hat in den vergangenen Jahren kontinuierliche touristische Zuwachsraten zu verzeichnen. Als die am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland mit vielen touristischen Highlights zieht Regensburg pro Jahr über zwei Millionen Besucher aus dem In- und Ausland an. Nach München und Nürnberg nimmt die Stadt den dritten Platz innerhalb des bayerischen Städtetourismus ein. Besonders gefragt ist Regensburgs schönes Stadtbild mit der einmalig erhaltenen historischen Altstadt sowie ein vielfältiges kulturelles Angebot.

Welterbeführer und Welterbestadtführungen erleichtern den Besucherinnen und Besuchern die historische Spurensuche. Durch die Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen und Institutionen, die sich mit dem Welterbe beschäftigen, befindet sich Regensburg in ständigem Austausch mit anderen Welterbestätten. Der Welterbe-Titel schlägt sich nun in einer noch sorgfältigeren und intensiveren Auseinandersetzung mit den denkmalpflegerischen Belangen nieder.

Authentische Stadt

„Regensburg ist authentisch – auch nach dem UNESCO-Verfahren“, so Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Dieses Credo habe die Stadt bisher konsequent eingehalten. „Wir werden alles dafür tun, dass unsere Stadt nichts von ihrem lebendigen Charakter einbüßt“, so der Rathauschef. „Der Titel darf nicht, wie bei vielen anderen Städten, dazu führen, dass das Welterbe-Areal zum Museum mutiert.“ Weiterhin modernem Leben auf geschichtstränktem Grund zuzulassen, sei der Anspruch gewesen, den die Stadt Regensburg stets an sich gestellt habe und selbstverständlich auch weiterhin stellen wird. **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 24. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Winterdienstplanung • Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN- NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 · Fax 07195/6905-77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

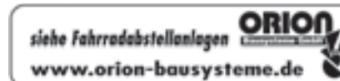
Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko jochum
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 0911/693965
telefax: 0911/695963
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
Vertrags-
handlung für **Telitto Star**